



58. Sitzung

Kiel, Dienstag, 26. Juni 1990

Mitteilungen des Präsidiums 3409, 3466

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Erziehungsbeihilfen des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/832

Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport
Drucksache 12/878

| | |
|---|------|
| Sabine Schröder (SPD), Berichterstatterin | 3409 |
| Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) | 3410 |
| Dr. Peter Bendixen (CDU) | 3410 |
| Beschluß: Verabschiedung | 3411 |

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/812

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 12/886

Beschluß: Verabschiedung 3411

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz – SH AbgG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)

Drucksache 12/857

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 12/896

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/867

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 12/897

| | |
|---|------|
| Peter Aniol (CDU), Berichterstatter | 3411 |
| Heinz-Werner Arens (SPD) | 3413 |
| Meinhard Füllner (CDU) | 3416 |
| Beschluß: Verabschiedung | 3418 |

Entschließung zur Beendigung der waffentechnischen Erprobung im Nationalpark, Bereich Meldorfener Bucht

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 12/895

| | |
|---|------|
| Sabine Hamer (SPD) | 3418 |
| Eva Peters (CDU) | 3420 |
| Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung . | 3422 |
| Beschluß: Überweisung an den Umweltschutzausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß | 3423 |

Fernseh-Landesprogramme im NDR

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/892

| | |
|--|------|
| Thomas Stritzl (CDU) | 3423 |
| Ursula Kähler (SPD) | 3424 |
| Björn Engholm, Ministerpräsident | 3425 |
| Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU) | 3427 |

Beschluß: Überweisung an den Innen- und
Rechtsausschuß 3428

Arbeitsmarktbericht

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/899

| | |
|--|------------|
| Bertold Sprenger (CDU) | 3428, 3432 |
| Peter Wellmann (SPD) | 3429, 3433 |
| Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie | 3430, 3432 |
| Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU) | 3433 |

Beschluß: Überweisung an den Sozialaus-
schuß und den Wirtschaftsausschuß 3433

**Tätigkeit des Eingabenausschusses in der
Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1990**

Bericht des Eingabenausschusses

Drucksache 12/876

| | |
|---|------|
| Rudolf Johna (SPD), Berichterstatter .. | 3434 |
|---|------|

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestäti-
gung der Erledigung 3434

Gemeinsame Beratung

a) **Regierungserklärung zu dem Thema
„Auf dem Weg zur deutschen Einheit
nach der Zustimmung zum Staatsver-
trag“**

b) **Entsendung von Abgeordneten in ein
länderübergreifendes Gremium für
Fragen der Deutschen Einheit**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU
und des Abgeordneten Karl Otto Meyer
(SSW)

Drucksache 12/898

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 12/904

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/906

| | |
|--|------------|
| Björn Engholm, Ministerpräsident .. | 3435, 3450 |
| Heiko Hoffmann (CDU) | 3439, 3446 |
| Gert Börsen (SPD) | 3443 |
| Ruth Springer (SPD) | 3447 |
| Lianne Paulina-Mürl, Landtagspräsi- den tin | 3449 |

Beschluß: Annahme der Anträge Drucksä-
chen 12/898 und 12/904

3450

**Bericht zur Lage der Freien Berufe in
Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 12/894

| | |
|--|------|
| Marliese Alfken (SPD) | 3451 |
| Dieter Claußen (CDU) | 3452 |
| Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr | 3453 |

Beschluß: Überweisung an den Wirt-
schaftsausschuß 3453

**Bericht zur Ausstattung und Arbeit beste-
hender und neuer Gesamtschulen im Ver-
gleich zum gegliederten Schulwesen**

Landtagsbeschluß vom 16. Januar 1990

Drucksache 12/602

Bericht der Landesregierung

Drucksache 12/900

| | |
|--|------------|
| Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur .. | 3454, 3464 |
| Dr. Peter Bendixen (CDU) | 3457, 3465 |
| Ruth Springer (SPD) | 3461 |
| Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) | 3463 |

Beschluß: Für erledigt erklärt 3466

Regierungsbank:

Björn Engholm, Ministerpräsident

Dr. Klaus Klingner, Justizminister

Heide Simonis, Finanzministerin

Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirt-
schaft, Technik und Verkehr

Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur,
Umwelt und Landesentwicklung

Günther Jansen, Minister für Soziales, Ge-
sundheit und Energie

Marianne Tidick, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur

Beginn: 10.01 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen Abgeordneten! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen und die Teilfraktionssitzungen im Raum zu beenden.

(Heiterkeit)

Meine Herren und Damen, ich eröffne die 24. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Beurlaubt sind Herr Abgeordneter **B e n k e r**, Frau Ministerin **B ö h r k**, Herr Abgeordneter **C l a u ß e n**, Herr Abgeordneter **G u n n e s s o n**, Frau Abgeordnete **H e i s e r**, Frau Abgeordnete **D r. K ö t s c h a u**, Herr Abgeordneter **L o r e n z e n**, Herr Abgeordneter **M e y e r**, Frau Abgeordnete **M o s e r**, Herr Minister **W i e s e n**. Ferner sind entschuldigt Herr Minister **B u l l** und Frau Ministerin **R ü h m k o r f**. Meine Herren und Damen Abgeordneten, Sie wissen, daß die Länge der Beurlaubungsliste zwei Gründe hat: zum einen das verkehrspolitische Forum der Landesregierung und zum anderen die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht in Sachen kommunales Wahlrecht für Ausländer.

Meine Herren und Damen, ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich dahin gehend verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

Gemeinsam beraten werden sollen die Tagesordnungspunkte 1 und 10 sowie 4 und 5. Da der Herr Ministerpräsident heute vormittag wegen der Veranstaltung des Verkehrsforums Bahn nicht anwesend sein kann, werde ich die Tagesordnungspunkte 1 und 10 nach der Mittagspause um 14.00 Uhr aufrufen. Danach folgt der Tagesordnungspunkt 8. Der Tagesordnungspunkt 7 soll nach dem Tagesordnungspunkt 9 behandelt werden. Der Tagesordnungspunkt 6 soll von der Tagesordnung abgesetzt werden. Dasselbe gilt – so sind die Fraktionen nachträglich übereingekommen – für den Tagesordnungspunkt 13. Ohne Aussprache soll der Tagesordnungspunkt 12 behandelt werden.

Wir werden unter Einschluß einer einstündigen Mittagspause längstens bis 17.00 Uhr tagen. Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Erziehungsbeihilfen des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/832

Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport

Drucksache 12/878

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport, der Frau Abgeordneten **Schröder**.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Der vorgelegte Gesetzentwurf ist eine Folgeänderung des ab 1. August in Kraft tretenden BAföG-Änderungsgesetzes. Durch diese Zwölfte Novelle des Bundes wird eine Reihe von Schülerinnen und Schülern ab 1. August 1990 wieder BAföG-Leistungen erhalten, die nach einer Novellierung des BAföG im Jahr 1983 aus dieser Förderung herausgefallen waren. Der Änderungsentwurf zielt nun darauf ab, mögliche Doppelförderungen auszuschließen.

Die knappe Terminierung machte eine schnelle Beratung im Ausschuß notwendig. Diese fand am 6. Juni statt.

Fraktionsübergreifend wurde die Notwendigkeit der Änderung anerkannt, und es kam zu einer einstimmigen Annahmeempfehlung, auch wenn die Opposition dartat, mit diesem Entwurf versäume die Regierungspartei die Möglichkeit, frühere Forderungen aus ihrer Oppositionszeit in den Entwurf zusätzlich einzubringen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Peter Bendixen [CDU])

Übereinstimmend wurde die Dringlichkeit der Gesetzesänderung als **Folge der BAföG-Novellierung** des Bundes gesehen.

Auch der mitberatende Finanzausschuß bejahte in seiner Sitzung am 12. Juni einerseits die Dringlichkeit der Verabschiedung, sah sich aber andererseits zunächst nicht in der Lage, ein Votum abzugeben, da einige Zahlungsmodalitäten nicht den Vorstellungen der Mehrheitsfraktion entsprächen. Diese Vorstellungen gehen dahin, daß die Mittel den Schülerinnen und Schülern und nicht den Eltern zukommen sollen. In einer zweiten Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt beschloß der Finanzausschuß ebenfalls die Annahme, da der Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur eine gründliche Novellierung zu einem späteren Zeitpunkt zugesagt hat.

Der Ausschuß für Jugend, Kultur und Sport empfiehlt deshalb einstimmig die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage Drucksache 12/832. Die weitergehende Gesetzesänderung soll späteren Initiativen der Regierung oder des Parlaments vorbehalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? – Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Einzelberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Dr. Rossmann**.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eher ungewöhnlich, in zweiter Lesung zu einem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, zu dem in erster Lesung gar keine Aussprache stattgefunden hat und zu dem in zweiter Lesung keine Änderungsanträge vorliegen. Deshalb sollen hier nur ein paar allgemeine Bemerkungen gemacht werden, denn tatsächlich handelt es sich hier in erster Linie um Folgeänderungen eines Bundesgesetzes, die wir im Landesgesetz nachvollziehen.

Die drei Bemerkungen seitens der SPD-Fraktion lauten wie folgt:

1. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist bekanntermaßen eines der großen bildungspolitischen Reformen aus der sozial-liberalen Zeit, was sich von der Begründung und vom Ansatz her mittlerweile als unstrittig darstellen dürfte. Die SPD-Fraktion nimmt es mit Genugtuung auf, wenn jetzt durch das Zwölfte **Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz** eine Reihe von Verbesserungen wie die Anhebung von Freibeträgen, die Verbesserung bei der Zweitausbildung, die Verbesserung in der Frage der Darlehensgewährung und bei der Schülerförderung von der Bundesregierung eingebracht worden sind, die wir als Sozialdemokraten schon lange gefordert haben. Zumindest im Bereich der **Schülerförderung** werden hier in Teilen Bemühungen erkennbar, Anschluß zu finden an den früheren Stand der Schülerförderung, wie wir sie in alten sozial-liberalen Zeiten praktizieren konnten.

2. Die Wiedereinführung der Ausbildungsförderung für alle Schülerinnen und Schüler ist einer der politischen Streitpunkte auf Bundesebene, über die auch im Zusammenhang mit den nächsten Bundesparlamentswahlen in Deutschland entschieden wird. Die Position der SPD hierzu ist, daß wir aus Gründen der Chancengleichheit gerade für Schülerinnen und Schüler aus sozial schlechtergestellten Familien eine umfassende **Neuregelung des Schüler-BAföG** brauchen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß eine solche Regelung einer neugewählten deutschen Regierung und eines neugewählten gesamtdeutschen Parlaments die finanziellen Aspekte im Ausgleich zwischen strukturschwächeren und strukturstärkeren beziehungsweise finanzschwächeren und finanzstärkeren Bundesländern, zumal im Lichte der Finanzentwicklung im geeinten Deutschland, intensiv zu berücksichtigen haben wird.

3. Die SPD-Fraktion hat deshalb die Bitte an die Landesregierung, im Zeichen einer solchen Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, die wir nach den nächsten Wahlen speziell für den Schülerbereich erwarten, Vorbereitungen für eine **Überarbeitung des Gesetzes für Erziehungsbeihilfen** zu treffen. Sollte es zu keiner Novellierung auf Bundesebene kommen, ist für Schleswig-Holstein zumindest in die Überarbeitung des Gesetzes einzutreten. Die SPD-Fraktion hat schon in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, daß zum Beispiel der

Begriff der Erziehungsbeihilfen, wie er seinerzeit von der CDU bewußt sogar in die Überschrift des Gesetzes eingestellt worden ist, nach unserer Auffassung eine falsche Wegweisung darstellt. Tatsächlich sollte es nicht in erster Linie um Erziehungsbeihilfen gehen, sondern darum, Ansprüche einzelner an Bildungschancen und an Bildungsförderung stärker zu verankern. Wenn es denn in Teilen über die Familie geschehen muß, ist es selbstverständlich, daß es über die Familie geschieht. Aber der Anspruch dieses Gesetzes, wie er sich nach unserer Vorstellung in dem Begriff der Ausbildungsbeihilfe besser widerspiegeln würde, wäre eine Wegzeigung für eine solche Novellierung. Von der Frau Berichterstatterin ist schon angesprochen worden, daß natürlich auch Auszahlungsbeantragungsmodalitäten neben anderen Punkten dazu zählen würden.

Wir hoffen darauf, daß es nicht auf Landesebene zu einer solchen Überarbeitung dieses Gesetzes für Erziehungsbeihilfen kommen muß, weil wir auf Bundesebene wieder ein besseres Bundesausbildungsförderungsgesetz mit einer umfangreichen Schülerförderung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bendixen.

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat ungewöhnlich, daß wir bei der zweiten Lesung, bei der noch nicht einmal Änderungsanträge gestellt werden, grundsätzliche Positionen austauschen. Aber nachdem der Kollege Rossmann dies für die SPD-Fraktion getan hat, möchte ich aus unserer Sicht einige wenige Bemerkungen machen.

Wir stimmen dem Gesetz zu. Im wesentlichen handelt es sich um ein Gesetz zur **Anpassung des Landesrechts an verändertes Bundesrecht**. Das begrüßen wir. Wir begrüßen ausdrücklich, daß die SPD-Mehrheitsfraktion das begrüßt, was die CDU/FDP-Koalition in Bonn vorgelegt hat, um eine gewisse strukturelle und auch tatsächliche Verbesserung der Erziehungsbeihilfen zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Nur, Herr Kollege Rossmann – ich will Ihren Optimismus im Hinblick auf die Mehrheitsverhältnisse 1991 folgende natürlich nicht verwässern –, Sie unterschreiben hier sozusagen ungedeckte Schecks für die Zukunft. Sie wissen ganz genau, daß Sie als Mehrheitsfraktion natürlich die Möglichkeit gehabt hätten, das schleswig-holsteinische Gesetz im Sinne Ihrer damaligen Positionen zu ändern.

Ich habe einmal die Debatte vom August 1983 nachgelesen, als wir wegen der veränderten Bundeslage unser Gesetz einbrachten. Damals hat die SPD die

(Dr. Peter Bendixen)

Ansicht vertreten, daß erhebliche Mehraufwendungen seitens des Landes notwendig seien. Der Herr Kollege Arens hat damals – im Protokoll nachlesbar – gesagt, das schleswig-holsteinische Gesetz sei ein Rückfall in die fünfziger Jahre. Er hat gesagt, das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes sei mindestens tangiert, wenn nicht verletzt, und er hat Mehraufwendungen für die Jahre 1983 bis 1986 in der Größenordnung von 52,5 Millionen DM gefordert. Sie haben es damals in der Debatte, Herr Kollege Arens – das waren die Berechnungen, die wir auf der Grundlage Ihres Antrages vorgelegt hatten –, als tendenziell richtig bezeichnet.

Wenn dies richtig ist, was Sie damals vorgetragen haben, dann verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie nicht mindestens einen Teil der Anträge einbringen, die Sie damals lauthals und mit großen Worten auf den Tisch gelegt haben. Natürlich geht es immer um finanzielle Fragen. Aber auch da hat der Herr Kollege Arens ja eine bemerkenswerte Äußerung getan, und zwar am 23. August 1988 – im Protokoll festgehalten. Es heißt – ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin –:

„Fiskalische Argumente sind aber in diesem Zusammenhang so falsch, wie sie populär sind.“

Herr Arens, Sie sehen, die Vergangenheit holt einen immer ein.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Unsere damalige Position erweist sich – zumindest indirekt durch Sie heute bestätigt – als richtig. Wir stimmen auch aus diesem Grunde dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 12/832, insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/812

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 12/886

Mir ist signalisiert worden, daß keine Aussprache gewünscht wird.

Ich lasse deshalb über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 12/812, insgesamt abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz – SH ABgG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW]

Drucksache 12/857

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 12/896

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/867

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 12/897

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Aniol, das Wort.

Peter Aniol [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfs zur **Änderung des Abgeordnetengesetzes** ist, soweit es den Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Lesung betrifft, schnell vorstatten gegangen – in den Augen mancher zu schnell. Das hat Kritik in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Am 12. Juni dieses Jahres überwies der Landtag den von SPD, CDU und dem Abgeordneten Meyer eingebrachten Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuß zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuß zur Mitberatung, und schon heute, 14 Tage später, findet die zweite Lesung des Entwurfs statt. Dazwischen lagen drei gemeinsame Sitzungen der beiden Ausschüsse, von denen eine als **Anhörung** von Sachverständigen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen gedacht war. Eine solche Anhörung hielten die Ausschüsse für notwendig. Die Anzuhörenden sollten Gelegenheit erhalten, den Ausschüssen ihre Auffassung zu der interfraktionellen Vorlage in öffentlicher Sitzung darzulegen. Eingeladen wurden der Vorsitzende des unabhängigen Sachverständigengremiums, der sogenannten Diätenkommission, Herr Lausen, der auch an der Anhörung teilgenommen hat, sowie der Vorsitzende des Landesbezirks Nordmark im DGB, die Unternehmensverbände

(Peter Aniol)

und der Bund der Steuerzahler sowie der Landesrechnungshof. Der Landesrechnungshof sagte seine Teilnahme unter Hinweis darauf ab, daß er über keinerlei Prüfungserfahrungen auf diesem Sektor verfüge, daß seine Stellungnahme in der Anhörung spätere Prüfungen präjudizieren müsse und er daher nicht teilnehmen könne.

Es liegt auf der Hand, daß diese Anhörung sehr kurzfristig angesetzt werden mußte, damit die Ausschüsse das Ergebnis noch gewissenhaft auswerten konnten. Gerade diese zugegeben sehr kurzfristige Einladung zu der Anhörung hat aber zu dem Vorwurf der übermäßigen Eile bei der Beratung dieses Themas geführt.

Als Vorsitzender des federführenden Innen- und Rechtsausschusses halte ich es doch für meine Aufgabe, zu diesen Vorwürfen etwas klarzustellen. Die zu der Anhörung eingeladenen Vertreter sind durch den Gesetzentwurf sicherlich nicht überrascht worden. Erstmals wurde diese Thematik öffentlich schon im Februar 1989 diskutiert, als die unabhängige **Diätenkommission** ihren Bericht zur Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung vorlegte. Seit jener Zeit wurden immer wieder Einzelfragen der **Struktur der Abgeordnetenentschädigung** erörtert. Eine Arbeitsgruppe des Parlaments hat sich ausgiebig mit diesen Fragen beschäftigt, und die Überlegungen der Fraktionen wurden auch der Öffentlichkeit vorgestellt. Lange bevor der Gesetzentwurf zur ersten Lesung eingebracht wurde, waren die Vorstellungen des Parlaments zumindest zum Teil – ich erwähne hier beispielhaft nur einmal den Bund der Steuerzahler – bekannt. Auch wenn also – wie ich nochmals einräume – die Einladung zu der Anhörung sehr kurzfristig erging, wäre es den Vertretern doch möglich gewesen, auch zu den inhaltlichen Fragen des Entwurfs Stellung zu nehmen. Wie sonst ist es zu erklären, daß – und ich bleibe bei dem Beispiel dieser Organisation – der Bund der Steuerzahler am Tage nach der Anhörung zu einer von ihm selbst einberufenen Pressekonferenz eine vielseitige – ich glaube, fast 30seitige – schriftliche Stellungnahme zu dem Entwurf vorlegen konnte.

Um diese Darstellung abzuschließen: Soweit die eingeladenen Vertreter nicht tatsächlich zeitlich verhindert gewesen wären, hätten sie die Gelegenheit durchaus wahrnehmen können, in der Anhörung dem Parlament gegenüber auch ihren Unmut über die Kurzfristigkeit der Einladung zum Ausdruck zu bringen. Diese Kritik hätte das Parlament sicherlich „schlucken“ müssen. Statt dessen aber den Weg zu wählen, außerhalb des Parlaments durch gesonderte Presseveröffentlichungen an dem parlamentarischen Verfahren Kritik zu üben und Forderungen zu erheben, ist zwar legitim, aber ein Verfahren, dem sich die Ausschüsse nicht unterwerfen wollten. Sie hielten deshalb an dem ursprünglichen Zeitplan für die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfs fest.

Nachdem im übrigen die schriftliche Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler zu der Vorlage bekannt geworden war – wenn auch nicht dem Parlament selbst übermittelt –, haben die Ausschüsse die darin enthal-

tenen Anregungen gleichwohl in ihre Beratungen in der abschließenden Sitzung am 21. Juni 1990 einbezogen.

In der öffentlichen Diskussion ist auch der Vorwurf erhoben worden, die **Zulagenregelung** für bestimmte **Funktionsträger** im Parlament stehe im Widerspruch zu einem Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** aus dem Jahre 1975 und sei deshalb verfassungswidrig; der Landtag setze sich bewußt über diese Verfassungsgerichtsentscheidung, die bindendes Recht sei, hinweg.

Die Ausschüsse haben diesen Einwand durchaus erwogen und darauf auch in der bereits erwähnten öffentlichen Anhörung ausdrücklich Bezug genommen. Grundlage des Entwurfs ist ja der Bericht der unabhängigen Diätenkommission, deren Vorsitzender, Herr Lausen, in der Anhörung noch einmal deutlich den Standpunkt der Kommission darlegte.

Die Kommission selbst hatte – in Kenntnis der Verfassungsgerichtsentscheidung – solche Funktionszulagen angeraten; die Passagen des Urteils, aus denen die Verfassungswidrigkeit hergeleitet werde, gehörten erstens nicht zu den tragenden Gründen des Urteils, und zweitens sei unübersehbar, daß bestimmte Mitglieder des Parlaments entscheidende herausgehobene Funktionen wahrnahmen, die einen reibungslosen Arbeitsablauf erst ermöglichten. Dadurch seien sie zeitlich so sehr in Anspruch genommen, daß für sie eine berufliche Tätigkeit neben ihrem Mandat nicht in Betracht komme. Sie würden aber ohne eine finanzielle Abgeltung ihres Mehraufwands gegenüber einem „normalen“ Abgeordneten erheblich schlechter gestellt. Ausschlaggebend sei, daß diese Zulagen nicht fraktionsintern und damit für den Bürger nicht durchschaubar geleistet, sondern transparent durch Verankerung im Gesetz ausgewiesen würden. Gerade die strukturelle Neuordnung der Abgeordnetenentschädigung ist aber – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben – der Sinn der Vorlage.

Meine Damen und Herren, auf Einzelheiten des Gesetzentwurfs möchte ich im Rahmen meines Berichts nicht näher eingehen; dazu werden die Sprecher der Fraktionen Gelegenheit haben. Die zahlreichen Änderungen, die Sie in der rechten Spalte der Gegenüberstellung finden, die Ihnen die Ausschüsse zur Annahme empfehlen, sind nahezu ausschließlich redaktioneller Art.

Die neuen Regelungen, soweit sie die Höhe der Entschädigung und der Pauschalen betreffen, sollen zum 1. August 1990 in Kraft treten. Dadurch entstehen im laufenden Haushaltsjahr Mehrausgaben, für die der Landtag nach Artikel 47 der Landessatzung einen **Deckungsvorschlag** zu unterbreiten hat. Einen solchen Deckungsvorschlag finden Sie auf der ersten Seite der Beschlußempfehlung des Ausschusses. Ein Teil der Mehraufwendungen soll danach durch Einsparungen im Rahmen des Einzelplans 01 aufgebracht werden, ein anderer Teil im Rahmen des Einzelplans 11. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, sollen dafür nicht die beiden Titel des Kapitels 1101 in An-

(Peter Aniol)

spruch genommen werden, sondern die genannten Titel im Kapitel 1104. Ich bitte Sie, den Beschlußvorschlag des Ausschusses insofern zu korrigieren.

In engem Zusammenhang mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes steht auch die von der Landesregierung eingebrachte Änderung des § 13 a des **Landesministergesetzes**. Danach sollen die **Parlamentarischen Vertreter** der Minister eine Zulage in derselben Höhe erhalten wie ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Die Neufassung des Artikels 1, die Ihnen der Innen- und Rechtsausschuß vorschlägt, übernimmt insoweit den Vorschlag der Landesregierung. Zusätzlich streicht sie aber den letzten Halbsatz des § 13 a des Landesministergesetzes, der für Parlamentarische Staatssekretäre eine zusätzliche Entschädigung von 1000 DM monatlich vorsah.

Meine Damen und Herren, der Innen- und Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß einstimmig, die beiden Gesetzentwürfe in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen und zugleich über den Deckungsvorschlag in der Drucksache 12/896 zu beschließen.

(Beifall)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor.

Ich eröffne die Einzelberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Arens.

Heinz-Werner Arens [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer anlässlich der **Änderung des Rechtsstellungsgesetzes** die veröffentlichte Meinung studiert und die öffentliche Diskussion verfolgt, dem können doch manchmal Zweifel kommen, ob jeder oder jede, der oder die sich an der öffentlichen Diskussion beteiligt, die Gesetzesmaterie auch wirklich verstanden hat oder ob alle, die sich an dieser Diskussion beteiligen, überhaupt an einer sachgerechten, an der Verfassungslage und am Verfassungsauftrag orientierten Diskussion interessiert sind.

(Beifall bei der SPD – Fritz Latendorf [CDU]: Das gilt auch für Kollegen!)

Freilich: Es muß zugestanden werden, daß die gesetzmäßige Aufbereitung der **Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung** zu den sehr schwierigen und komplizierten Gesetzesmaterien zu rechnen ist. Ich habe hier nicht vor, Polemik, wie sie teilweise geäußert worden ist, mit Polemik zu beantworten, will aber zu der öffentlichen Diskussion aus der Sicht des Parlaments doch einige notwendige Klarstellungen vornehmen.

Ich darf zunächst einmal die **Verfassungslage** in Erinnerung rufen. Artikel 38 und Artikel 48 des Grundgesetzes sagen aus, daß die Parlamente verpflichtet sind, über die Herstellung der Angemessenheit der

Abgeordnetenentschädigung die **Unabhängigkeit des Mandats** zu sichern. Das bedeutet: Es gibt nicht nur den Verfassungsanspruch der Abgeordneten auf eine angemessene Entschädigung, sondern es gibt die Verfassungspflicht für die Parlamente, diese Angemessenheit jederzeit herzustellen. Das bedeutet: Auch für den Schleswig-Holsteinischen Landtag besteht der Verfassungsauftrag, in jeder Legislaturperiode mindestens einmal so zu verfahren.

Dabei stellt sich natürlich die Frage, was Angemessenheit der Entschädigung bedeutet. In Anlehnung an das nach meiner Meinung sehr nachlesenswerte neueste Gutachten einer unabhängigen **Kommission des Bundestages**, das mit Datum vom 15. Juni 1990 unter der Drucksachennummer 11/7398 veröffentlicht worden ist, will ich dies in einigen Punkten skizzieren.

Angemessenheit bedeutet erstens die die Unabhängigkeit des Mandats sichernde Entschädigung, zweitens eine amtsangemessene Alimentation, die den angemessenen Lebensunterhalt der Abgeordneten und ihrer Familien gewährleistet, drittens die Gewährleistung der politischen Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten, damit niemand an der Übernahme und uneingeschränkten Ausübung der Mandatstätigkeit gehindert werden kann.

Aus dieser in dreifacher Hinsicht spezifischen Zielsetzung der Abgeordnetenentschädigung resultiert, daß sie nach Inhalt, Zweck und Ausmaß eine **Staatsleistung eigener Art** darstellt, die schon wegen ihrer verfassungsmäßigen Legitimation mit keiner anderen Unterhaltszahlung aus öffentlichen Haushalten vergleichbar ist und deswegen beispielsweise auch mit Ministerbezügen oder Beamtenbezügen nicht gleichgesetzt oder verglichen werden kann und darf.

Bei der Feststellung und der daraus resultierenden Angleichung der Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag geht es natürlich auch – aber keineswegs nur – um ein Einkommen der Abgeordneten. Darüber hinaus geht es gleichrangig um die Gewährleistung der jederzeitigen politischen Arbeitsfähigkeit jedes und jeder einzelnen Abgeordneten, um den ungehinderten Zugang zum Mandat, um die Ausübung des Mandats im Parlament, um die Gewährleistung der notwendigen Arbeit der Abgeordneten im Wahlkreis, um den Übergang vom Mandat ins Berufsleben und um eine angemessene Altersversorgung.

Deshalb habe ich für meine Fraktion der Landtagspräsidentin Dank zu sagen, daß sie mutig und entschlossen am Beginn der Legislaturperiode der diesmaligen sogenannten **Diätenkommission** den Auftrag erteilt hat, eine Beratungsgrundlage über die verfassungsmäßig gebotene Breite, die Höhe, den Umfang und die Struktur der Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung zu erstellen und sich nicht – wie dies so häufig in der Vergangenheit geschehen ist – allein auf die Höhe der Diäten zu beschränken.

Der sogenannten Diätenkommission ist ebenfalls Dank zu sagen, daß sie sich diesem umfassenden

(Heinz-Werner Arens)

Auftrag gestellt und eine entsprechende sehr kompetente und wegweisende Beratungsgrundlage erstellt hat.

Die Beratungen des Parlaments haben in den Fraktionen länger gedauert als vorgesehen. Auch dies sollte eigentlich niemanden verwundern. Auch wir müssen erst lernen, uns der komplexen und schwierigen Gesetzesmaterie zu nähern. Ich darf nur einmal auf die sehr umfangreichen Beratungen verweisen, die wir damals zu der Neufassung des Rechtsstellungsgesetzes im Jahre 1978 geführt haben.

Den Auftrag, den wir selbst haben, der – aus der Verfassung resultierend – für uns Pflicht ist, wird natürlich dadurch nicht gerade erleichtert, daß die Abgeordneten die Bestimmungen über ihre eigenen materiellen Lebensgrundlagen in dieses Gesamtpaket einzubringen haben.

Mißt man das Gesamtergebnis an all diesen Schwierigkeiten, so kann das Parlament für sich in Anspruch nehmen, ein **Strukturkonzept** für die Abgeordnetenentschädigung auf den Weg gebracht zu haben, das für diese, insbesondere aber für die kommende Legislaturperiode einen gangbaren Weg für sachangemessene Arbeit aufzeigt, das dem Verfassungsauftrag gerecht wird und das gleichzeitig von der gebotenen Zurückhaltung geprägt ist.

Eine über die sorgfältige Beratung der Einzelpositionen in der ersten Lesung hinausgehende Bewertung soll hier genauso wenig vorgenommen werden wie deren Wiederholung. Es soll aber nicht die Gelegenheit verpaßt werden, auch an dieser Stelle einmal Dank zu sagen. Der Dank geht einmal an die interfraktionelle Arbeitsgruppe. Ich will mir einmal die Freiheit herausnehmen, ihrem fleißigen, sachkundigen und engagierten Sprecher, dem Kollegen Peter Wellmann, besonders Dank zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Dank sage ich aber auch der Landtagsverwaltung, dem wissenschaftlichen Dienst. Ich darf als Person hier Herrn Dr. Waack nennen, der diese sehr, sehr schwierige Materie sehr präzise und – wie ich denke – auch sehr engagiert zu Papier gebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

In der ersten Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde beschlossen, am 25. Juni, also heute, abschließend zu beraten. Das geänderte Gesetz soll am 1. August 1990 Gesetzeskraft erhalten. An diesem Fahrplan ist – Herr Kollege Aniol hat es eben schon gesagt – öffentlich Kritik geäußert worden. Auch ich habe hier einige Klarstellungen vorzunehmen.

Erstens: Das **parlamentarische Verfahren** hat nicht, wie in einigen Gazetten behauptet worden ist, zwei Wochen in Anspruch genommen, sondern eineinviertel Jahre. Die erste Phase der Arbeit der sogenannten **Diätenkommission** wurde nach einem halben Jahr öffentlich im Parlament mit einer Beratung und Würdigung des Gutachtens abgeschlossen. Dieses Gutach-

ten war nicht nur Grundlage, sondern – dies ist während der abgelaufenen eineinviertel Jahre erkennbar gewesen – ist Bestandteil des jetzigen Gesetzesentwurfs geworden. Danach hat das Parlament interfraktionell und in den Fraktionen im Grundsatz und in der Feinabstimmung sehr intensiv insgesamt knapp eineinviertel Jahre beraten.

Zweitens: In der ureigensten Angelegenheit des Parlaments, nämlich den Rahmen seiner gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit festzulegen, ist die Öffentlichkeit angemessen beteiligt worden, vor allem – dies sollte in der öffentlichen Berichterstattung auch nie vergessen werden – dadurch, daß eine anerkanntermaßen unabhängige und öffentlich respektierte **Expertenkommission** eingesetzt wurde, deren Empfehlungen die Basis des nunmehr zu beschließenden Gesetzes bilden.

Drittens: Darüber hinaus wurde in der ersten Lesung angekündigt und noch am gleichen Tage in den zuständigen Parlamentsausschüssen beschlossen und auf den Weg gebracht, daß eine **öffentliche Anhörung** durchgeführt werden solle. Zu dieser Anhörung wurden Fachleute eingeladen; eine Wiederholung der Namen ist unnötig, Kollege Aniol hat es berichtet.

Ich will zu dem Ergebnis der Anhörung kurz Stellung nehmen.

Erstens: Der Landesrechnungshof hat sehr grundsätzlich befunden, daß er zur Änderung des Rechtsstellungsgesetzes nicht Stellung zu nehmen gedenkt; das war seine mit Respekt zu vernehmende Stellungnahme.

Der Steuerzahlerbund Schleswig-Holstein hat sich öffentlich geäußert. Es war ihm aus Zeitgründen nicht möglich, dies im Parlament zu tun; deswegen hat er es zeitgleich öffentlich vorgenommen. Inhaltlich will ich dazu nicht Stellung nehmen; eine Anmerkung will ich dennoch machen. Dem Parlament ist durch diesen Verband öffentlich Machtmißbrauch und Rechtsbruch vorgeworfen worden. Es mag angehen, daß man unsere Arbeit nicht allzu ernst nehmen muß. Aber wer so etwas in der Öffentlichkeit und ohne Belege und ohne Zwang behauptet, stellt seine eigene Ernsthaftigkeit und seine Seriosität als zukünftiger Gesprächspartner sehr in Frage.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Die Stellungnahme von Herrn Lausen ist differenziert vorgetragen worden. Bei grundsätzlichem Einverständnis gibt es in Detailpunkten Kritik. Dies ist im Ausschuß differenziert besprochen worden.

Die Vorsitzenden der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen konnten an der Anhörung aus Zeitgründen nicht teilnehmen. Sie haben aber auch kein sehr nachhaltiges Interesse an einer öffentlichen Anhörung, die danach noch hätte stattfinden sollen, bekundet.

Auf der Grundlage der öffentlichen Diskussion scheint mir deswegen folgendes festzustellen zu sein:

(Heinz-Werner Arens)

Das Angebot einer öffentlichen Anhörung zum bestehenden Gesetzentwurf ist sehr differenziert wahrgenommen worden. Es gibt – jedenfalls ist das öffentlich nicht sichtbar geworden – keine Notwendigkeit, noch in eine erneute Anhörungsrunde zu gehen.

Ich will mich mit einigen klarstellenden Bemerkungen mit der Verfassungslage – Stichwort **Diätenurteil** – befassen. Ich will mich nicht mit jenen auseinandersetzen, die uns öffentlich Verfassungsbruch vorgeworfen haben. Aber es hat aufgrund der Diskussion, die gelaufen ist, natürlich auch die Sorge gegeben, ob wir uns denn wirklich verfassungsgemäß verhalten. Auf diese Sorgen möchte ich doch antworten.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat 1975 im sogenannten Diätenurteil ohne Umschweife entschieden, daß nur die zusätzlichen Entschädigungen für Präsidenten und Vizepräsidenten anerkannt werden können. Weitere **Funktionszulagen** war es nicht bereit anzuerkennen, weil es von der grundsätzlichen Gleichheit der Abgeordnetenentschädigung ausging. Bereits zum damaligen Zeitpunkt wurde dieses Urteil – um das zurückhaltend zu sagen – von Verfassungsjuristen aller Denkrichtungen als leicht wirklichkeitsfremd kommentiert. Jedem war bereits damals klar, daß es parlamentarische Funktionen außerhalb der anerkannten gab und gibt, die weit über das übliche Maß des „einfachen Abgeordneten“ zusätzlichen Zeit-, Arbeits- und Organisationsaufwand erfordern, der auch durch zusätzliche Entschädigung abzugelten ist. Da nach dem Verfassungsgerichtsurteil die offene Ausweisung über das Gesetz nicht mehr möglich war, die zusätzliche Entschädigung aber erforderlich ist, haben alle Parlamente dieses Problem auf ihre eigene Art und Weise – über Finanzierung aus Fraktionskassen, also über einen Umweg – gelöst.

Diese Situation war, verehrte Damen und Herren, und ist nicht nur unbefriedigend, sie war und ist verfassungsrechtlich bedenklich, sagte doch bereits damals dasselbe Bundesverfassungsgericht, daß alle Entschädigungsleistungen öffentlich ausgewiesen werden müssen. Aus diesem verfassungsrechtlichen Dilemma kann nur der Gesetzgeber selbst durch neue Gesetzgebung herausfinden, die sich dann sicherlich auch verfassungsrechtlicher Überprüfung stellen muß.

Nach eineinhalb Jahrzehnten der Verfassungspraxis nach dem sogenannten Diätenurteil kann der Gesetzgeber keine andere als die jetzige in Schleswig-Holstein gewählte Lösung finden. Er könnte eine andere finden, nur haben wir diese vom Grundsatz her nicht diskutiert. Wir kennen die Situation. Wir gehen diesen Weg bewußt. Er soll aus einer Grauzone herausführen, wie sie in den Parlamenten ganz zweifellos bestanden hat. Wir sind überzeugt, daß eine verfassungsrechtliche Würdigung heute oder morgen dieses Verhalten als verfassungskonform einstufen wird. Ansonsten würden wir ein solches Gesetz in diesem Hause nie beschließen. Wir fühlen uns auch durch Aussagen von Verfassungsrechtlern, wie in Schleswig-Holstein Herrn von Mutius, oder diverse Gutachteraussagen in der Hessen-Gesetzgebung bestärkt.

Lassen Sie mich abschließend einige wenige persönliche Bemerkungen anfügen. Das **Ansehen des Parlaments** – das ist für eine parlamentarische Demokratie wohl wichtig, wie uns die Geschichte hinreichend gelehrt hat – kann von innen und kann von außen beschädigt werden. Von innen kann es beschädigt werden, wenn hier Diskussionen geführt würden, wenn hier eine Gesetzesarbeit betrieben würde, die mit Rechtsstellungsgesetz und Anpassung des Rechtsstellungsgesetzes letzten Endes nur Lohn meinte; dies gilt ganz sicherlich. Deswegen habe ich aufzuzeigen versucht: Welches ist das Arbeitsfeld, dem wir uns zu stellen haben, auf dem wir gearbeitet haben? Wir hätten unsere Pflicht vernachlässigt, wenn wir nicht dazu gekommen wären, uns über die Gesamtstruktur unserer Arbeit Gedanken zu machen. Ich darf das Haus einmal daran erinnern, daß dies eine Arbeit ist, die seit sechs Jahren zugesagt ist und seit sechs Jahren nicht auf die Reihe gebracht werden konnte, aber nun endlich das erste Mal im Ergebnis vorliegt.

Das Ansehen des Parlaments kann aber auch von außen beschädigt werden. Ich habe am Anfang auf die veröffentlichte Meinung hingewiesen. Ich will an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen, daß jede Diskussion über Abgeordnetengesetze und in diesem Fall über die angemessenen Bezüge der Abgeordneten beziehungsweise Entschädigung der Abgeordneten und damit über die Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit immer nur an der Verfassungslage, am **Verfassungsauftrag** orientiert werden kann. Jeder, der sich dazu äußert, sollte sich dazu auch in dieser Richtung äußern, wenn er selbst ernst genommen werden will. Ich glaube, wir haben Beschädigungen des Parlaments von innen und von außen in der Vergangenheit zugegeben doch genügend gehabt, so daß jeder, der sich am öffentlichen Prozeß beteiligt, dies wissen muß und dies zu berücksichtigen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf den Rückschluß ziehen: Der Schleswig-Holsteinische Landtag – ich spreche hier für die SPD-Fraktion – hat eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, die in der Grundstruktur den Empfehlungen der sogenannten Diätenkommission gefolgt ist und bei der man nach sorgfältiger Prüfung immer versucht hat, auch bei Detailänderungen, die vorgenommen worden sind, sich an der Verfassungslage, am Auftrag zu orientieren. Das Ergebnis kann von uns heute mit gutem Gewissen verabschiedet werden.

Meine Fraktion wird dieser Änderung zustimmen. Es gibt zwei Stimmenthaltungen, weil Bedenken geltend gemacht worden sind. Dies ist zu respektieren. Ansonsten wird die Fraktion zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hinter uns liegt ein langer und zum Teil auch mühsamer Weg, den wir beschritten haben, bis wir die vorliegende interfraktionelle Einigung zu diesem Gesetzentwurf erzielt haben.

Ich will hier gleich zu Beginn betonen, daß diese Einigung keinen negativen Beigeschmack hat. Wir haben nach unserer Einschätzung verantwortlich um angemessene Ergebnisse gerungen. Es gab – das will ich hier auch gleich zu Anfang sagen – für die CDU-Fraktion manchen Rat, wir sollten dies doch die Mehrheitsfraktion „man machen lassen“.

Wenn auch die SPD-Fraktion hier federführend tätig war, so kam es für uns nicht in Frage, uns zu enthalten oder gegenzustimmen und dann später die Anpassung voll in Anspruch zu nehmen.

(Beifall im ganzen Hause)

Dem Gesetzentwurf ging eine ausführliche, gründliche Beratung voran. Er ist nicht unter Zeitdruck entstanden und nicht in Eile zustande gekommen. Der Beratungsgegenstand wurde in den jeweiligen Phasen der Vorbereitung dokumentiert und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Am Anfang des Gesetzgebungsvorhabens stand die Einsetzung des **Sachverständigengremiums** aus fünf unabhängigen Sachverständigen. Der Direktor der Landesbank, Gerd Lausen, hat den Vorsitz geführt, und ich glaube, er hat dies in kompetenter, unabhängiger und angemessener Weise getan. Dafür möchte ich ihm an dieser Stelle danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Vor fast eineinhalb Jahren, nämlich im Februar 1989, legte das Sachverständigengremium seinen Bericht vor. Und die Kommission orientierte sich in ihren Empfehlungen grundsätzlich an der zuständigen **Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts** zum Recht der Abgeordnetenentschädigung. Sie unterstrich, die Abgeordnetenentschädigung insgesamt, ihre Zusammensetzung, ihre Struktur und ihre Höhe seien im einzelnen durch Gesetz zu regeln. Dadurch werde gewährleistet, daß jede einzelne Regelung im Parlament diskutiert und vor den Augen der Öffentlichkeit – so wie wir es heute tun – entschieden werde.

Diesen Weg haben wir bis heute auch beschritten. Es wäre besser gewesen – Herr Arens hat ebenfalls darauf hingewiesen –, die Gelegenheit zur Kritik anläßlich der **Anhörung** durch den Innen- und Rechtsausschuß in Anspruch zu nehmen. Sicherlich war die Einladungsfrist sehr kurz; dies müssen wir selbstkritisch sagen. Doch erscheint es zum Beispiel bezogen auf den Bund der Steuerzahler undenkbar, daß die am Dienstag vorgelegte, 60 Seiten umfassende, Kritik und Empfehlungen beinhaltende Stellungnahme nicht schon am Montag erstellt gewesen wäre.

(Beifall im ganzen Hause)

Der Ausschuß hat sich dann auf unseren Antrag hin dennoch am Donnerstag mit den wesentlichen Kritikpunkten des Bundes der Steuerzahler befaßt.

Zum gesamten Beratungsverfahren kann ich auch nicht den Vorwurf des „Durchpaukens“, wie er manchmal zu hören gewesen ist, gelten lassen. Schon der seit eineinhalb Jahren vorliegende Bericht des Sachverständigengremiums ist im Landtag öffentlich diskutiert und auch öffentlich vorgelegt worden. Die Grundlinien der Empfehlungen sind all denjenigen bekannt gewesen, die massive Kritik angemeldet haben. Dies gilt auch für den Bund der Steuerzahler, der – das will ich hinzufügen – in seiner heutigen Kritik weit über seine damaligen Anmerkungen und Empfehlungen hinausgeht.

(Beifall der Abgeordneten Gert Börsen [SPD] und Peter Wellmann [SPD])

Neben der Struktur der **Entschädigungsregelung** haben wir natürlich auch über die angemessene Höhe zu befinden. Die scheint auf den ersten Blick sehr einfach. Das Sachverständigengremium des Landtages, aber auch die Kommission des Bundestages, die kürzlich einen Bericht vorgelegt hat, hat uns deutlich gemacht, wie komplex der ganze Sachverhalt politisch und rechtlich zu betrachten ist. Unter Einbeziehung der Berichte dieser Kommissionen galt es, unter anderem folgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Bedeutung des Amtes des oder der Abgeordneten unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges;
2. die Einordnung in das Einkommensgefüge, so schwer wir hier auch Vergleiche ziehen können angesichts des besonderen Status der Abgeordneten.

Dazu zwei Beispiele: Die Kommission hat festgestellt, daß von 900 000 steuerzahlenden Bürgern in Schleswig-Holstein 70 000 ein höheres Einkommen beziehen als die Abgeordneten des Landtages. Sie weist weiter darauf hin, daß die damals empfohlene **Grundentschädigung** von 7 000 DM zwischen dem Endgehalt eines Oberrates und eines Direktors, also zwischen A14 und A15 liegt.

Ich will in Interpretation dieser Feststellung sagen: Kein Verband würde dafür heute eine Geschäftsführerposition besetzen können.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Auch nicht der Bund der Steuerzahler!)

3. Die Anpassung an die **Einkommensentwicklung** und die damit verbundene Problematik einer nicht kontinuierlichen Anpassung;
4. die nach dem Grundgesetz gebotene umfassende Unabhängigkeit der Abgeordneten;
5. ein für uns alle ganz wichtiger Punkt: das Ziel einer pluralistischen Repräsentation in der Zusammensetzung des Landtages.

(Meinhard Füllner)

Der große Anteil von Vertretern aus dem öffentlichen Dienst wird in der Öffentlichkeit überall beklagt. Das heißt in der Konsequenz: Die Entscheidung über unser Thema, über das wir heute zu befinden haben, darf nicht so bemessen sein, daß für bestimmte Berufe oder Schichten ein Mandat von vornherein nicht in Betracht kommt, weil dies mit erheblichem Einkommensverzicht verbunden wäre.

6. Das Risiko für Existenz, berufliche Karriere und Altersversorgung, besonders für diejenigen, die aus der Wirtschaft und den freien Berufen kommen,

7. die Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten unter Berücksichtigung des zunehmenden Trends zur Professionalisierung und schließlich auch der wachsenden kommunikativen Anforderungen.

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Zahlung pauschalierter Aufwandsentschädigungen verbietet, weitere Aufwendungen steuerlich in Anrechnung zu bringen.

Die CDU-Fraktion hat sich gegen erhebliche Bedenken – das will ich hier auch zum Ausdruck bringen – der Empfehlung der Kommission angeschlossen, in begrenztem Rahmen gegen Nachweis die Kosten für die **Beschäftigung von Mitarbeitern** zu erstatten. Dies war für uns sicherlich eine der schwierigsten Neuregelungen. Es dient aber nicht einer sachlichen Diskussion, wenn dies als Einkommen der Abgeordneten eingerechnet oder bezeichnet wird.

In den meisten Bundesländern gibt es diese Regelung; dies ist gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, in dem die Abgeordneten zum Teil bis zu dreieinhalb Stunden Fahrzeit jeden Tag im Auto verbringen müssen, eine sinnvolle Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten, die sicherlich dann auch insbesondere von diesen Abgeordneten besonders in Anspruch genommen wird.

Schließlich sind wir auch faktisch der Empfehlung des Sachverständigengremiums gefolgt, die steuerfreie **Aufwandspauschale** von bisher 1 800 DM zu reduzieren. Nominell wird dies zwar nur 200 DM ausmachen, aber ich will doch hinzufügen: Die 400 DM für das Einsetzen moderner Bürokommunikationstechniken sind neue Kosten, die weit über den bisherigen Aufwand hinausgehen.

8. Der Vergleich mit anderen **Landesparlamenten** und dem Bundestag: Danach ergibt die neue Höhe von 6 360 DM für Schleswig-Holstein einen der niedrigsten Beträge im Bundesgebiet; darunter liegen nur Bremen und das Saarland. Ich will hinzufügen: Angemessen erscheint auch der beträchtliche Abstand zu den Regelungen des Bundestages. Nach den neuen Empfehlungen wird sich dieser Abstand noch beträchtlich vergrößern.

Ein Problem, das uns in den letzten Tagen besonders beschäftigt hat, ist das der **Verfassungsmäßigkeit** unseres Gesetzentwurfs. Die sachliche Diskussion über dieses Gesetz wurde überlagert durch den nach unserer Einschätzung unangemessenen Vorwurf der

Verfassungswidrigkeit wegen Zahlung zusätzlicher Entschädigungen für bestimmte **Funktionen**.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat 1975 hierzu ausgeführt, daß der formalisierte Gleichheitsgrundsatz es verlange, daß alle Abgeordneten eine gleich hohe, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung erhalten. Gleichzeitig aber hat es ausdrücklich eine Ausnahme zugelassen; sie betraf die Parlamentspräsidenten und deren Stellvertreter. Diese Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts sind in der Begründung des Urteils enthalten. Sie haben deswegen – anders, als dies jetzt manchmal auch in der öffentlichen Diskussion behauptet wurde – keinen Gesetzesrang. Gesetzesrang einer verfassungsrechtlichen Entscheidung hat lediglich der Entscheidungssatz selbst. Das war im vorliegenden Fall die Entscheidung darüber, daß eine bestimmte Vorschrift des saarländischen Abgeordnetengesetzes, um die es damals, 1975, ging, mit der Verfassung für unvereinbar erklärt wurde.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bindet mit ihren Gründen den Gesetzgeber also nicht. Der Vorwurf des offenen Verfassungsbruchs an den Schleswig-Holsteinischen Landtag ist daher unberechtigt. Soweit er geäußert wurde, möchte ich ihn für meine Fraktion zurückweisen. Ich denke, ich kann auch alle anderen Abgeordneten des Hauses einschließen.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Verfassungsgericht billigt ausschließlich der Präsidentin und den Vizepräsidenten die Zahlung einer bestimmten **Funktionszulage** zu. Es durchbricht somit seine grundsätzliche Auffassung zur Zulässigkeit solcher Zulagen. Gründe dafür, weswegen Träger anderer Funktionen, zum Beispiel Fraktionsvorsitzende, funktionsbezogene Zulagen nicht erhalten dürfen, hat das Bundesverfassungsgericht nicht gegeben. Diese grundlose Differenzierung zwischen verschiedenen Funktionen im Parlament, die eine mit Funktionszulage, die anderen ohne, erscheint uns nicht gerechtfertigt. Das gilt insbesondere heute, wo die Ausdifferenzierung verschiedener Rollen und Funktionen der Abgeordneten gegenüber früher stark zugenommen hat.

Das Sachverständigengremium – das will ich besonders hervorheben – hat die Funktionszulagenregelung nicht nur für rechtmäßig gehalten, sondern hat darüber hinaus die empfohlene Differenzierung sogar für geboten gehalten. Die Kommission war der Auffassung, daß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und die materielle Gerechtigkeit zwingende Gründe darstellen, die eine zusätzliche Entschädigung der genannten Inhaber dieser besonderen Funktionen rechtfertigen. Diese Auffassung wird auch von namhaften Verfassungsrechtlern unterstützt. Herr Arens hat darauf schon hingewiesen.

Ich möchte einen weiteren Punkt zu diesem Aspekt hinzufügen. In diesem Sinne äußerte sich nämlich auch eine neue Stellungnahme des **Bundesrech-**

(Meinhard Füllner)

nungshofs vom Mai dieses Jahres gegenüber der Bundestagsfraktion und der Bundestagspräsidentin. Der Bundesrechnungshof führt aus: Mit dem Diätenurteil sind die Zulagen von Funktionsträgern nicht zu vereinbaren. Das Wüppesahl-Urteil könnte aber eine Überprüfung der im Diätenurteil vertretenen Auffassung rechtfertigen, im Sinne dessen, daß die Fraktionen organisierte Staatlichkeit sind und die Funktionsträger aufgrund ihrer Tätigkeit besondere Funktionen mit erheblichem Zeitaufwand wahrzunehmen haben.

Damit ist die Frage wieder offen, ob ihnen Zulagen gezahlt werden dürfen. Es steht uns also als Schleswig-Holsteinischem Landtag und Parlament gut an, in der Bundesrepublik Vorreiter für eine neue, durchsichtigere und transparentere **Abgeordnetenentschädigung** zu sein. Das damit verbundene Risiko ist meines Erachtens diese Sache wert, um es letztlich einer ordnungsgemäßen gesetzlichen Regelung zuzuführen.

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt eingehen. Das Bundesverfassungsgericht läßt kein anderes Verfahren zu, als daß das Parlament seiner verfassungsrechtlich gebotenen Pflicht entspricht und selbständig die Entscheidung darüber trifft, welches eine angemessene, die Unabhängigkeit sichernde Entschädigung ist. Trotz des Vorwurfs der unangemessenen Selbstbedienung bin ich überzeugt, daß wir bei den Beratungen dieses Gesetzes unserer besonderen Verantwortung gerecht geworden sind. Gerade weil wir um den Rechtfertigungsdruck und auch um die Rechtfertigungsnotwendigkeit gegenüber der Öffentlichkeit wissen, haben wir uns diese Entscheidung nicht leichtgemacht. Das kann ich für meine Fraktion mit Fug und Recht hier zum Ausdruck bringen. Für jeden Vorschlag für einen verfassungsrechtlich einwandfreien und objektiven Weg, der die Abgeordneten von dieser Selbstbefassung entbindet, wären wir außerordentlich dankbar.

Ich möchte zum Schluß eine Bemerkung zum **Ministergesetz** anfügen. Wir haben vor dem Hintergrund der neuen Landesverfassung sehr kritisch auch den Aspekt diskutiert, ob die **Parlamentarischen Vertreter** verfassungspolitisch – in Verantwortung dem Parlament gegenüber und gleichzeitig in der jetzt stärker gewordenen Einbindung der Regierung gegenüber – gestalten können, und auch, ob das dem Geist der neuen Landesverfassung entspricht. Schließlich ist es für uns auch eine Stilfrage, wenn die Landesregierung kurz vor der ersten Lesung des Abgeordnetengesetzes die Dotation der Parlamentarischen Vertreter sozusagen als „Fall-out“ dieser Beratungen nachschiebt.

Wegen dieser erheblichen Bedenken werden nicht alle meine Kollegen dem letzteren Gesetzentwurf zustimmen. Ansonsten möchte ich hier zum Ausdruck bringen, daß meine Fraktion in Geschlossenheit bis auf eine Enthaltung dem Abgeordnetengesetz zustimmen wird.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer, SSW, Drucksache 12/857, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Enthaltungen ist das so beschlossen.

Ferner hat der Innen- und Rechtsausschuß im Einvernehmen mit dem beteiligten Finanzausschuß mit der Drucksache 12/896, letzter Absatz, einen Deckungsvorschlag nach Art. 47 der Landessatzung gemacht. Der Herr Berichterstatter hat uns die Änderung vorgebracht. Es muß heißen: Titel 1104 statt 1101. Mit dieser Änderung lasse ich über den Vorschlag abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 12/867, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung der Drucksache 12/897 insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei sieben Enthaltungen ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Entschließung zur Beendigung der waffentechnischen Erprobung im Nationalpark, Bereich Meldorfer Bucht

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 12/895

Zur Begründung des Antrages erteile ich der Frau Abgeordneten Hamer das Wort.

Sabine Hamer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Demonstrantinnen und Demonstranten des Deutschen Tierschutzbundes hier im Landeshaus und vor den Türen, das ist ein Anblick, an den wir uns jetzt gewöhnen werden und den wir begrüßen, der nach der Verabschiedung der Parlaments- und Verfassungsreform bei unserer letzten Sitzung möglich geworden ist.

Seit 1969 wird der Platz zur waffentechnischen Erprobung in der Meldorfer Bucht von der Bundeswehr wie auch von privaten Rüstungsunternehmen genutzt. In zahlreichen Kleinen Anfragen und Anträgen im Land und beim Bund haben sich Mitglieder der SPD-Fraktion für eine Beendigung der waffentechnischen Erprobung im heutigen Nationalpark Wattenmeer im Bereich der Meldorfer Bucht eingesetzt, allen voran meine Fraktionskollegen Sickmann und Arens.

Ich möchte heute einen Entschließungsantrag der SPD-Fraktion einbringen, in dem festgestellt wird, daß die militärische Nutzung des Wattenmeeres in der Meldorfer Bucht durch die **Wehrtechnische Dienststelle 71** den Schutzziele des Gesetzes zum Schutz

(Sabine Hamer)

des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres entgegensteht.

(Beifall bei der SPD)

Das Zielgebiet der Schießübungen, der Bielshövensand, liegt laut Nationalparkgesetz in der Schutzzone 2. Nach § 5 des **Nationalparkgesetzes** sind folgende Maßnahmen und Nutzungen nicht zugelassen. Auszugsweise zitiere ich drei Punkte. Nicht zugelassen sind die **Eingriffe** im Sinne § 7 Abs. 1 des Landschaftspflegegesetzes, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie durch Lärm oder anderweitig zu beunruhigen, sie zu verletzen, zu töten oder sie, ihre Eier oder sonstigen Entwicklungsformen zu beschädigen oder an sich zu nehmen, außerdem die Land- und Wattflächen mit Luftkissen- oder Amphibienfahrzeugen zu befahren.

Zweifellos wird für den Bielshövensand dieses Ziel so lange nicht erreicht, wie es der Bundeswehr und Rüstungskonzernen gestattet ist, hier waffentechnische Erprobungen vorzunehmen.

In der Fragestunde des **Deutschen Bundestages** am 31. Mai 1989 erkundigte sich meine Bundestagskollegin Cornelia Sonntag-Wolgast nach dem Stand der **Untersuchung** über die **Auswirkungen des Erprobungsbetriebes auf das ökologische System** in der Meldorfer Bucht. Sie war vom Bundesminister der Verteidigung 1988 in Auftrag gegeben worden. Dieser Bericht wurde im Februar 1990 vorgelegt, erstellt vom **Amt für Wehrgeophysik** in Traben-Trarbach. Der genaue Titel heißt: „Untersuchung zu speziellen Auswirkungen des Übungsbetriebes der Wehrtechnischen Dienststelle 71 auf Vögel und Seehunde in der Meldorfer Bucht.“

Im Grunde genommen müßte ich nun Ausführungen über den Sinn und Unsinn der Rüstung an sich machen – gerade in einer Zeit, in der wir zusammenwachsen wollen, nie wieder Krieg wollen. Die Regierungskoalition von CDU/CSU und F.D.P. sieht dennoch keinen Anlaß, den Verteidigungsetat zurückzufahren. Die SPD auf Bundesebene fand mit ihrem Antrag, den Jäger '90 „abstürzen“ zu lassen, keine Mehrheit. Was für ein Widerspruch!

(Beifall bei der SPD)

Wir treten heute hier dafür ein, die Erfordernisse des biologischen Naturschutzes ein Stück voranzutreiben. Wir wollen Rechte für einen Naturraum, der einzigartig ist, aber leider offensichtlich auch einzigartig in der Bundesrepublik für die Erprobung von bestimmten Waffen. Deren Reste können wir alle vor den Türen des Landshauses sehen, und ich lade die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion ein, sich hier einmal mit den Tierschützern zu unterhalten.

Mein Kollege Manfred Sickmann, der seit Jahren gegen die Schießübungen im Watt kämpft, und ich haben am 26. Mai eine Anhörung zu dem 24 Seiten dünnen Bericht des Amtes für Wehrgeophysik mit Naturschützern in Meldorf durchgeführt. Niemand konnte feststellen, daß dieser Bericht etwas mit Wis-

senschaft zu tun hat. Sein Ziel war nicht, ein ökologisches Gutachten zu erstellen, sondern eine Minimierung der Belastung durch Störungen. Es wurde versucht zu belegen, daß eine nachhaltige Störung nicht eintritt. Selbst dies ist nicht gelungen.

Folgende fünf Kritikpunkte möchte ich anführen:

1. Es fand keine Zusammenarbeit mit Naturschützern statt. Beispielsweise werden durch zwei ABM-Kräfte des DBV Einzelbeobachtungen durchgeführt; die Aufzeichnungen und Fotos wären gern zur Verfügung gestellt worden.
2. Unberücksichtigt bleibt auch, daß nicht nur Limikolen und Seehunde von den Auswirkungen der Waffenerprobung betroffen sind, sondern auch viele andere Tierarten. Die Gesamtpopulation blieb völlig unberücksichtigt.
3. Es ist keine Untersuchung der Bruterfolge durchgeführt worden.
4. Unberücksichtigt bleibt auch die Frage, welche Vögel das Gebiet überhaupt noch aufsuchen; denn die Schießübungen blockieren das Gebiet schließlich. Der Vergrämungseffekt ist bei den Autoren des Berichts offensichtlich unbekannt. So ist mit uns der WWF der Meinung, daß der Bielshövensand ohne Schießübungen auch als Mausergebiet von Brandgänsen – 80 % der Population kommen in diese Region – genutzt würde.
5. Der Rückgang der Artenvielfalt ist hier gar nicht meßbar, da es zum Beispiel Vogelarten gibt, die, einmal gestört, nicht wiederkommen.

Dennoch hat der Bericht folgendes Resultat. Trotz unzulänglicher Methoden in einem unzulänglichen Beobachtungsumfang – 15 Tage – und der unzulänglichen Berücksichtigung von betroffenen Vogelpopulationen und deren Ökologie läßt sich aus dem Bericht herauslesen: Der Schieß- und Flugbetrieb führt zu Störungen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Beendigung der waffentechnischen Erprobung zu erreichen und dann eine der Schutzwürdigkeit angemessene Ausweisung von Bielshövensand zur Zone 1 gemäß § 4 des Nationalparkgesetzes vorzunehmen.

Wir sind für eine Weiterentwicklung des Nationalparkgesetzes. Wir wollen die Akzeptanz bei anderen Nutzern des Wattenmeeres erhöhen, wir wollen den Widerspruch zwischen Waffenerprobung und Naturschutz nicht länger hinnehmen, wir wollen uns so etwas nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb erwarten wir auch die **Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes**; denn der § 38 hebt alle Landesgesetze auf, weil mit dieser Vorschrift festgeschrieben ist, daß Flächen, die überwiegend Zwecken der Landesverteidigung dienen, in ihrer bestimmungsmäßigen Nutzung nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Deshalb bauen wir auf Verhandlungen mit Bundesverteidigungsminister Stoltenberg und erhoffen uns dabei

(Sabine Hamer)

die Unterstützung von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion. Schließlich beeinträchtigen die Schießübungen auch die Qualität des Fremdenverkehrsgebietes in dieser Region.

Gestern abend hat der **Nordseebäderverband** gleichfalls die Einstellung der Schießübungen in der Meldorfer Bucht gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen aus der Presse, wie gründlich sich der Landesgeschäftsführer der CDU für die Belange des Naturschutzes in Waren/DDR – ich erinnere an die SS-20-Station – einsetzt. Hier können Sie Ihren Einsatz beweisen, indem Sie unseren Entschließungsantrag mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Wie wäre es, wenn wir gemeinsam den Verteidigungsminister bewegen könnten, uns das Gebiet Meldorfer Bucht/Bielshövensand zu schenken? – Dann würde eine ähnlich positive Entwicklung eintreten wie auf Channel Island. Diese durch militärische Übungen traktierte Insel wurde nach heftigen Protesten der Öffentlichkeit von der US Navy dem angrenzenden Nationalpark geschenkt und hat heute eine außerordentliche Artenvielfalt entwickelt. Warum nicht bei uns?

(Dieter Claußen [CDU]: Dieser Vergleich hinkt!)

Wir bitten Sie, verehrte Fraktionskolleginnen und -kollegen der CDU, um Ihre Unterstützung für unsere Entschließung, die – wie wir glauben – von einer breiten Öffentlichkeit getragen wird. Wir danken denjenigen für ihre Unterstützung, die mit ihren Aktionen und ihre Aufklärungsarbeit immer wieder in der Öffentlichkeit als Anwälte der Natur arbeiten, heute besonders Frau Dr. Wenzel vom Deutschen Tierschutzbund und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber auch nicht vergessen, einen besonders zu erwähnen, nämlich Peter Todt, den Nationalparkwart auf Trischen, der seit Jahren für eine Einstellung des Schießbetriebes im Nationalpark eintritt.

(Beifall bei der SPD)

Wir beantragen, die Entschließung dem Umweltschutzausschuß und – mitberatend – dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit bei einem Thema, das dieses Hohe Haus schon sehr oft beschäftigt hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Peters.

Eva Peters [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Nachdem der Landtag im November 1988 beschlossen hat, die Landesregierung aufzufordern, ein

Verfahren zur Überprüfung des Schutzbereichs in der Meldorfer Bucht gegenüber der zuständigen Bundesbehörde zu eröffnen, fordert die SPD-Fraktion mit ihrem jetzt eingebrachten Entschließungsantrag die Landesregierung auf, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu nutzen, um eine Beendigung der waffentechnischen Erprobung zu erreichen.

Was ist nun in der Zeit, die zwischen diesen beiden Anträgen liegt, unternommen worden? Im Sommer 1988 – bereits vor Einbringung des ersten Antrages – teilten Sie, Herr Minister Heydemann, dem Bundesverteidigungsminister mit, daß Sie die Übungen auf dem Erprobungsplatz in der Meldorfer Bucht angesichts der großen Anzahl der dort rastenden, gefährdeten Seevögel und auch angesichts der katastrophalen Belastung der Nordsee für untragbar halten. Daraufhin beauftragte das Bundesministerium der Verteidigung im August 1988 das Amt für Wehrgeophysik mit einer wissenschaftlich fundierten Untersuchung der Situation im Rahmen der gesamtökologischen Belastungen und der Reaktionen von Vögeln und Seehunden auf Geschützlärm und tieffliegende Hubschrauber. Außerdem sollten in Zusammenarbeit mit der Wehrtechnischen Dienststelle 71 Vorschläge zur Modifizierung des Erprobungsbetriebes erarbeitet werden – mit dem Ziel der Verringerung beziehungsweise der Beseitigung von Störungen.

Der Abschlußbericht des Amtes für Wehrgeophysik ist im Februar 1990 fertiggestellt worden. Das Vorliegen dieses Berichts des Amtes für Wehrgeophysik war dann für die SPD-Landtagsfraktion wohl auch der Anlaß, im Mai dieses Jahres eine Anhörung mit Umwelt- und Tierschützern zum Problem Meldorfer Bucht durchzuführen. – Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden.

(Manfred Sickmann [SPD]: Sollten Sie auch einmal machen!)

Wenn ich die Berichte, Herr Sickmann, in den Zeitungen allerdings lese, drängt sich mir der Verdacht auf – sehr geehrte Frau Hamer und Herr Sickmann; hier spreche ich Sie als Initiatoren und Teilnehmer an dieser Veranstaltung an –, bei der Anhörung ist nicht die volle Wahrheit auf den Tisch gekommen.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Na so etwas! – Manfred Sickmann [SPD]: Machen Sie doch auch einmal eine! – Heinz-Werner Arens [SPD]: Gibt es auch eine halbe Wahrheit?)

– Hören Sie einmal bis zum Ende zu.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Wahrheit!)

Bei Ihnen anscheinend ja, Herr Arens!

Tatsache ist, für den von der Bundeswehr zu vertretenden Teilaspekt wurde für eine gesamtökologische Betrachtung ein Studienplan ausgearbeitet. In verschiedenen Gesprächen zwischen Vertretern des Amtes für Wehrgeophysik, des Nationalparkamtes in Tönning und des Ministeriums für Natur, Umwelt und Landesentwicklung in Kiel sind Art und Umfang einer

(Eva Peters)

gemeinsamen Studienbearbeitung abgesprochen worden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Als sich dann abzeichnete, daß die Arbeit seitens des Nationalparkamtes nicht erbracht werden würde, sind Sie, Herr Minister Heydemann, mehrfach gebeten worden,

(Thomas Stritzl [CDU]: Aha!)

die Teilnahme des Nationalparkamtes in Tönning an der Arbeit im abgesprochenen Umfang sicherzustellen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Aha!)

Übrigens, meine Damen und Herren, eine Untersuchung über die Auswirkungen von Hubschrauberflügen auf mausernde Brandgänse wurde vom Nationalparkamt abgelehnt –

(Manfred Sickmann [SPD]: Zu Recht!)

– Hören Sie sich bitte die Begründung an –, weil zur Mauserzeit keine außenwirksamen Erprobungen durchgeführt würden

(Bertold Sprenger [CDU]: Hört, hört!)

und damit eine solche Untersuchung überflüssig sei.

Das **Nationalparkamt** möchte eine **sozioökologische Studie** über dieses Gebiet unter Mitwirkung aller Beteiligten, unter anderem auch der Naturschutzverbände, durchführen. Bisher ist jedoch nichts geschehen.

Auch die Bundeswehr ist vorbehaltlos für die Durchführung der angesprochenen sozioökologischen Studie.

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Soll nun weitergeschossen werden oder nicht?)

Sie könnte eine vertiefende und sachliche Grundlage für weitere Entscheidungen sein.

Im übrigen finden jährlich **Abstimmungsgespräche** über Art und Umfang der Erprobungen

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Das hilft auch weiter!)

zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Bundesverteidigungsministerium statt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber geschossen wird trotzdem!)

Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß die Bundeswehr bereit ist, zusätzliche Auflagen von Natur- und Umweltschützern weitestgehend zu erfüllen. Nur muß dann auch sachlich und darf nicht durch die ideologische Brille emotional argumentiert werden.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Aber bitte! – Ulrich Meyenborg [SPD]: Das ist Ihre Ideologie! Das ist Ihre militaristische Ideologie!)

Wie äußerte sich doch Herr Peter Gloe vom Deutschen Bund für Vogelschutz auf Ihre Anhörung? – Hier hören Sie jetzt bitte einmal genau zu!

(Manfred Sickmann [SPD]: Ich war da! Sie nicht!)

– Es war auch Ihre Veranstaltung, Herr Sickmann. Aber ich habe anschließend die Presse verfolgt. Deshalb kann ich das hier auch wiedergeben.

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

Ich zitiere aus der „DLZ“ vom 5. Juni 1990 – das sind die Worte von Herrn Gloe –:

„Die Ökologie im Wattenmeer ist so vielfältig – da wurde nur ein ganz kleiner Ausschnitt betrachtet. Viel mehr ist nötig.“

(Manfred Sickmann [SPD]: Ja, und der bezieht sich auf das Gutachten!)

– Warten Sie bitte einmal bis zum Schluß, Herr Sickmann!

„Er könne keine durch die Waffentests entstandene Brutverluste in der Melderfor Bucht behaupten, erklärte Peter Gloe den SPD-Landtagsabgeordneten. Dazu fehle es noch an wissenschaftlichen Untersuchungen. Aber die ganz große Gefahr bestehe, unterstrich der DBV-Mann und forderte den Einsatz unabhängiger, qualifizierter Biologen. Gloe weiter: Solange steht Vermutung gegen Vermutung.“

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Solange wird auch weitergeschossen!)

Ich stelle deshalb – Sie, Frau Hamer, haben das ja ebenfalls getan – für die CDU-Fraktion den Antrag, den uns vorliegenden Entschließungsantrag an den Umweltschutzausschuß zu überweisen. Dort kann dann sachlich und emotionsfrei darüber beraten und entschieden werden, ob für die Region Melderfor Bucht eine sozioökologische Studie unter Einbeziehung aller Nutzer durchgeführt werden soll.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch folgendes anmerken. Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, haben seit Jahren immer wieder gefordert, die Bundeswehr muß abgebaut und die Truppenstärke reduziert werden.

(Beifall von Abgeordneten der SPD – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Nachträglich hat sich unsere Position mehr als bestätigt!)

Jetzt aber, da es aufgrund der weltweiten politischen Entwicklung möglich wird, diese Forderung auch in die Tat umzusetzen, sind Sie es ebenfalls – ich denke an die Debatte in der Mai-Sitzung in diesem Hause –, die den Abzug aus den Standorten kritisieren

(Zuruf von der CDU: So ist das! – Widerspruch bei der SPD)

und feststellen, welcher wirtschaftliche Schaden dadurch entsteht.

(Ursula Kähler [SPD]: Das sind doch zwei verschiedene Schuhe! – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Na!)

(Eva Peters)

Passen Sie auf, daß Sie nach der Diskussion auch dieses Punktes die Enden noch zusammenbekommen.

(Beifall bei der CDU)

Hoffentlich haben Sie solche Folgen auch bei dem jetzt vorliegenden Entschließungsantrag in Ihre Überlegungen mit einbezogen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung.

Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, daß die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag auf dem richtigen Weg ist und die Landesregierung in ihrem Bemühen unterstützt, hier wirklich ein Ende der militärischen Erprobungen außerhalb des Seedeichs herbeizuführen. Um es deutlich zu machen: Es geht hierbei darum, daß im Wattenmeer selber und nicht binnendeichs die Erprobungen eingestellt werden. Die Schutzbereichszone geht zwar in den Vorlandbereich hinein, umfaßt aber eben nicht die 17 km außerhalb des Seedeichs in der Länge gesehen – in der Ost-West-Achse – und nicht die 7 km Breite, die dieses Gebiet umfaßt. Zusammen sind dies fast 12 000 ha. 12 000 ha sind fast die Hälfte – etwas weniger – von der Fläche, die alle Naturschutzgebiete des Landes Schleswig-Holstein zusammen ausmachen. Wenn man es unter diesem Aspekt zuließe, daß ein Gebiet im Wattenmeer, das an sich in die Zone 1 gehört, früher von der Mehrheit im Landtag bei der Verabschiedung des Nationalparkgesetzes ausgenommen worden ist – obwohl man später möglicherweise keinen Schutz mehr erreichen kann –, hat man sich heute – so meine ich – nachträglich zumindest Gedanken darüber zu machen, ob nicht fünf Jahre danach die Zeit gekommen ist, eine Änderung des **Nationalparkgesetzes** zu bewirken. Ich halte das für richtig. Ich nehme deswegen gern die erneute Anregung der SPD-Fraktion auf, in eine Debatte über die Änderung des Nationalparkgesetzes einzusteigen.

Leider ist es so, daß die Bundesregierung mit dem damaligen Verteidigungsminister Professor Dr. Scholz und mit dem heutigen Bundesverteidigungsminister Dr. Stoltenberg über einen ständigen Briefwechsel mit uns in dieser Sache nicht hinausgegangen ist und die immer wieder von mir angeregten Gespräche nur auf Verwaltungsebene oder auf einer höheren Ebene unterhalb der Ministerebene zuließ. Ich sehe darin ein Ausweichen im Hinblick auf eine endgültige, notwendige Entscheidung und das Eingehen auf unklare Abwägungsprozesse, die letztlich doch immer nur in der Sackgasse endeten, nämlich zwischen Aussagen der Schutzbereichsverordnung, also dem Schutzbereichsgesetz und der seefahrtspolizeilichen Anordnung zur

Sicherung von Gebieten, in denen geübt wird, und dem Naturschutz

Wenn man sich nur auf den Status quo bezieht und sagt, man könne nichts ändern, übersieht man die politische Verantwortung, wie sie im Schutzbereichsgesetz festgeschrieben ist, wo es in § 1 Abs. 4 heißt: Ein Gebiet im Bereiche des Schutzbereichs, das angeordnet wird und erklärt worden ist, kann dann geändert werden, wenn der mit dem Schutzbereich erstrebte Erfolg auf andere Weise nicht oder nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln erreicht werden kann. Nur in diesem Fall bleibt es bei einer solchen Festlegung, in anderen Fällen kann geändert werden.

Es ist doch deutlich, daß mit derartigen Erprobungen im Bereich von 17 x 7 km nicht unbedingt gearbeitet werden muß, wenn klar ist – das ist auch schon mehrfach angedeutet worden –, daß **Erprobungen** auch in terrestrischen Gebieten, nämlich in **Welttrockenzonen**, also in Wüstengebieten, machbar sind – wenn man überhaupt erproben muß. Ich zweifle daran, daß das notwendig ist. Wenn das aber nötig ist, dann gibt es – auch bereits im Bundestag geführte – Debatten darüber, auf das Angebot nordafrikanischer Staaten zurückzukommen, solche Erprobungen zu ermöglichen. Sie müssen nicht vor Ort in einem Gebiet erprobt werden, das nicht unmittelbar für die Verteidigungszwecke mit dieser Munition in Frage kommt.

Es gibt also eine Änderungsmöglichkeit – ich hätte mir gewünscht, daß man diese hier angesprochen hätte –, die wir vorgeschlagen haben. Bedauerlicherweise wird wieder ausgewichen auf einen **Gutachterauftrag**, den wir mittragen würden, wenn er wissenschaftlich vorbereitet und aufbereitet worden wäre. Es war jedoch schon in den ersten Anfängen, nachdem selbstverständlich das Nationalparkamt mitmachen sollte und wollte, erkennbar, daß das Gutachten unwissenschaftlich sein würde.

Deshalb habe ich die Zustimmung dafür gegeben, daß das **Nationalparkamt**, als es mich darum bat, in diesem Bereich nicht mitmacht, weil es wirklich eine pseudowissenschaftliche Studie zu werden drohte und dann ja auch geworden ist. Diese Studie, die mit Überschriften wie „Signifikanz der Untersuchungen“ arbeitet und damit endet, daß es nur „plausible“ Antworten geben kann, hat die einfachsten Grundlagen der Populationsstatistik nicht berücksichtigt und auch gar nicht berücksichtigen können, denn die Tabellen oder Daten geben nicht das Material für Signifikanzberechnungen her.

Frau Peters, nur aus diesem Grunde hat sich die Ministeriumsspitze bereit erklärt, dem Antrag des Nationalparkamtes zuzustimmen und zu sagen: Die Untersuchungen müssen nicht mehr gemeinsam mit dem Amt für Wehrgeophysik durchgeführt werden.

Wenn das Nationalparkamt der Meinung ist, an Hub-schrauberüberflügen zur Mauserzeit nicht mitwirken zu können, weil es zu den simpelsten Voraussetzungen und Prognosen gehört, die man aus 50 Jahren weltweiter Mauseruntersuchungen bei Vögeln gewonnen

(Minister Dr. Berndt Heydemann)

hat, daß nämlich schon das Überfliegen mit Hubschraubern zum Zwecke der Zählung zu nachteiligen Auswirkungen führt, dann werde ich auch keine Methode billigen, die dazu führt, bekannte Selbstverständlichkeiten nachträglich zu ermitteln und damit gleichzeitig den Schutzzweck in Frage zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gutachten ist für mich eine Grundlage dafür, zu überlegen, wie sinnvoll eigentlich wissenschaftliche Untersuchungen zu welchem Zweck, zu welcher Zeit, an welchem Ort, für welches Geld sind. Hier gibt die öffentliche Hand Geld, wenn auch nur an angestellte Personen.

Ich kann es nicht mehr verantworten, daß zwanzig-, dreißigjährige selbstverständliche Fragestellungen für den notwendigen Schutz im Wattenmeer immer wieder erneut nachuntersucht werden, und dabei die ja bei Naturschutzverbänden, dem Tierschutz, den Landesnaturschutzverband, BUND, Deutscher Bund für Vogelschutz, Verein Jordsand selbstverständlich immer wieder geäußerte Aussage, Forschung diene dem Alibi, stützen. Ich sehe darin den großen Vorwurf, wir setzten Forschung ein, um Entscheidungen zu verlängern, hinauszuschieben, möglicherweise unklar zu machen und das Selbstverständliche von Bewertungen zum Schutz im Wattenmeer zu benutzen, um eine neue politische Bewertung des Schutzbereiches hinauszuzögern bis zu einem Zeitpunkt, wo die Entwicklung von allein darüber hinweggegangen ist und der eigentliche Schutzzweck nicht mehr erreicht werden kann, den wir eigentlich wollten.

Ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt in die Sackgasse hineinmanövrieren. Der Ausstieg ist jetzt möglich aufgrund der neuen sicherheitspolitischen Lage, aufgrund der neuen friedenspolitischen Lage.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt könnte man wirklich ohne politischen Gesichtverlust an dieser Stelle in die Kritik des Erprobungsbetriebes einsteigen, nicht zuletzt weil auch das Gutachten das zuläßt, indem es sagt, man könne jetzt einiges neu überdenken und einschränken, wenn es dafür auch keine Richtung angibt. Den Auftrag des Gutachtens, neue Überlegungen anzustellen, halte ich allerdings für überflüssig, wenn es darum geht, nur leichte Einschränkungen zu machen. Das ganze Gebiet außerhalb des Seedeiches darf nicht mehr für diese Art der Untersuchung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

In dem SPD-Antrag steckt also mehr als eine einfache Demonstration, nämlich ein Stück zusätzlicher Legitimation für das Ministerium für Natur, Umwelt und Landesentwicklung, in den in diesem Jahr fälligen „Unterhaltungen“, Gesprächen über die Fortsetzung der Schutzbereichsverordnung, die alle fünf Jahre stattfinden müssen, also 1990, nein zu sagen, also das Benehmen nicht mit einem Zugeständnis zu versehen.

Wir müssen die Bundesregierung jetzt erstmalig – das geschah unter der früheren Landesregierung ja nicht –

in der Verantwortung allein lassen, die **Schutzbereichsverordnung** für weitere fünf Jahre zu verlängern und damit zu sagen, daß sie keine andere Möglichkeit sehe, als in einer Kernzone internationalen Meeresschutzes weiter zu schießen. Uns geht es nicht darum, in Zukunft nicht nur Verletzungen von Tieren, sondern vor allem Störungen in einem zentralen Gebiet internationalen Artenschutzes zu verhindern. Die schleswig-holsteinische Landesregierung will nicht akzeptieren, daß wir international in den Ruf kommen, eine Fortentwicklung des Artenschutzes vor Ort nicht zu unterstützen.

Deswegen nehmen wir den erneuten Impuls sehr gern auf, mit dem uns der Antrag der SPD-Fraktion veranlaßt, das Gespräch mit Herrn Kollegen Stoltenberg erneut zu suchen. Ich hoffe sehr – ich glaube nicht, daß die heute von der CDU geführte Debatte den Weg dazu verbaut –, daß auch die CDU-Fraktion uns unterstützen wird, mit Herrn Stoltenberg zu einer schnellen Entscheidung zu kommen, die sich noch im August oder September dieses Jahres positiv für das Wattenmeer auswirkt.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist Ausschlußüberweisung beantragt worden, und zwar federführend an den Umweltschutzausschuß und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuß. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 7:

Fernseh-Landesprogramme im NDR

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/892

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort zur Begründung.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bekannt, daß wir ohne die damalige CDU-Mehrheitsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag und die von ihr getragene Landesregierung heute wohl kaum über die Bedeutung des Landesprogrammes diskutieren könnten. Denn erst die Reform des Staatsvertrages schaffte die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung eines Landesfernsehprogramms auch für Schleswig-Holstein. Das geschah damals gegen die Kritik und ablehnende Haltung der SPD-Fraktion. Sie wollte damals einer Neubestimmung des NDR-Programmauftrages nicht zustimmen.

Die Bedeutung der Reform des **NDR-Staatsvertrages**, auch wenn sie schon Jahre zurückliegt, darf bei der Einrichtung der **Landesprogramme** und damit in der heutigen Diskussion nicht verkannt werden. Erst dadurch, daß damals Stoltenberg und Albrecht die Verpflichtung für den NDR durchsetzen konnten, in

(Thomas Stritzl)

den jeweiligen Vertragsländern auch Landesprogramme im Fernsehen zu veranstalten, wurde der Weg für mehr Landesbezogenheit im Fernsehen geebnet.

Was damals heftig kritisiert wurde, hat sich als richtig erwiesen und wird nunmehr auch von niemandem in Frage gestellt. Die Reform des Staatsvertrages war somit ein wichtiger Schritt in Richtung auf mehr Vielfalt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU])

Der Erfolg des NDR-Landesprogramms ist ebenfalls unbestreitbar. So führt das Nordschau-Magazin unbestreitbar die Hitliste der Magazine der Vertragsländer an.

Es war und ist also der erklärte Wille der CDU, die Vermittlung von Landeskultur auf diesem Wege weiterhin zu stärken und zu erhalten. Die Landesprogramme sind ein wichtiger Bestandteil im Rahmen des kulturellen Auftrags des Rundfunks geworden.

(Vizepräsident Alfred Schulz übernimmt den Vorsitz)

Der Weg dorthin war allerdings nicht einfach, denn auch die Veranstalter, die öffentlich-rechtlichen, heute allerdings auch die privaten, verfielen oder verfielen bei dem Stichwort „Landesprogramm“ nicht ohne weiteres in umfangreiche Verzückung. Dies ist bei den Privaten vielleicht noch verständlich, weil sie sehr stark auf wirtschaftliche Interessen achten müssen. Ihre Finanzierungsgrundlage ist ausschließlich die Werbung. Somit ist das Bestreben der Optimierung der Werbeeinnahmen verständlich.

Demgegenüber gibt es ohne Zweifel eine spezielle Verantwortung der Öffentlich-Rechtlichen, und zwar entsprechend des Auftrages, den auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Das ist der Auftrag zur **Grundversorgung**. Nach unserem Verständnis gehört zur Grundversorgung eben auch die Ausstattung mit einem landesbezogenen Fernsehprogramm. Wir sollten uns hier der Gemeinsamkeit bewußt sein, denn es waren alle Teile dieses Hauses, die schon frühzeitig dafür eingetreten sind, daß diese **Landesbezogenheit** – wenn auch in einem etwas geringeren Umfang – auch von den Privaten zu erbringen ist.

Selbstverständlich liegt es darüber hinaus auch in unserem Interesse, daß öffentlich-rechtliche Anstalten sparen. Aber das heißt nicht, daß sie sich mit Privaten gleichstellen sollen, denn sie finanzieren sich eben nicht nur aus Werbeeinnahmen, sondern sie finanzieren sich eben zum Großteil aus Gebühren – Gebühren, die von den Bürgern dafür aufgebracht werden, daß sie öffentlich-rechtlichen Rundfunk, öffentlich-rechtliches Fernsehen hören und sehen dürfen. Daraus folgt für mich: Die Möglichkeit und die Verantwortung zur Veranstaltung informativer, wenn auch etwas kostspieliger Programme. Sie sollten auch geleistet werden. Deshalb erlaube ich mir, auch in diesem Sinne an die Landesregierung zu appellieren, ihren Teil dazu beizutragen, daß der § 3 des **Staatsvertrages** nicht ausgehöhlt wird.

Ich will dies auch begründen. Neben dem überragenden öffentlichen Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einem hochinformativen Landesprogramm im Fernsehen, vor allem auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, gibt es darüber hinaus Gesichtspunkte, die wir berücksichtigen sollten. Dem Ausbau der Medienwirtschaft in Schleswig-Holstein – das, meine ich, ist immer eines der gemeinsamen Anliegen gewesen – würde man, wie ich es empfinde, nicht gerecht werden, wenn man hier die Eigenständigkeit der Landesfunkhäuser zurückschnitte. Das würde im übrigen auch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen bedeuten. Deshalb muß hier Einhalt geboten werden.

Ich darf in diesem Sinne vielleicht auch, ohne mich einzumischen, darum bitten, daß die Verantwortlichen anderswo, die diese Entscheidung zu treffen haben, darüber nachdenken, daß sie eben nicht – wie es teilweise aussieht – die geplante **ARD-Neustrukturierung** dazu nutzen, um entweder die Landesprogramme zeitlich derart zu verkürzen, daß sie ihren informativen Anspruch nicht mehr ausreichend erfüllen können, oder sie aus dem Ersten Programm zu verdrängen.

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

Auch dies würde dem Anspruch des öffentlich-rechtlichen Systems selber wie auch dem Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden. Wir müssen und sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, uns einer nicht sachgerechten Verkürzung der Sendezeit gemeinsam politisch entgegenzustellen und gemeinsam zu appellieren, so daß die Landesregierung der Unterstützung des Landtages sicher sein kann, wenn es darum geht, politisch im Rahmen des Möglichen mit dafür Sorge zu tragen, daß es keine Verdrängung in das Dritte Programm gibt.

Die Eigenständigkeit des Landesfunkhauses des NDR nutzt einem interessanten und hochinformativen **Schleswig-Holstein-Programm**. Es im Ersten Programm zu belassen, entspricht auch dem Willen der Fernsehteilnehmer. Dies zu sichern, ist, wie ich hoffe, unser gemeinsamer Wille. Deswegen darf ich Sie alle ganz herzlich um die Zustimmung zum Antrag der CDU bitten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Antrag der CDU-Fraktion können wir ohne Abstriche unterstützen, Herr Stritzl,

(Beifall bei der CDU – Thomas Stritzl [CDU]:
Dann können wir auch alle in der Sache abstimmen!)

(Ursula Kähler)

trifft er doch voll unsere Meinung hinsichtlich der Gestaltung von **Landesprogrammen** und somit auch unsere kritische Haltung gegenüber der ARD-Entscheidung, das Landesprogramm um ein Drittel der Sendezeit zu kürzen.

Da heißt es seitens der ARD:

„Mit der Einführung einer zweiten, bundesweit ausgestrahlten Serie werden die ARD-Anstalten ihre Vorabendprogramme weiter harmonisieren. Im Zuge der programmlichen Harmonisierung wird die ARD ab 1991 mit dem nationalen Verkauf und der bundesweiten Ausstrahlung von Fernsehwerbung beginnen. Mit der dann erreichten Harmonisierung haben wir die Voraussetzung für ein bundesweit konkurrenzfähiges, attraktives Vorabendprogramm geschaffen.“

So Herr Professor Kelm, ARD-Vorsitzender, am Rande einer ARD-Arbeitstagung in Hamburg gegenüber der Presse.

Welch ein Preis, meine Damen und Herren! Noch eine Serie, langlaufend und gemeinsam, bundesweit, auf Kosten der Landesprogramme!

Ich sage hier sehr deutlich: Es gibt nicht nur einen regionalen Hörfunkauftrag, es sollte auch einen nicht abgespeckten Auftrag zum Erhalt der Fernsehlandesprogramme geben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich will hier gar nicht in die Sachdebatte einsteigen und die Wichtigkeit von Satellitenprogrammen erläutern oder über terrestrische oder sonstige Fachausdrücke reden. Sich Gedanken zu machen über Zukunftsperspektiven und zu handeln, um europaweit bestehen zu können, ist die eine Seite. Sich aber auch dafür auszusprechen, daß die **Region** dabei nicht zu kurz kommt, ist die andere.

(Beifall bei der SPD)

Hier wird ein Stück Identifikation mit der Region aufgegeben. Das wird zu Lasten von Kultur, Wirtschaft und Politik gehen. Die Einschaltquoten sind zur Zeit, was das Landesprogramm angeht, erfreulich hoch. Wie wird das in der Zukunft aussehen? Kann denn, wenn eine Sendezeitverlagerung hin zu N3 gemacht werden soll, die Aktualität noch gewährleistet sein? Man wird uns vielleicht irgendwann mitteilen, daß die verbleibende Zeit für das **Landesprogramm** leider anders genutzt werden muß, weil es den ökonomischen Aufwand nicht mehr lohne, weil, dies zumindest muß man befürchten, die Einschaltquoten auf 6 % oder 4 % oder gar 3 % sinken werden. Haben nicht die Einwohnerinnen und Einwohner auch das Recht auf Information aus ihrer Region via Fernsehen? Muß dies nicht auch für die ARD gelten, also für eine öffentlich-rechtliche Anstalt?

Ich befürchte, das Beste am Norden wird bald nur noch das Zweitbeste sein, wenn es uns nicht gelingt, weiterhin in der ersten Reihe zu sitzen. In der ersten Reihe

zu sitzen, bedeutet aber auch: Erhalt der Sendezeit der Landesprogramme!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in der letzten Landtags-tagung haben wir das Bannmeilengesetz aufgehoben. Ich wünschte mir, bei der Entscheidung der ARD hinsichtlich der Landesprogramme hätte es eine Bannmeile gegeben.

Aber vielleicht haben wir, was den Erhalt der Landesprogramme betrifft, ja noch die Chance der Korrektur.

Für meine Fraktion, Herr Stritzl, würde ich Ihren Antrag nicht gern nur als Resolution hin zur Landesregierung sehen. Vielmehr beantrage ich, was den Staatsvertrag angeht, Überweisung an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuß. Da könnte man sich dann vielleicht auch einmal darüber unterhalten, wie es denn mit einer zwischenstaatlichen Regelung beim Europäischen Kulturkanal auszusehen hätte. Was die Überweisung zur Mitberatung angeht, so bin ich mir im Moment nicht ganz sicher, ob wir aus ökonomischen Gründen den Wirtschaftsausschuß oder den Finanzausschuß nehmen sollten. Ich könnte mir aber vorstellen, daß der Innen- und Rechtsausschuß eventuell darüber entscheidet, ob ein weiterer Ausschuß zu beteiligen ist.

Für meine Fraktion beantrage ich also Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion zielt darauf, die Eigenständigkeit der Landesfunkhäuser zu erhalten und zu verhindern, daß die Landesprogramme gekürzt werden. Diesem Ziel in dieser Grundsätzlichkeit kann die Landesregierung nur voll zustimmen.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Landesregierung hat unabhängig von Ihrem Antrag seit längerer Zeit Gespräche mit leitenden Mitarbeitern des Norddeutschen Rundfunks und darüber hinaus auch der ARD geführt. Wir haben uns über das unterrichten lassen, was mit einer Verschönerungsvokabel, also fast euphemistisch, die „Harmonisierung des Vorabendprogramms“ genannt wird. Unsere Auffassung dazu kann ich in drei Bemerkungen zusammenfassen:

Erstens. Landesprogramme sind ein gesetzlicher Auftrag des Norddeutschen Rundfunks, worauf Herr Stritzl in Erinnerung an den damaligen Rundfunkstaatsvertrag zu Recht hingewiesen hat. Sie sind, wie Frau Kähler zu Recht gesagt hat, inzwischen sowohl im Fernsehen wie im Hörfunkbereich beliebte Einrichtungen, was die Einschaltquoten zeigen. Das heißt,

(Ministerpräsident Björn Engholm)

die Einschaltquoten zeigen die Nachfrage und den Bedarf nach regionalisierter Information, aber auch nach Unterhaltung.

Zweitens. Diese Programme müssen nach unserer Auffassung ortsnah produziert werden, das heißt von einem Funkhaus, das nahe bei den Menschen, dem Land, der Landschaft, der Kultur ist.

Drittens. Solche Funkhäuser brauchen naturgemäß Eigenverantwortung und ein gutes Stück Autonomie, weil Fremdbestimmung dem Ziel einer regionalen Sensibilität zuwiderliefe.

(Beifall im ganzen Hause)

Leider sind beim Fernsehvorabendprogramm beim **Norddeutschen Rundfunk**, also beim Schleswig-Holstein-Magazin, Veränderungen geplant, die wir mit Sorge betrachten. Die **ARD** will alle Vorabendprogramme, also jene Programme in der Zeit von 17.30 bis 20.00 Uhr, bundesweit harmonisieren, und der Norddeutsche Rundfunk gedenkt ab Anfang 1991 dadurch den Anfang zu machen, daß die Dauer des Vorabendprogramms hier von 30 auf 20 Minuten verkürzt wird. Es soll zwar einen Ausgleich durch mehr länderbezogene Sendungen im **Dritten Programm** geben. Ich glaube dennoch nicht, daß damit die Reichweite, die heute erzielt wird, im dritten Programm erzielt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ab 1992 sollen alle Landesprogramme in die Dritten Programme übergehen. Da gelten die Bedenken genauso, wie ich sie beim Vorpunkt genannt habe. Die Gründe, die die **ARD** dafür nennt, sind auch schon kurz angeklungen: Die Konkurrenz auf dem Werbemarkt ist groß, und die **ARD** glaubt, dieser privaten Konkurrenz nur dann gewachsen zu sein, wenn sie höhere Einschaltquoten erzielt. Bei einer bundesweiten Vollharmonisierung kommt nach Auffassung der **ARD** der wohl ökonomisch richtig eingeschätzte Vorteil hinzu, daß man einen einheitlichen Verkauf von Werbeminuten organisieren kann, so wie es die Privaten auch tun. Das bringt mehr Geld in die Scheuern. Und dann kommt das Ziel hinzu, künftig das erste Programm über Satelliten zu verbreiten, was eine Auseinanderschaltung nach Regionalprogrammen technisch außergewöhnlich schwermacht.

Ich will nicht leugnen, daß der Norddeutsche Rundfunk seinem Programmauftrag auch im regionalen Bereich bisher gut nachgekommen ist. Das heißt, einen Grund etwa für rechtsaufsichtliche Schritte nach dem Rundfunkstaatsvertrag gibt es jetzt nicht. Ich will auch nicht leugnen, daß das Geld insbesondere bei dem Norddeutschen Rundfunk knapper geworden ist. Der Norddeutsche Rundfunk ist keine Anstalt, von der man wie von mancher süddeutschen Anstalt sagen könnte, sie schwimme etwa im Geld. Aber **Landesprogramme** sind wesentlicher Bestandteil des Programmauftrags, eine gesetzliche Verpflichtung, die dieses Haus vor Jahren so beschlossen hat. Diese regionalisierte Information und Unterhaltung darf nicht

zugunsten von Einschaltquoten, das heißt zugunsten des Einspielens von Seriendosen zu kurz kommen. Dies ist eindeutige Auffassung der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch, daß die Landesfunkhäuser nicht unter das Diktat von Werbeeinnahmen geraten dürfen, weil dies die Programmstrukturen über den regionalen Bereich hinaus verändern würde. Insoweit folgen wir dem Petitum des Antrags der **CDU-Fraktion**.

Ich muß aber eines hinzufügen. Wir wissen, daß der Norddeutsche Rundfunk nicht die reichste Anstalt ist, und wir wissen, daß es seit geraumer Zeit zu einem Schrumpfen der Werbeeinnahmen beim Norddeutschen Rundfunk gekommen ist. Die Konkurrenz der Privaten wächst weiterhin, und ein zeitgemäßes Programm gerade mit dem Bestandteil **regionalisierter Angebote** ist, wie Sie alle wissen, nicht für ein Ei und ein Butterbrot zu haben. Das heißt, was mir bei diesem Antrag der **CDU** und auch ihrer heutigen Aussage fehlt, ist eine Finanzierungsalternative, die es dem Norddeutschen Rundfunk ermöglicht, finanzpolitisch mit Anstand über die Runden zu kommen, ohne am Programm die falschen Kürzungen vorzunehmen. Eine solche Alternative hat die **CDU** bis heute – vielleicht kommt sie noch – nicht vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb darf ich Ihnen aus meiner Sicht folgenden Vorschlag unterbreiten. Wir sollten uns, um aus dem wirklich peinlichen Gerangel über fünf oder zehn Pfennig Gebührenerhöhung herauszukommen und um dem Fraktionsvorsitzenden der **CDU** in Baden-Württemberg, der den bezeichnenden Namen „Teufel“ trägt

(Dr. Peter Bendixen [**CDU**]: Dafür kann er aber nichts!)

und das letztmal bei den Debatten eine entsprechende Rolle gespielt hat, den Ruch dieses Namens zu nehmen, künftig über die Fraktionsgrenzen hinweg darauf verständigen können, daß die Gebühren nicht mehr zum politischen Spielball gemacht werden, sondern daß die **Gebühren** künftig durch einen vernünftigen Index, der Kostensteigerungen und Innovationsnotwendigkeiten beinhaltet, reguliert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es uns gelänge, Herr Kollege Stritzl, eine vernünftige Indexierung zu erreichen, nicht vorgenommen von der Politik, sondern von anderen sachkundigen Gremien, dann wäre der Zwang, die **Werbeeinnahmen** auszuweiten, wesentlich geringer, als er heute ist. Dann könnten wir, wie ich denke, zu einer vernünftigen Interessenkoalition der öffentlichen-rechtlichen wie der privaten Anbieter kommen. Die Öffentlich-Rechtlichen hätten die Chance, über Gebühren ihre wesentlichen Ausgaben zu finanzieren, sie würden den Werbemarkt nicht zu Lasten der Privaten tangieren. Hier müßte eigentlich eine Interessenkoalition der beiden Anbieter im dualen System möglich

(Ministerpräsident Björn Engholm)

sein. Es wäre schön, wenn die CDU-Fraktion uns auf diesem Wege zu einer Sicherung solider Einnahmen beim Norddeutschen Rundfunk künftig begleiten würde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Dall'Asta.

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe an sich gar nichts gegen eine Ausschußüberweisung, Kollegin Kähler. Nur, eigentlich haben wir, wenn ich das richtig sehe, eine einmalige Chance. Die Landesregierung sagt: Voll d'accord, wir sind völlig einverstanden. Die SPD-Fraktion sagt: Wir sind völlig einverstanden. Die CDU-Fraktion hat den Antrag eingebracht. Eigentlich ist es eine einmalige Situation, daß wir einen Antrag ohne große Diskussion, ohne daß wir ihn im Ausschuß erst diskutieren oder auseinanderreden müssen, gleich annehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte doch noch einmal darüber nachzudenken, ob wir unter diesen Voraussetzungen den Antrag nicht tatsächlich sofort annehmen können.

Herr Ministerpräsident, wir sind uns, wenn ich das richtig gesehen habe, alle einig: Mit dem Schleswig-Holstein-Magazin ist der Auftrag, ein eigenständiges Landesprogramm in Schleswig-Holstein zu machen, hervorragend erfüllt worden.

Gerade in Schleswig-Holstein ist das Landesprogramm ein wirklicher Renner, auch wenn es um Einschaltquoten geht. Es ist ja nicht selbstverständlich, daß man neben Unterhaltungsprogrammen auch mit einem Programm, das einen politischen und auch einen vernünftigen Unterhaltungsbestandteil hat, gute Einschaltquoten erzielt.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir waren uns auch einig – wenn ich es richtig sehe –, daß wir nicht bereit sind hinzunehmen, daß der **Staatsvertrag** von den Gremien des NDR oder auch von den entsprechenden Direktoren des NDR und den Intendanten so ausgelegt wird, daß man meint, **Landesprogramme** in das Dritte Fernsehprogramm abschieben zu können. Ich bleibe dabei: Es ist ein ganz wichtiger Auftrag, daß es im Ersten Programm auszustrahlen ist.

(Beifall bei der CDU)

Und es besteht wohl auch Einigkeit, daß wir keineswegs bereit sind, ohne weiteres eine Verkürzung zu akzeptieren. Niemand wird um Minuten streiten, aber jeder weiß, daß deutliche und drastische Reduzierungen im Gespräch sind. Deshalb ist es – wie ich finde – schon gut, daß die Landesregierung hier diese klare Erklärung abgegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Engholm, Sie haben auf den Fraktionskollegen der CDU in Baden-Württemberg, Herrn Teufel, in namentlicher Anspielung hingewiesen. Ich möchte Ihnen das gern ein bißchen zurückgeben: Engholm ist erstens kein Engel – wie der Name schon sagt, wenn man das einmal mit dem Teufel vergleicht –, und zweitens könnte „Engholm“ natürlich auch bedeuten, daß etwas Enges dazwischen sein kann.

Ich bin sehr dankbar, daß Sie deutlich signalisiert haben, daß wir, wenn wir bestimmte Verantwortungen gegenüber den **Funkhäusern** haben, dann letztlich auch über Finanzierungsfragen nachdenken müssen. Damit bin ich sehr einverstanden.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Das bietet sich doch an!)

Darüber können wir gern auch einmal im Ausschuß reden, Kollege Arens. Nur geht es darum nicht bei diesem Antrag, den wir im Augenblick erörtern. Dazu können wir morgen – in der nächsten Parlamentssitzung einen neuen Antrag einbringen.

Schließlich möchte ich noch eine letzte Bemerkung machen – ich bitte, das auch richtig zu verstehen; ich selbst bin in den Gremien des NDR ein bißchen zu Hause, und auch Kollege Börsen war lange in diesen Gremien; er kennt sicherlich ähnliche Dinge –: Ich möchte nur nicht so gern, daß uns irgendwann – bevor wir noch einmal ausführlich darüber debattieren können – ein Staatsvertrag vorliegt, in dem praktisch schon alles geregelt wird und auf den wir dann als Landtag wieder nur mit Ja oder Nein antworten können. Davor habe ich ein bißchen Angst. Denn über eines sind wir uns alle vermutlich ja einig: In einen zukünftigen Staatsvertrag könnte möglicherweise im Rahmen der Rechtsaufsicht noch viel deutlicher hineingeschrieben werden, daß selbständige, eigenständige Landesprogramme im Ersten Programm des Fernsehens notwendig sind. Herr Ministerpräsident, wenn Sie diesen Auftrag für eventuelle Gespräche aus diesem Hause mitnehmen, dann wäre dies über alle Parteigrenzen hinweg ein großer Erfolg des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Dann hätten Sie einen Auftrag, der nicht immer selbstverständlich ist – wie Sie wissen –, nämlich den Auftrag als Ministerpräsident, eine Bitte aller Kollegen des gesamten Hauses hoffentlich auch in die Praxis umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Herr Abgeordneter Dall'Asta, es liegt bisher auch nur ein Antrag auf Ausschußüberweisung vor. Sie haben eben nur zu bedenken gegeben, unmittelbar über den Antrag zu beschließen.

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Dann beantrage ich jetzt die Abstimmung in der Sache!)

– Dann ist jetzt auch Abstimmung in der Sache beantragt worden.

(Vizepräsident Alfred Schulz)

Nun sind sowohl Ausschußüberweisung als auch Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich stelle zuerst den Antrag auf Ausschußüberweisung zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Überweisung des Antrages an den Innen- und Rechtsausschuß seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Die Ausschußüberweisung ist mit den Stimmen der SPD so beschlossen. Damit erübrigt sich der zweite Abstimmungsvorgang.

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Arbeitsmarktbericht

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/899

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Sprenger das Wort.

Bertold Sprenger [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion legt gemäß der Forderung unserer neuen Landesverfassung nach mehr Offenheit einen Antrag vor, daß die Landesregierung jährlich einen **Arbeitsmarktbericht** für **Schleswig-Holstein** vorlegen möge. Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein wird sich in den nächsten Jahren mit Sicherheit in einem gewissen Umbruch befinden; deshalb brauchen wir für die Zukunft verlässliche Daten und Fakten, gegliedert nach den Regionen des Landes. Dieser Arbeitsmarktbericht sollte dem Hohen Hause einmal im Jahr – beginnend mit dem I. Quartal 1991 – vorgelegt werden. Da es einen ähnlichen Arbeitsmarktbericht auch in Hamburg gibt, müßte es eigentlich möglich sein, daß wir diesen Antrag heute mit großer Mehrheit annehmen.

Meine Damen und Herren, gerade nach den **Entwicklungen der letzten Zeit**, angefangen von der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 über die Erwartung des Binnenmarktes, aber auch durch den erwarteten Truppenabbau wird es am Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein zu einem gewissen **Umbruch** kommen. Ich möchte an dieser Stelle nur vier Punkte stichwortartig erwähnen. Erstens nenne ich die **Bundeswehrstandorte**. Hierzu brauchen wir dringend örtliche Strukturdaten und Fakten. Im Wirtschaftsausschuß haben wir uns schon weitestgehend in der Forderung angenähert, daß wir diese Zahlen auch bekommen, denn es geht hier nicht um den Abbau von Planstellen für Soldaten, sondern auch für die Zivilbediensteten; viel schlimmer trifft dies aber den Zulieferbereich.

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren, ist – und diesen Aspekt müssen wir auch ganz ernsthaft betrachten – die **Annahme von Aufträgen** schleswig-holsteinischer mittelständischer Unternehmen beispielsweise in Mecklenburg/Vorpommern, aber auch in der gesamten DDR. Hier ist besonders der Hoch- und Tiefbau angesprochen. Es kann zu Einsätzen von Betrieben gerade aus dem grenznahen Bereich wie Ostholstein, Lübeck und Lauenburg, wo die Auftragslage

im Hoch- und Tiefbau ohnehin nicht gerade rosig ist, in der DDR kommen. Hier kann es durchaus zu Einsätzen mit Fachkräften von uns **in der DDR** kommen. Wir alle wissen, daß es in Mecklenburg und Vorpommern dann Einstellungen vor Ort gibt. Das ist ganz natürlich. Auch dies gilt es zu beobachten.

Ein weiteres – drittes – Feld haben wir im **Fremdenverkehrsbereich**. Wir wissen nicht, was durch die Öffnung der Bäder in Mecklenburg und Vorpommern langfristig auf unsere Fremdenverkehrswirtschaft zukommt. Auch dies muß beobachtet werden.

Ein vierter Punkt, den wir wohl gemeinsam positiv sehen, ist der **Binnenmarkt**; er wird sicherlich zahlreiche positive Aspekte bringen.

Es gäbe noch viele Veränderungen, die ich anführen könnte; ich will es bei den genannten vier Punkten belassen. Wir gehen davon aus, daß diese vier Punkte – und vielleicht auch noch andere – in dem Bericht entsprechend dem ersten Absatz unseres Antrages berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, es geht aber auch darum, einen Überblick zu erhalten und Aufschluß darüber zu bekommen, wie sich der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den **anderen Küstenländern** und zum **Bund** entwickelt – nicht, um daraus Anklagen herzuleiten, sondern um rechtzeitig auf beiden Schienen, die uns zur Verfügung stehen, Maßnahmen zu ergreifen und dann auch in Bonn Mittel anzufordern, um diesen Trends zu begegnen.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Antrags ist die **Teilzeitarbeit**, meine Damen und Herren. Wir haben die Teilzeitarbeit gemeinsam immer für richtig befunden. Allerdings müssen wir feststellen – zumindest gilt das für den öffentlichen Bereich, und hier ganz stark für die Finanzverwaltung –, daß Teilzeitarbeit weitestgehend nur am Vormittag in Anspruch genommen wird. Das führt beispielsweise in den Finanzämtern zu Schwierigkeiten beim Raum- und Arbeitsplatzbedarf, wenn nur am Vormittag Teilzeitarbeit verrichtet wird. Wir haben uns das vor Ort einmal schildern lassen. Auch hierüber hätten wir ganz gern Auskunft, wie sich die Teilzeitarbeit – nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der freien Wirtschaft – entwickelt hat.

Ein wichtiger Bereich ist auch die **Arbeitsförderung**, meine Damen und Herren. Hierzu möchte ich eine kleine kritische Bemerkung machen, Herr Minister Jansen. Rechenricks, wie Sie sie in der Beantwortung der Kleinen Anfragen vom Mai angewandt haben, helfen uns in der Beurteilung dieser Frage sicherlich nicht. Wir haben in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzoffensive immer die Basiszahl von rund 3300 durchgeführten Maßnahmen außer acht gelassen und nur stets die Zahl genommen, die darüber hinaus durch die Arbeitsplatzoffensive zum Zuge kam. Es ist schon erstaunlich, daß Sie nunmehr in der Antwort auf die Kleine Anfrage davon abgegangen sind und diese Zahl in das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ einfach einverleibt haben. Wir meinen, daß das nicht zulässig ist.

(Bertold Sprenger)

Schwierig ist auch – das müssen wir leider beobachten – der **Rückgang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** in Schleswig-Holstein um fast 20 %; in Hamburg war es nur 1 %. Nun haben Sie die Behauptung aufgestellt, das sei die Folge der Neunten Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz.

(Peter Wellmann [SPD]: So ist es auch!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich deutlich sagen: Dies ist ein Märchen; dies ist ein wirkliches Märchen der SPD. Ich will diese Feststellung auch begründen. Zu Ihrer Zeit hatten wir – noch unter Helmut Schmidt – 7 Milliarden DM in der Arbeitsförderung bei 2 Millionen Arbeitslosen; jetzt haben wir 15 Milliarden DM bei 1,8 Millionen Arbeitslosen, das heißt, es ist ein deutlicher Abfall gegenüber Ihren Leistungen festzustellen.

(Widerspruch des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Tatsache ist, Herr Arens: Laut gestriger Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit –

(Erneuter Widerspruch des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

– Ich kann Sie nicht verstehen.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Eine solche schwachsinnige Argumentation! Das ist einfach Schwachsinn, was Sie da erzählen!)

Tatsache ist nach der gestrigen Rücksprache mit der Bundesanstalt für Arbeit, daß das Geld in der Arbeitsförderung ausreicht. Man geht sogar davon aus, daß die Ansätze nicht ausgeschöpft werden. Man höre und staune, meine Damen und Herren: Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – gestrige Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit! – ist Mitte dieses Jahres 1 Milliarde DM noch nicht mit Anträgen belegt; 1 Milliarde DM ist zur Zeit in der Bundesanstalt nicht belegt! Das heißt, die Bundesanstalt geht nach den Erfahrungswerten davon aus, daß das Geld hier mit Sicherheit ausreicht, aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft wird.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie wissen doch, woran das liegt!)

Bei den **Lohnzuschüssen**, meine Damen und Herren – auch das ist interessant – hat Schleswig-Holstein einen Zuschlag für Mittel für 1000 zusätzliche Möglichkeiten erhalten. Bei den **Einarbeitungszuschüssen** für Langzeitarbeitslose ist das Programm bei der Bundesanstalt ausgeschöpft, aber in Schleswig-Holstein ist die Quote noch nicht ausgeschöpft. Das heißt, wir hätten noch Möglichkeiten für Betriebe, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß hineinzubringen.

Meine Damen und Herren, nun stellt sich natürlich die Frage – es gibt ja das schöne Sprichwort „Was ich denk und tu, trau ich andren zu“ –: Wie verhält sich nun die Landesregierung im eigenen Bereich, im Haushalt 1004, Kapitel 03, **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**? Da ist nun interessant festzustellen: Im Haus-

haltsansatz 1988 hatten wir 52,9 Millionen DM zur Verfügung. Das ist in diesem Jahr betrug aber 55,3 Millionen DM. Das sind 3,6 Millionen DM mehr, die ausgegeben werden. Dies haben wir in diesem Jahr ausgegeben. Die Arbeitsplatzoffensive kann also so schlecht wohl nicht gewesen sein.

Was stellen wir nun fest? Im Haushalt 1990 hat diese Landesregierung einen Haushaltsansatz von 50,6 Millionen DM; das sind rund 5 Millionen DM weniger, als wir 1988 zur Verfügung hatten. Im Nachtragshaushalt, vor wenigen Wochen verabschiedet, wird diese Summe für Arbeitsförderung im Bereich 03 des Haushalts 1004 um noch einmal 3,5 Millionen DM reduziert. Das sind um und bei 9 Millionen DM weniger an Landesmitteln in diesem Sektor. In Ihrer Sprachregelung, Herr Wellmann, bedeutet das „Abkassieren bei den Arbeitslosen“. „Abkassieren bei Arbeitslosen“, das haben Sie Norbert Blühm im Zusammenhang mit der Neunten AFG-Novelle vorgeworfen. Im Lande handeln Sie in keiner Weise anders.

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

Aber was haben Sie durch diese lautstarken Äußerungen draußen angerichtet, Herr Wellmann? Daß die Betriebe gerade im Langzeitarbeitslosenbereich gar keine Anträge mehr gestellt haben, weil sie davon ausgingen, da wäre kein Geld vorhanden. Ich habe Ihnen nachgewiesen: Es ist noch genügend Geld vorhanden, um mit Langzeitarbeitslosen in diesem Bereich zu arbeiten.

Deswegen, meine Damen und Herren, bitten wir die Landesregierung, hier einen klaren, ungeschönten Bericht mit offenen Fakten vorzulegen, denn nur so können wir schnell regional sinnvolle Maßnahmen praxisorientiert umsetzen, und dazu ist die CDU-Fraktion gerne bereit. Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen. Ich glaube, das ist eine gute Sache.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wellmann.

Peter Wellmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte nach Zugang des Antrags der Fraktion der CDU zunächst gerätselt, was das Wissensbedürfnis der Unionsfraktion in diesem Rahmen ist. Nach dem Vortrag von Herrn Sprenger kann ich das nachvollziehen, denn ich hoffe, daß mit einem Bericht dieser Art einige Informationslücken bei den Kollegen der Union geschlossen werden. Insofern wird uns das unsere Diskussion erheblich erleichtern.

1. Was Sie, Kollege Sprenger, über die Ursachen des nicht weiter erfolgenden **Abflusses von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit** verbreiten, ist nämlich schlicht und ergreifend Unsinn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Peter Wellmann)

Ich empfehle Ihnen, wenn Sie Lust haben, nächste Woche mit mir in die Sitzung des ABM-Ausschusses des Arbeitsamtes Flensburg zu kommen und sich vor Ort einmal etwas schlauer zu machen. Dann werden Sie sehr verwundert feststellen, daß wir wissen, daß die Mittel nicht abfließen, aber wir kennen auch die Gründe. Die Gründe liegen in der reduzierten Förderform und damit der Unfähigkeit vieler AB-Träger, die Eigenmittel überhaupt noch aufzubringen. Ganz schlicht und ergreifend das ist der Grund.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Dies ist im übrigen nicht erst seit gestern bekannt. Das haben wir in diesem Hause schon mehrfach vorgetragen. Selbst Ihrem Bundesarbeitsminister ist das bekannt. Daß Ihnen das nicht bekannt ist, mag am Kommunikationsweg zwischen Kiel und Bonn liegen.

2. Wenn denn dieser Bericht – wir wollen diesen Bericht und die Art und Weise des Arbeitsmarktberichts allerdings um eine Kombination zwischen Wirtschaft und Arbeitsmarkt erweitert sehen – Sinn und Zweck haben soll, kann es nicht darum gehen, vorhandene monatliche Periodika der Bundesanstalt für Arbeit, des Statistischen Landesamts und anderer aufzuzählen und, ich sage einmal: ein drittes und viertes Mal zu publizieren.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Was uns fehlt – das ist vollkommen korrekt –, ist eine **Verbindung** der verschiedenen auf dem Markt monatlich erscheinende **Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten** und eine entsprechende Abstimmung und Auswertung der für Schleswig-Holstein spezifischen Fälle, insbesondere auch die Erstellung von Zeitreihen auf der Basis von ökonomischen Daten, die wir dann in die einzelnen Dinge umsetzen können. Insofern ist das von Ihnen geforderte Procedere, den Bericht dem Landtag alle Vierteljahre vorzulegen, sicherlich nicht sehr hilfreich.

(Bertold Sprenger [CDU]: Einmal im Jahr!)

Viel sinnvoller wäre es, analog zu einigen anderen Bundesländern vorzugehen. Ich nehme unser Nachbarland Hamburg. Die Institution Wirtschaftsbehörde gibt monatlich eine Kurzwertung der ökonomischen Daten des Arbeitsmarkts und der wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Schwerpunkte heraus. Die Sozialbehörde und die Wirtschaftsbehörde gleichen ihre Daten ab und versuchen im übrigen auch, das Problem zu bewältigen, das zwischen der Erfassung der Daten bei den Statistischen Landes- und Bundesämtern und bei der Bundesanstalt für Arbeit besteht, denn die Erhebungsdaten und die Spezifikationen in diesen beiden Bereichen sind leider Gottes nicht gleich. Viele ökonomische Aussagen machen vor diesem Problem halt, weil wir sie nicht deckungsgleich bekommen. In der Umsetzung und damit auch in der Anspruchnahme dieser Daten mit entsprechender Aussagekraft liegt eine weitere Aufgabe.

(Beifall des Abgeordneten Peter Aniol [CDU])

Wir würden es also begrüßen, wenn dieser Antrag im Wirtschaftsausschuß und Sozialausschuß im Detail diskutiert und um die Notwendigkeiten angereichert wird. Man mag dann innerhalb der Ausschüsse noch beraten, wer die Federführung, Wirtschaftsausschuß und Sozialausschuß, für die künftige Beratung eines solchen Berichts übernimmt. Dann, glaube ich, werden wir eine Basis haben, mit der wir arbeiten können. Dann steht auch dem nichts entgegen, einmal im Jahr den Jahreswirtschaftsbericht und den Jahresarbeitsmarktbericht hier in Gänze zu beraten und sie insbesondere für Sie, Herr Sprenger, auch mit den erforderlichen Kenntnissen zu versehen, damit Sie sich nicht wieder der Mühe unterziehen müssen, Halbwahrheiten zu verbreiten. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Soziales, Gesundheit und Energie.

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte gar nicht vermutet, daß Herr Sprenger eine inhaltliche Debatte über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen anzetteln würde. Lassen Sie mich deshalb kurz antworten.

1. Wenn bundesweit 1 Milliarde DM im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes nicht ausgeschöpft sind, dann deshalb, weil die Bundesregierung die Bundesanstalt gezwungen hat, die **Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** von früher durchschnittlich 70 % auf jetzt 50 bis 55 % zurückzufahren

(Beifall bei der SPD)

und die Träger die Eigenmittel – wie Herr Wellmann sagt – nicht aufbringen können und das Land einspringt, um diese Lücke, wo immer nur möglich, zu füllen.

2. Wenn Sie über die **Arbeitsplatzoffensive** sprechen, so ist zu sagen: Wir als Nachfolgeregierung haben über APOS sehr fair berichtet. Aber eines, Herr Sprenger, vergessen Sie bitte nicht: Zu einem großen Teil sind die Mittel, die Sie numerisch nennen, für Zeitverträge verschleudert worden, ohne daß dabei endgültige Arbeitsplätze entstanden sind. Das ist relativ leicht.

(Beifall bei der SPD)

3. Wenn wir im Nachtragshaushalt 3 Millionen DM zurückgeben, dann deshalb, weil das ein für die Werften gedachter Betrag war. Darüber, daß es bei den **Werften** im Moment besser aussieht, können wir alle zusammen froh sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden nach der Sommerpause in der Debatte über die 15 Monate Laufzeit des **Programms „Arbeit für**

(Minister Günther Jansen)

Schleswig-Holstein“ noch genügend Zeit haben, sich mit Qualitätsmerkmalen der Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier steht ein Regierungsmitglied, das nicht nur wegen seiner Abgeordnetenerfahrung in Bonn genau weiß, daß die Parlamente im politischen Raum sehr weitgehende Rechte haben. Hier steht auch jemand, der das Parlament als Zentrum demokratischer Staatsentwicklung sieht.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich sage das, weil ich zu dem, was Sie beantragen, jetzt aus der Sicht der Regierung etwas Kritisches sehr deutlich ausführen möchte, und ich will Mißverständnissen vorbeugen. Papier ist bekanntlich geduldig; das habe ich mit Papier übrigens nicht immer gemeinsam. Deshalb erlaube ich mir zu sagen: Ich halte es nicht für effektiv, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums, die auch wegen meiner Ungeduld häufig ganz schön ranmüssen, sich nun mit Berichtsanträgen befassen müssen, die unter dem Strich zu keinen neuen Erkenntnissen führen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten das, was Sie hier ausgearbeitet haben, ein ganzes Stück zielorientierter entwickeln müssen.

Fast alle von der CDU-Fraktion geforderten jährlichen **Daten und Fakten** werden in regelmäßigen Abständen – monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder für das ganze Jahr – von der Landesregierung, vom Landesarbeitsamt, von der Bundesanstalt für Arbeit, von der Bundesregierung und von den Statistischen Ämtern veröffentlicht. Ich nenne beispielhaft

1. den jährlichen Bericht der Landesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins mit seinem Arbeitsmarktteil – der, ganz richtig, Herr Wellmann – vielleicht noch ein Stück weiter differenziert werden kann;
2. Jahr für Jahr eine große vergleichende Sonderstatistik des Landesarbeitsamtes über den Arbeitsmarkt; gerade darin ist zu 95 % das, was Sie fordern, enthalten.
3. Eine umfangreiche Jahresstatistik erscheint auch regional für bestimmte Arbeitsamtbezirke mit detaillierten Angaben von der Teilzeitarbeit bis hin zu den Branchen und Strukturen in den Regionen unter Berücksichtigung von öffentlichem Dienst und Bundeswehr.
4. Darüber hinaus analysiert die Bundesanstalt für Arbeit den aktuellen Arbeitsmarkt bundesweit mit Regionalteil.
5. Zum Arbeitsmarkt der Schwerbehinderten gibt das Landesarbeitsamt zweimal im Jahr einen gesonderten Bericht heraus, zuletzt im Januar 1990.

(Peter Wellmann [SPD]: Im März und September!)

6. Das Statistische Landesamt bewertet in seinem Jahresüberblick – zuletzt Heft 4 vom April 1990 – die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein.

7. Das Institut für Regionalforschung der Universität berichtet zumindest alle zwei Jahre – gelegentlich auch des öfteren – über Beschäftigten- und Arbeitsmarktentwicklung in den Regionen Schleswig-Holsteins.

8. Die Landesregierung beobachtet und analysiert fortwährend die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in unserem Land und bezieht dies auch in ihre Programmarbeit ein.

9. Die Ergebnisse des Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein“ haben wir nicht nur laufend in allen Kreisen regionalisiert veröffentlicht, sondern Sie haben die Zusage, daß ein Bericht über 15 Monate ASH hier im Landtag zur Diskussion gestellt wird. Er wird der Landtagspräsidentin in etwa drei Wochen zu gestellt.

10. Es gibt eine Vielzahl von branchenorientierten Aussagen der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammer.

11. Wir werden mit dem Haushalt 1991 auch gewisse Programmqualifizierungen zu ASH bekanntgeben und zur kritischen Diskussion freigeben.

Sie mögen aus dieser – noch unvollständigen – Aufzählung ersehen, daß alle die Daten und Fakten, die Sie angefordert haben, vorhanden sind. Es ist doch wohl nicht erforderlich, daß hier, weil ich nur elf Punkte vorgetragen habe, das Prinzip gelten muß, daß das Dutzend voll zu machen ist.

Ich glaube deshalb, Sie können sich vorstellen, daß ich – nachdem ich alle Arbeitsmarktstatistiken Schleswig-Holsteins für 1989 und so weit vorhanden – für 1990 zusammengefaßt habe – ich darf das einmal zeigen; es sind 3 kg Papier, die ich hierzu mitgebracht habe; ich nehme sie natürlich wieder mit –, aber ich würde sie sehr gern den Fraktionen, insbesondere der Fraktion der CDU zur Verfügung stellen. Denn ich könnte mir vorstellen, daß sich Herr Dr. Tremml, der ja früher Staatssekretär in dem Ministerium war, das ich hier vertrete, und der heute für die CDU-Fraktion arbeitet, dies ansieht. Vielleicht kommt er zu dem Ergebnis, daß es mehr Berichte gibt als zu der Zeit, an die er sich noch erinnern kann. Ich hoffe, daß er deshalb zu der vernünftigen Überlegung kommen könnte – das möchte ich auch als Bitte an Sie richten –, daß in den Ausschüssen – Wirtschafts- und Sozialausschuß – darüber geredet werden sollte, wie man es vielleicht besser aufarbeiten kann für die entsprechenden Experten in den Fraktionen. Dabei wollen wir auch gern helfen. Ich glaube aber, Herr Dr. Tremml würde Ihnen empfehlen, Ihren Antrag lieber zurückzuziehen. Wir einigen uns dann darauf, etwas daraus zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Abgeordneter Sprenger hat das Wort.

Bertold Sprenger [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion erhält diesen Antrag natürlich aufrecht.

(Beifall des Abgeordneten Dieter Claußen [CDU]
– Günter Neugebauer [SPD]: Oh!)

Wir können nicht verstehen, warum es in Hamburg möglich ist, jährlich einen solchen Bericht vorzulegen, und hier in Schleswig-Holstein soll das nicht möglich sein.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist doch ein Quatsch!)

Herr Minister, uns geht es nicht um eine Aneinanderreihung von **Zahlen**, sondern wir wollen ganz gern Ihre **politische Bewertung** dazu haben. Darum geht es uns in erster Linie.

(Beifall bei der CDU – Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben doch nach einer Bewertung gar nicht gefragt!)

Wenn Sie den Wirtschaftsbericht zitieren, so kann ich nur sagen, das sind ja nur wenige Seiten über den Arbeitsmarkt. Das ist nicht ergiebig genug. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Wellmann, wenn Ihre These wirklich zuträfe,

(Peter Wellmann [SPD]: Aber ja!)

dann müßten Sie uns schon die Frage beantworten, wieso der **Rückgang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** in Hamburg 1 % beträgt, in Schleswig-Holstein dagegen 20 %.

(Peter Wellmann [SPD]: Weil die weniger hatten als wir!)

– Ach, weniger hatten! Der Rückgang beträgt doch bei uns 20 %! Auch in der Kleinen Anfrage hat doch der Minister als Grund mitgeteilt, es seien doch Mittel gekürzt worden. Ich habe Ihnen gesagt, es steht noch 1 Milliarde DM zur Verfügung.

(Peter Wellmann [SPD]: Ja!)

Das heißt, die Gelder werden nicht ausgeschöpft; da haben Sie eine Möglichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

Und Herr Minister, wenn Sie sagen, die Kürzung der Mittel umfasse in diesem Bereich 9 Millionen DM, da es da einen gewissen „Wildwuchs“ – ich will es einmal mit meinen Worten sagen – gegeben habe, dann frage ich nur: Warum nicht? Das kann es ja geben! Wenn Sie das aber so darstellen, dann müssen Sie auch in der Neunten Novelle das so darstellen. Denn in der Vertreterversammlung der Bundesanstalt wurde zusammen mit der Bundesregierung gesagt, wir wollen die Felder einmal durchgehen und sehen, wo wir 2 Milliarden DM einsparen können. Und dann hat man

wieder etwas zugelegt. Das wird es in der Arbeitsverwaltung immer geben, daß sie solche Felder haben.

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist doch auch Käse!
– Horst Hager [SPD]: Was nützt es denn, wenn die Länder noch in dieser Legislaturperiode...!)

Sie haben in Schleswig-Holstein fast 9 Millionen DM in diesem Feld – die 3,5 Millionen für die Werften sind da natürlich mit drin – zurückgefahren. Wer da mit dem Finger auf den anderen zeigt,

(Horst Hager [SPD]: Der kapiert überhaupt nichts!)

der muß dann auch im eigenen Haus eine weiße Weste haben. Und das ist nicht der Fall, Herr Minister!

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb wäre es gut gewesen, wenn die Mittel in diesem in Norddeutschland so schwierigen Feld in Höhe von 9 Millionen DM belassen worden wären. Wir hätten sie gut in der Arbeitsverwaltung verwenden können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Minister Jansen.

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Herr Abgeordneter, ich will Ihnen nur deutlich machen, wenn Sie von weißen Westen sprechen, daß ich nur weiße Hemden zu tragen pflege. Aber ich bitte Sie, Herr Sprenger: Wir beide müssen uns einmal miteinander unterhalten! Sie praktizieren Ihre Darstellung, Ihre Fakten und Ihre Begründungen so, daß der Sache dadurch sehr oft geschadet wird.

(Zuruf von der SPD: So ist das! – Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an die Art und Weise, wie Sie glaubten, sich mit Fragen zu den Landeskrankenhäusern beschäftigen zu müssen. Und deshalb nun zu Ihren 9 Millionen DM einschließlich der 3,5 Millionen DM, die Sie immerhin erwähnt haben: Warum haben wir bestimmte Mittel für das **Programm für Langzeitarbeitslose** reduzieren können? Wir haben es nicht weggestrichen; es wird hinten drangehängt an das Gesamtprogramm. Das geschah deshalb, – bitte, seien Sie ein Stück genauer in diesen Fragen –,

(Heinz Werner-Arens [SPD]: Das kann er nicht!)

weil die Bundesregierung zum Glück ein Programm für Langzeitarbeitslose aufgelegt hat, wo es eine Förderung bis zu eineinhalb Jahren gibt. Natürlich nehmen wir diese Bundesmittel, so wie die CDU es früher auch gemacht hat, fördern in den ersten eineinhalb Jahren mit diesen Bundesmitteln für Langzeitarbeitslose und dann fördern wir mit unseren Mitteln, mit denen wir den Förderungszeitraum bis zu drei

(Minister Günther Jansen)

Jahren verlängern und indem wir aus solchen Programmen Arbeitgebern Weiterbeschäftigungspflichten auferlegen. Das ist vernünftig.

(Beifall bei der SPD – Horst Hager [SPD]: Ich glaube, der kapiert das nicht!)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wellmann.

Peter Wellmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich geglaubt, wir wollten den Versuch unternehmen, ganz sachlich einen Weg zu finden, wie wir verschiedene Daten zusammenführen können, um für die Grundlagenentscheidung eine bessere Ausgangsposition zu finden. Ich habe nicht gehaut, Herr Sprenger, daß Sie heute im Parlament wieder einen Individualtrip fahren, der dazu von keiner Sachkenntnis getrübt ist.

(Beifall bei der SPD)

Das stört mich ganz gewaltig. Wer sich hier so dummerhaftig hinstellt und so polemisch über **Arbeitslose** redet, der muß sich erst einmal in die einzelnen Bereiche begeben, um sich wirklich sachkundig zu machen.

(Beifall bei der SPD – Bertold Sprenger [CDU]: Das habe ich getan! Sie haben keine Sachkenntnis!)

Die Arbeitsämter in Schleswig-Holstein müssen doch morgen früh einen Schlaganfall bekommen, wenn sie solchen Unsinn hören, wie Sie ihn erzählen.

(Beifall bei der SPD – Fritz Latendorf [CDU]: Passen Sie auf Ihren Cholesterinspiegel auf!)

So etwas lasse ich einfach nicht mehr zu.

(Zurufe von der CDU)

Wir sitzen in den Gremien vor Ort und kämpfen um jede müde Mark, um überhaupt noch irgendwelche Maßnahmen realisieren zu können, während Sie überhaupt keinen Finger gerührt haben, um die Zuschüsse in dem Umfang zu gewährleisten, daß die Menschen zu Arbeit kommen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Lautstärke ist kein Beweis!)

Das ist die Wirklichkeit, und deshalb verbiete ich mir solche unanständigen Formulierungen.

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Na na! – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Beruhigen Sie sich, Sie müssen da mal etwas abspecken!)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dall'Asta.

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Wellmann, ich glaube, unterschiedliche politische Auffassungen sind immer gut und immer zweckmäßig. Ich bin auch der Meinung, man muß nüchtern und sachlich miteinander diskutieren, wer den richtigen Weg geht. Ich sage das wirklich mit Nachdruck. Wir kommen nicht daran vorbei, daß die Sozialdemokraten in all der Zeit, in der sie hier in Schleswig-Holstein in der Opposition waren, immer behauptet haben, die damalige Landesregierung tue zuwenig gegen die **Arbeitslosigkeit**. Insofern ist es schon richtig, Herr Kollege Sickmann, daß wir regelmäßig einen Vergleich mit der Vergangenheit von der neuen Landesregierung erwarten. Dafür ist ein jährlicher Bericht, wie ich meine, richtig und vernünftig.

(Beifall bei der CDU)

Weil er in Hamburg gegeben wird, sollten wir uns in Schleswig-Holstein, Herr Minister Jansen, notfalls sogar den Luxus leisten, über Arbeitslosigkeit einmal im Jahr ausführlich zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Denn daß die Problemgruppen nach wie vor vorhanden sind, wird weder vom Kollegen Wellmann noch vom Kollegen Sprenger letzten Endes bestritten.

(Peter Wellmann [SPD]: Darum geht es ja auch gar nicht!)

Wenn Sie befürchten, es sei nur ein Aneinanderreihen von Zahlen, dann gebe ich Ihnen wie dem Kollegen Sprenger sofort recht: Das wollen wir nicht. Dann werden wir auch einen gemeinsamen Weg finden.

Nur finde ich, wir sind es den Arbeitslosen in Schleswig-Holstein schuldig, daß wir einen **Jahresbericht** zur Situation der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein haben. Der Bericht über die wirtschaftliche Lage, der in der Vergangenheit zwei, drei Seiten beinhalten, reicht jedenfalls nicht aus. Insofern hoffe ich, daß wir im Ausschuß zu einer vernünftigen Verständigung kommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden: an den Wirtschaftsausschuß und den Sozialausschuß, allerdings ohne Benennung eines federführenden Ausschusses. Können wir das jetzt klarstellen?

(Zurufe: Sozialausschuß! – Wirtschaftsausschuß!)

– Es überwiegt der Zuruf „Sozialausschuß“. Also überweisen wir federführend an den Sozialausschuß und mitberatend an den Wirtschaftsausschuß. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist so beschlossen.

(Uwe Amthor [SPD]: Ich bedanke mich für die Federführung!)

(Vizepräsident Alfred Schulz)

Meine Damen und Herren, ich rufe den Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1990

Bericht des Eingabenausschusses

Drucksache 12/876

Das Wort erteile ich dem Herrn Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herrn Abgeordneten Johna.

Rudolf Johna [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Drucksache 12/876 lege ich Ihnen den **Bericht** über die Arbeit des Eingabenausschusses im **I. Quartal 1990** vor. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März wandten sich 135 Bürgerinnen und Bürger an uns mit Bitten, Beschwerden und Anregungen. Im Berichtszeitraum haben wir 101 Angaben abschließend erledigen können. In sieben Sitzungen, bei mehreren Ortsterminen, in Gesprächen und Vermittlungsversuchen mit Petenten und Behördenvertretern beschäftigten sich die 13 Mitglieder des Eingabenausschusses mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Dabei konnten wir 29 Eingaben im Sinne beziehungsweise teilweise im Sinne der Hilfesuchenden erledigen. Die Erfolgsquote liegt mit 29 % im Rahmen unserer bisherigen Arbeit.

Dieses Mal fällt der besonders hohe Anteil der Eingaben von **ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern** auf. Bei den 18 Eingaben mit Ausländerproblemen liegen die Polen mit 7 Eingaben diesmal an der Spitze. Dann folgen Eingaben von Türken, Kurden, Jugoslawen, Iranern und Pakistanern.

Eingaben von **Strafgefangenen** mit Beschwerden über den Strafvollzug nehmen den zweiten Platz ein. Ihr Anteil lag auch bisher schon sehr hoch.

Die Zahl der Eingaben von **polnischen Staatsbürgern** hat innerhalb eines Jahres stark zugenommen. Die Mehrheit der Petenten, meist abgelehnte Asylbewerber, wollen durch die Eingabe ein Aufenthaltsrecht zu ihrer Weiterwanderung in die USA oder nach Kanada erwirken.

Daneben gibt es eine Reihe von Petenten, die aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen einer beabsichtigten Eheschließung mit einer Deutschen oder einer aufenthaltsberechtigten Ausländerin einen **Daueraufenthalt in der Bundesrepublik** anstreben. Nach der neuesten Erlaßregelung des Innenministers vom 1. April dieses Jahres können Polen nur während der ersten drei Monate nach ihrer Einreise eine Duldung zum Zwecke der Weiterwanderung erhalten. Wenn danach die persönliche Anwesenheit im Bundesgebiet zur Fortsetzung des Verfahrens erforderlich sein sollte, besteht die Möglichkeit einer erneuten Einreise. Die Ausländerbehörden stimmen in diesen Fällen der Erteilung eines Einreisesichtvermerkes zu.

Ferner möchte ich noch erwähnen, daß bei einigen Eingaben, zum Beispiel bei den laufenden Nummern 91 und 95, der Eingabenausschuß den Petenten nicht

helfen konnte, weil es sich um **Angelegenheiten** aus dem Bereich der **kommunalen Selbstverwaltung** handelte. Entscheidungen in diesem Bereich unterliegen wie Urteile von Gerichten nicht der Überprüfung durch den Eingabenausschuß unseres Landtages. Aber durch die Änderung des kommunalen Verfassungsrechtes ab 1. April dieses Jahres ergeben sich jetzt für diese Menschen auch bei kommunalen Angelegenheiten neue Möglichkeiten. Mehrere Gemeinden und Städte haben für Beschwerden, Bitten und Anregungen bereits einen kommunalen Eingabenausschuß eingerichtet. Viele werden folgen.

Auch im vorliegenden Bericht gibt es wieder Eingaben mit **Anregungen für das Parlament**. So sind Vorschläge für eine mögliche Wahlrechtsänderung und zur Verbesserung der Altersstruktur der Lehrer an Gymnasien gemacht worden.

Soweit mein kurzer Bericht! Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Bericht zur Kenntnis genommen. Ich bitte Sie entsprechend § 36 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung, die Erledigung der 101 Eingaben zu bestätigen.

(Beifall)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? – Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist beantragt worden, von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Eingaben zu bestätigen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, alle verbliebenen Tagesordnungspunkte sind für die Behandlung am Nachmittag vorgesehen. Deswegen treten wir jetzt vorzeitig in eine Mittagspause ein. Wir fahren mit den Punkten 1 und 10 der Tagesordnung pünktlich um 14.00 Uhr fort.

Unterbrechung: 12.26 Uhr

Wiederbeginn: 14.01 Uhr

Vizepräsident Alfred Schulz:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Punkte 1 und 10 der Tagesordnung auf:

Gemeinsame Beratung

a) **Regierungserklärung zu dem Thema: „Auf dem Weg zur deutschen Einheit nach der Zustimmung zum Staatsvertrag“**

(Vizepräsident Alfred Schulz)

b) Entsendung von Abgeordneten in ein länderübergreifendes Gremium für Fragen der deutschen Einheit

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW]

Drucksache 12/898

Hierzu liegen die Anträge der Fraktion der SPD, Drucksache 12/904, und der CDU, Drucksache 12/906, vor.

Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen vier Tage vor der Einführung der DM in der DDR und vier Tage vor dem Beginn einer **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Das Instrument, mit dem diese dreifache Union verwirklicht wird, ist der Staatsvertrag. Er ist eine wichtige Etappe auf dem Weg zur deutschen Einheit und damit auch zur Überwindung der Spaltung in Europa. Er ist aber nicht – wie gelegentlich hochstilisiert wird – die deutsche Einheit selbst.

Die politische Auseinandersetzung um diesen Staatsvertrag war deshalb keine Auseinandersetzung um das Ja oder Nein zur Einheit, es war eine politische Auseinandersetzung über die Art und Weise und die Qualität, wie dieses Etappenziel erreicht werden sollte.

Die **SPD** war, wie Sie alle miterlebt haben, in sich nicht einer Meinung, was ihre **Haltung zum Staatsvertrag** anging.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wohl wahr!)

Ich wiederhole, was ich im Bundesrat gesagt habe: Der begründete Streit in der Sache in einer Partei ist mir lieber als das Schweigen in den Wäldern der CDU, das wir auch erlebt haben.

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Aber nicht auf Kosten des Ganzen!)

– Herr Kollege Füllner, wenn alle in den Kurven aufpassen würden, dann müßte man in den Kurven nicht aufpassen. Dieser Satz stammt von dem polnischen Satiriker Stanisław Jerzy Lec. Umgemünzt auf die heutige Situation heißt das: Wenn die Bundesregierung von vornherein kooperativ gehandelt und auch den Sachverstand der Bundesländer und der parlamentarischen Opposition einbezogen hätte, dann hätten diese Opposition und die Länder nicht so beharrlich auf **Nachbesserungen im Regelwerk** bestehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es hätte dem Staatsvertrag gutgetan, wenn er mit weniger Egoismus der Bonner Regierenden und statt dessen mehr in Kooperation mit der parlamentarischen Opposition und auch mit mehr Achtung vor der föderativen Ordnung der Bundesrepublik erarbeitet worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Ich will den Streit, den wir darum gehabt haben, nicht wiederaufleben lassen, aber ich möchte mit Nachdruck sagen: Wenn es – wie zu erwarten – zu einem **Staatsvertrag II** kommen wird, wäre die Regierung gut beraten, sich von vornherein nicht nur auf Informationen anderer Verfassungsorgane zu beschränken, sondern die **Teilnahme** dieser **Verfassungsorgane** am gemeinsamen Zustandekommen von vornherein zu organisieren.

(Beifall bei der SPD)

Das **Ratifikationsgesetz zum Staatsvertrag** und die das Gesetz ergänzenden Absprachen unterscheiden sich vor allem in den Feldern „Wirtschaft“, „Umwelt“ und – ich sage das einmal als Stichwort – „Altvermögen in der DDR“ wesentlich von früheren Entwürfen. Hier sind durch Verhandlungen, an denen die schleswig-holsteinische Landesregierung durch mich beteiligt war, erhebliche Fortschritte zustande gekommen.

Im Bereich der **Wirtschaft** war es das Ziel, Maßnahmen zu erreichen, die den Strukturwandel über den Bereich der vorgesehenen Maßnahmen hinaus erleichtern sollten, zugleich die Schaffung moderner und qualifizierter Arbeitsplätze nachhaltig zu unterstützen und – was am wichtigsten war – den Zusammenbruch längerfristig existenzfähiger DDR-Betriebe zu vermeiden. Wer den ursprünglichen Gesetzentwurf nimmt und sich das heutige Resultat anguckt, erkennt, daß Besserungsarbeit an und neben dem Ratifikationsgesetz stattgefunden hat.

Ich nehme ein paar Beispiele heraus.

Zunächst war nicht vorgesehen, die DDR-Produkte besonders zu schützen. Inzwischen ist sicher, daß die Bundesregierung und die DDR-Regierung eine Sondersteuer auf die Einfuhr ausgewählter Konsumgüter akzeptieren und zugleich Ausfuhrerleichterungen für **DDR-Produkte** geschaffen haben. Vielleicht ist das für die Anhänger der reinen Marktwirtschaftslehre ein Fehler, der dort begangen worden ist, ich glaube, für die DDR ist es eine kleine Garantie – noch keine ausreichende –, daß dieser Bereich des künftigen gemeinsamen Deutschlands nicht nur Absatzmarkt für westliche Produkte wird, sondern selbst die Chance hat, ein Stück eigene Produktionspaletten aufzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Regelung der Betriebsschulden – ein Punkt, an dem Sozialdemokraten lange auch gegen die F.D.P. in der Koalition diskutiert haben – ist sichergestellt, daß DDR-Betriebe nicht wegen einer zu hohen Verschuldung in ihrer **Eröffnungsbilanz** von vornherein ihre Arbeit einstellen müssen.

In der **Arbeitsmarktpolitik** – das will ich als erfreulichste Tatsache würdigen – ist in den Gesprächen etwas zustande gekommen, was Herr Blüm mit seinem Kollegen Pohl in der DDR umsetzen wird, daß nämlich Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik künftig Vorrang vor der Finanzierung von Arbeitslosigkeit haben – ein alter Wunsch von Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Bei den **Umstrukturierungshilfen** ist der Katalog breiter geworden – sowohl für bestehende als auch, was Investitionshilfen angeht, für neu zu gründende Betriebe – mit einer besonderen Schwerpunktsetzung auf die Förderung mittelständischer Aktivitäten, was für unser Nachbarland Mecklenburg/Vorpommern von hoher Bedeutung sein wird.

Es wird auch in der **Verbesserung der Infrastruktur** deutliche Anteile aus dem von uns gemeinsam zu finanzierenden Fonds „Deutsche Einheit“ geben, das heißt, es werden Scheiben für wirtschaftsnahe und allgemeine Infrastrukturverbesserungen vom Straßenbau bis zur Elektrifizierung und zum Wohnungsbau herausgeschnitten. Damit werden ganz bedeutende Rahmenvoraussetzungen für nachfolgende privatwirtschaftliche Investitionen geschaffen.

Die Bundesregierung hat überdies zugesichert, daß Wettbewerbsschutz, Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Verbraucherschutz und soziales Wohn- und Mietwesen in der DDR nach den Maßstäben der Bundesrepublik Deutschland stattfinden werden.

Ich glaube, daß summa summarum in diesem Feld ein wirklich qualitativer Sprung nach vorn erreicht worden ist.

Im Bereich der **Umwelt**, wo Herr Minister Dr. Heydemann erheblich mitgewirkt hat, sind ebenfalls eine Reihe von modernen Standards der Umweltschutzgesetzgebung künftiger Gegenstand der DDR-Gesetzgebung, der DDR-Praxis. Das Prinzip der Vorsorge, der Verursachung und der Kooperation sind von der DDR übernommen worden. Übernommen werden auch nach Nachbesserungen, die chemikalienrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik – das, was es bereits an Umweltverträglichkeitsprüfungs-Möglichkeiten gibt: das Abwasserabgabengesetz, die Vorschriften zur Kfz-Abgasreinigung und die atomgesetzlichen Regelungen. Wir müssen hier einschränkend sagen, daß die atomgesetzlichen Regelungen, wie wir ja neuerlich immer wieder etwas dramatisch feststellen, nach unseren politischen Vorstellungen nicht ausreichend sind. Gleichwohl, gemessen am Standard eines AKW in Greifswald, ist das ein sensationeller Fortschritt für die DDR. Insofern haben wir auch hier – wie ich glaube – gute Arbeit geleistet.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Weitere gesetzliche Bestimmungen der Bundesrepublik betreffend Pflanzenschutz, Düngemittel, gentechnische Grundlagen sind in Vorbereitung, was die Übernahme durch die DDR angeht.

Ein für mich sehr wichtiger Punkt bei den Beratungen gewesen ist: Wie gehen wir mit dem Vermögen der alten Parteien in der DDR, den Massenorganisationen der alten DDR um, oder wie tun wir es nicht? Wir wollten – daran haben wir vom ersten Tag an keinen Zweifel gelassen – nicht zusehen, wie Parteien und Organisationen, die 40 Jahre hindurch am schlechten Zustand der DDR Verantwortung getragen haben, un-

geschoren davonkommen, sich gar noch mit unseren Steuermitteln zum Kurs von 1 : 2 bereichern.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat sich in diesen Fragen von Anbeginn an gesprächsbereit gezeigt, ist aber von sich aus auf relativ wenig realisierbare Punkte gestoßen.

(Manfred Sickman [SPD]: Das hat auch Gründe!)

Ihre Argumentation hieß: Dies sei eine Frage, die in die ausschließliche Autonomie der DDR gehöre.

(Heiterkeit bei der SPD)

Bei den anderen Punkten war es etwas leichter. Ich habe damals in den Gesprächen – insbesondere mit Herrn Schäuble – deutlich gesagt, daß mir die Autonomie der DDR – so sehr ich Autonomie achte – so lange kreuzegal sei, wie es darum gehe, zu verhindern, daß Steuermittel aus Schleswig-Holstein für den Umtausch unrechtmäßig erworbener Vermögen eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dann in langen Gesprächen – ich glaube, daß zum Schluß insbesondere durch den Herrn Staatssekretär Kinkel erfreuliche Fortschritte gemacht worden sind – eine Reihe von Bestimmungen einvernehmlich über den Tisch kriegen können, die ich für bemerkenswert halte. Das heißt, daß künftig die **Altvermögen von Parteien und Massenorganisationen** einer **Treuhandverwaltung** unterliegen, und das bedeutet, daß diese Vermögen festgeschrieben sind und nicht ohne weiteres veräußert werden können.

Wenn Schätzungen zutreffen – ich kann die einfach nur so wiedergeben, wie sie gegenwärtig in der DDR gehandelt werden –, dann muß es sich um beträchtliche Vermögen handeln. Untere Schätzungen beim Vermögen der Nachfolgeorganisation der SED, der PDS, belaufen sich auf etwa 9 Milliarden DM. Man schätzt das Vermögen der CDU auf 2 Milliarden bis 3 Milliarden DM. Wenn ich es richtig sehe, daß jetzt die Demokratische Bauernpartei dazugekommen ist, von der noch keine Zahlen bekannt sind, dann dürfte sich die Summe eher noch ein Stück nach oben bewegen. Auch bei der Liberaldemokratischen Partei und der NDPD soll es sich um Beträge von weit über 1 Milliarde DM handeln.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß davon ein Teil wegen unrechtmäßigen Erwerbs auf Dauer gesperrt bleiben wird, bitte ich Sie zu bedenken, daß dies ein Stück noch aufzuarbeitender Ungerechtigkeit in unseren Tagen ist, daß eine Partei, die einzig unbescholtene Partei in der DDR, die **Sozialdemokratische Partei**, jahrelang für die Herausgabe ihres **alten Besitzes** juristisch fechten werden muß, während andere Altparteien, die Mitverantwortung am Zustandekommen der Misere in der DDR tragen, sehr viel besser davonkommen werden. Hier gilt es – wie ich glaube –, gleiche Bedingungen für alle im Sinne einer modernen Demokratie herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Sehr begrüßen möchte ich das, was die Verhandlungen insbesondere von Herrn Kinkel auf DDR-Seite beim **Umtausch von Einzelvermögen** gebracht haben. Es ist sichergestellt, daß die Konten mehrerer tausend – ich sage das einmal in Anführungszeichen – „Bonzen“ von vornherein gesperrt werden und erst nach einer Überprüfung schrittweise freigegeben werden können. Es wird Stichproben bei allen Konten, die über 100 000 DM ausweisen, auf die Frage des rechtmäßigen oder unrechtmäßigen Erwerbs geben; es wird automatisch nach dem Umtausch eine Sperrung dieser Konten geben, so daß man DM-Beträge nicht abheben kann, und es wird ein verschärftes Verfahren beim Umtausch durch bundesrepublikanische Bürgerinnen und Bürger geben, wenn der Verdacht auf mögliche Spekulation vorliegt. Das – so denke ich – sind einige sehr gute Regeln, mit denen wir auf diesem Feld – wie ich hoffe – der Mehrheit derjenigen, die Vermögen unrechtmäßig oder spekulativ erworben haben, entgegenzutreten können.

Uns ist glaubhaft versichert worden, daß die Bemühungen der DDR aufgrund einer völlig veralteten elektronischen Datenverarbeitung bei den Banken nicht besser gedeihen konnten. Ich denke, das ist eine richtige Einschätzung. Gleichwohl, diese letztgenannten Fortschritte sind sehr zu begrüßen.

Meine Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Landesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 19. Juni den Staatsvertrag behandelt, sie hat ihm in der Kabinettsitzung einstimmig zugestimmt, und sie hat mich ermächtigt, am 22. Juni im Bundesrat – ich habe das getan – dem Staatsvertrag zuzustimmen.

Entscheidend waren für uns vier Gründe:

1. Wir respektieren den übermächtigen Willen der DDR-Bevölkerung, so schnell wie möglich in der Zukunft mit D-Mark operieren zu können.
2. Wir können nicht an der Tatsache vorbei, daß faktisch seit vielen Wochen die D-Mark in der DDR zur Leitwährung geworden ist und daß ebenfalls seit Wochen an der Umstellung sämtlicher Konten, auch der Rentenkonten, der Unternehmensbilanzen, der Geschäftsverträge in D-Mark gearbeitet wird. Das aufzuhalten, hätte unabsehbare Folgen gehabt.
3. Wir glauben, daß die Nachbesserungen in der von mir in aller Kürze geschilderten Form ein Grund sind, diesem Vertrag ebenfalls zustimmen zu können.
4. Schließlich: Vor fast genau zwei Wochen, am 14. Juni, jährte sich jener Tag, an dem vor 50 Jahren 728 Polen als erste Häftlinge in das damals neu errichtete Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert wurden. Jahrestage wie dieser erinnern uns daran, was Polen und Deutsche in der Geschichte miteinander und gegeneinander erleiden mußten. Deshalb war die vom Bundestag und der Volkskammer parallel zum Staatsvertrag verabschiedete **Entschließung** zur endgültigen Anerkennung der **polnischen Westgrenze** für uns ein entscheidendes Motiv, dem gesamten politischen Werk zuzustimmen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Ich darf kurz aus der Entschließung zitieren „In dem Bewußtsein, daß dem polnischen Volk durch die Verbrechen, die von Deutschen und im deutschen Namen begangen worden sind, schreckliches Leid zugefügt worden ist, in dem Bewußtsein, daß Millionen von Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, großes Unrecht geschah“, erklären beide Seiten, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Diese Erklärung ist für meine Begriffe viele Jahre überfällig, gleichwohl heute von Deutschen und Polen mit großer Zustimmung zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird damit politisch und wohl auch moralisch das vollzogen, wofür sich die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten seit nunmehr 25 Jahren – damals noch zum Teil in der eigenen Partei sehr gescholten – verwendet haben. Ich hoffe, daß von nun an ein neues Kapitel in der Geschichte der Polen und der Deutschen aufgeschlagen werden kann.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf noch ein Zitat verwenden:

„Ich kam am Montag morgen aus dem Haus und warf wie gewöhnlich einen Blick in das Schaufenster. Da sah ich die Leute davor, die Frauen mit aufgerissenen Augen, Kinder, die ihre Nasen an der Scheibe plattdrückten. Ich dachte, ich träume. Das ganze Fenster war voll mit frischem Gemüse ...“

Dies ist keine vorausgreifende Schilderung des 2. Juli 1990 in der DDR. Es ist eine „Erinnerung an die Zukunft“, ein Zitat aus dem Buch „Wir hab'n ja den Kopf noch fest auf dem Hals“ von Bernt Engelmann. Er schildert darin den 21. Juni 1948, den Tag, als in den drei Westzonen Deutschlands die Währungs- und Wirtschaftsreform in Kraft trat.

Über Nacht – die Älteren wissen das besser als die Jüngeren – hatten sich die Schaufenster gefüllt. Es wurden einige Träume wahr. Ich hoffe, damals so, wie wir es heute den Menschen in der DDR wünschen und gönnen.

Wir freuen uns darüber, daß nach vier Jahrzehnten die **friedliche Vereinigung** auf einem **urdemokratischen Weg** möglich geworden ist, und wir freuen uns mit den Menschen in der DDR darüber, daß endlich die furchtbaren Entbehrungen und Belastungen des Alltags, das tägliche Schlangestehen ein Ende haben werden.

Dennoch scheint mir zur Zeit die Wahrnehmung – ich schließe die Meinen und mich davon nicht ganz aus – zweigeteilt zu sein: Die einen in der Debatte sehen zwar das Licht, aber nicht den Tunnel, der zu durchschreiten ist, bevor man ins Licht kommt; die anderen wiederum sehen nur die Schwärze des Tunnels und ahnen nicht, daß am Ende des Tunnels Licht auf sie zukommen wird.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Ich glaube, daß der Vorsitzende der SPD-Volkskammerfraktion, Richard Schröder, es richtig formuliert hat, wenn er sagt: Das Verfahren, das wir jetzt gegangen sind, war überhastet, auch wenn es noch so verständlich ist; es birgt mehr Risiken in sich als ein anderes Verfahren, das mit größerer Geduld hätte gewählt werden können.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich, obwohl ich weiß, daß das Wort, das man heute spricht – wie ein Leipziger Disputant gesagt hat –, morgen im Munde veraltet ist, sagen, daß es angebracht wäre, daß die DDR nicht quasi im politischen Handstreich, wie am 17. Juni beinahe geschehen, über einen Beitritt nach Artikel 23 entscheidet, sondern daß sie diese Karte, wenn sie sie ziehen will, erst dann zieht, wenn wir mit der Bildung föderativer Strukturen in dem heutigen Teil DDR und mit den Zwei-plus-vier-Gesprächen mit Anstand zu Ende gekommen sind. Wir dürfen diese beiden Stränge, die lebensnotwendig sind, Pfeiler für ein modernes, neues Gesamtdeutschland, nicht gefährden.

Was ein Vorwegnehmen eines Beitrittsgebietes für die **Zwei-plus-vier-Verhandlungen** bedeuten würde, wissen alle, die wissen, wie kippelig die Situation in der Sowjetunion heute auch in diesen Fragen noch ist. Ich bitte deshalb darum, diese Fragen mit Geduld und Anstand anzugehen. Sollte beides möglich sein, so steht nach Auffassung der Landesregierung einer gesamtdeutschen Wahl noch in diesem Jahr nichts im Wege.

(Beifall)

Lassen Sie mich einige abschließende Bemerkungen machen, die ich auch im Bundesrat in aller Kürze gemacht habe. In den letzten sechs, sieben Monaten haben wir uns fast ausschließlich mit Fragen des Umtausches, der wirtschaftlichen Infrastrukturen, der Höhe der Renten, der Qualität von Joint ventures und ähnlichen Dingen beschäftigt. Wir haben viele der sehr grundsätzlichen Fragen, die wir alle gemeinschaftlich zu lösen haben werden, noch nicht einmal angediskutiert. Ich will einige davon nennen.

Wie wird es in dem künftigen Deutschland bei der Geschwindigkeit und dem ökonomischen Druck des Zusammenwachsens um die **Rolle der Frauen** vor dem Hintergrund unterschiedlich entwickelter Lebensmuster in beiden Teilen Deutschlands bestellt sein? Wird das bißchen an Fortschritt, das es in der DDR gegeben hat und das fast ausschließlich der Rechts- und Gleichstellung der Frauen zugute gekommen ist, auf dem Altar der Vereinigung geopfert werden, oder wird es Bestand haben als ein Modell, von dem auch die bundesdeutschen Frauen künftig profitieren könnten?

Wie verwirklichen wir die **Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen**, die in der DDR ganz offenbar in einem viel dramatischeren Maße kaputtgemacht worden sind als bei uns? Wie können wir bei den Zwängen, drüben schnell zu Erfolgen zu kommen, verhindern, daß die gleichen Fehler gemacht

werden, die wir in unserer Frühzeit in der zweiten industriellen Gründerzeit auch gemacht haben?

Wie nutzen wir die historischen Umwälzungen zum **dauerhaften Abbau militärischer Konfrontationen**, damit Kriege tatsächlich endgültig auf diesem Kontinent und, wenn es geht, ein für allemal auf der Erde überflüssig und nicht mehr führbar werden? Welches „Wofür“ setzen wir an die Stelle des „Wogegen“? Wir müssen uns klarmachen, daß beide deutschen Teilstaaten bisher einen Teil ihrer Identität im Denken gegeneinander entwickelt haben. Wenn die Motive des „Gegeneinander“ entfallen, jetzt europaweit, vielleicht sogar weltweit bei der Auflösung der Ost-West-Strukturen – welches „Wofür“ setzen wir für die neue Identität an die Stelle dessen, was uns mit dem „Wogegen“ bisher identitätsmäßig getragen hat?

Die Antwort der Bonner Bundesregierung, den **Verteidigungsetat** um 3 % zu senken und immer noch mit dem Jäger 90 zu kokettieren, kann meiner Meinung nach mitnichten die wirklich letzte Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

Eine, vielleicht die entscheidende Frage wird sein, wie künftig fast **80 Millionen Deutsche** mit dem neuen Nationalgefühl umgehen, wenn zukünftig täglich Tag der deutschen Einheit ist und nicht mehr nur einmal im Jahr. Wie erreichen wir, daß sich dieses zweifelsfrei auch von der DDR-Bevölkerung getragene neue Nationalgefühl republikanisch profiliert, demokratisch bleibt, europäischen Geistes ist und von sozialen Grundlagen getragen wird? Das mag eine Frage sein, über die Deutsche sehr viel schwerer reden können, weil sie das Stück Nation nicht nur im Kopf, sondern im Herzen tragen. Wer allerdings die Debatte bei Franzosen und Polen, bei Engländern und Österreichern bei Italienern und Amerikanern verfolgt, der weiß, daß auf diesen Punkt weltweit mit sehr kritischen Augen geguckt wird. Wie können wir also die Befürchtungen gegen die neue Großmacht – das wird Deutschland faktisch sein – im Herzen Europas überwinden? Wie können wir eine Ethik entwickeln, die einer künftig zweifelsfrei auf Deutschland zukommenden Führungsrolle so gemäß ist, daß die Welt sagen kann: Mit diesem europäischen Deutschland möchten wir auf Dauer als beste Partner leben? Darüber in den kommenden Jahren zu diskutieren, wird auch unter internationalen Gesichtspunkten eine wichtige Aufgabe sein.

Wie übt **Westeuropa** künftig Solidarität gegenüber **Osteuropa**? Wer sich die dramatische Entwicklung in Polen anguckt, die Schwierigkeiten nicht nur auf dem Weg zur Autonomie der baltischen Staaten, die unglaubliche ökonomische Misere in der Sowjetunion – wer das sieht, weiß, daß mit allen guten Ansätzen, hier noch einen Kredit und dort eine Bürgschaft zu organisieren, diesem riesigen Teil Europas nicht geholfen werden kann. Meiner Meinung nach wäre es deshalb nicht schlecht, wenn wir über die Bemühungen der Bundesregierung in Europa hinaus den Gedanken faßten, daß ein zweiter Marshallplan in unserer Zeit in

(Ministerpräsident Björn Engholm)

großen Dimensionen vielleicht die einzige Chance wäre, das, was in Osteuropa noch auf der Suche nach neuer Demokratie ist, so zu stabilisieren, daß die Ufer der Demokratie erreicht werden können.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf in Erinnerung rufen, daß die Vereinigten Staaten Europa damals vier Jahre lang jährlich 3 Milliarden Dollar gezahlt haben, einen großen Teil davon ans neue Deutschland. Das waren 12 Milliarden Dollar. In heutige Preise und Kosten umgerechnet, wären das viermal 16 Milliarden Dollar, also zusammen 64 Milliarden Dollar – eine Dimension, mit der man zweifelsfrei wichtige infrastrukturelle Vorhaben erheblich anschieben könnte. Würde man dazu die europäischen Staaten, die USA und Japan gewinnen, dann müßten sie alle vier Jahre hindurch weniger als 0,1 % ihres Bruttosozialproduktes zur Verfügung stellen, was für diese reichen Nationen und Kontinente möglich wäre, mit dem ungeahnten Ziel, daß dann hinterher wirklich das Haus Europa in einer Qualität vorhanden wäre, von der in der Vergangenheit niemand jemals zu träumen gewagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich werden wir uns auch zu fragen haben, was dieses wachsende Europa mit dem wachsenden neuen Deutschland in seiner Mitte an Aufgaben zur Bewältigung des wachsenden **Nord-Süd-Konflikts** hat. Vor einiger Zeit haben wir mit den Diplomaten, die Schleswig-Holstein besucht haben, darunter mehreren afrikanischen Botschaftern, gesprochen. Sie sagten, sie hätten noch nie so sehr das Gefühl des Verlorenseins gehabt wie in den letzten acht Monaten, in denen Deutschland und Europa so sehr mit sich selbst beschäftigt seien wie nie zuvor. Wie dieser reiche Kontinent seine Solidarität gegenüber den Ländern der Dritten und Vierten Welt neu und überzeugend zu organisieren hätte, diesen Gedanken dürfen wir bei aller Notwendigkeit, uns selbst neu zu organisieren, nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Fülle von Fragen, und es gibt heute wenig Antworten. Auch ich kann nicht auf alles eine Antwort geben; vielen von Ihnen wird es nicht anders gehen. Deshalb appelliere ich an alle, die dies angeht, Menschen in den Universitäten, Menschen in den großen, nachdenklichen Medien, Künstlerinnen und Künstler, sich an der Lösung dieser Fragen zu beteiligen, sich einzumischen, die erstaunliche Stille, die zu diesen Fragen im Geistesleben herrscht, zu durchbrechen, einen Diskurs zu eröffnen, Utopien zu formulieren, die wir heute nötiger brauchen denn je, mit uns zu streiten über die zukünftige Gestalt des Deutschlands, des Europas, des Hauses Welt, in dem wir alle leben werden.

Vielleicht wäre es gut, wenn sich der Landtag – das muß nicht in wenigen Wochen sein – nach Abschluß des uns möglicherweise noch dieses Jahr beschäftigenden Wahlkampfes einmal einen halben oder ganzen Tag Zeit nähme, ohne besondere Tagesord-

nung ein wenig solche längerfristigen Perspektiven miteinander zu diskutieren, darunter auch die Frage: Welche Rolle wird ein Land wie Schleswig-Holstein mit zweieinhalb Millionen Menschen in einem Kontinent mit 600 Millionen Menschen spielen, wenn es allein dasteht? Ich meine, es gibt eine Fülle von Aufgaben, die uns gemeinsam bewegen und die zu diskutieren große Freude machen würde.

Meine Damen und Herren, „nichts auf der Welt ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, hat Victor Hugo gesagt. Ich denke, die Idee, deren Zeit gekommen ist – darin stimmen wir alle überein – ist die Zeit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für eine so große Zahl von Menschen, wie wir es noch vor Jahresfrist nicht geglaubt haben, für Menschen in Deutschland, für Menschen in Europa, für Menschen in der Welt. Was immer uns politisch in diesem Hause oder als Partei trennen mag – ich glaube, wir könnten gemeinsam dafür sorgen, daß nichts und niemand den Siegeszug dieser Idee aufhält.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Hoffmann.

Heiko Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vertrag über die **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** ist ein entscheidender Schritt zur Vollendung der deutschen Einheit. Auch die Zustimmung der Landesregierung Schleswig-Holstein, Herr Ministerpräsident, die wir ausdrücklich begrüßen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, mit welchem Druck der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine die Partei und auch die SPD-geführten Landesregierungen dazu bringen wollte, aus wahltaktischen Gründen den Staatsvertrag zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Die vordergründige Haltung und eigentlich das durchsichtige taktische Manöver sind auch durch die Ausführungen des Vertreters des Saarlandes im Bundesrat und dann von Herrn Schröder im Bundesrat deutlich geworden. Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von den **Regelungen im Ratifikationsgesetz**. Nun, wenn man das jetzt objektiv betrachtet, stellt man fest, daß die meisten dieser Regelungen ohnehin in Absichtserklärungen vereinbart worden sind, die bis zum 1. Juli zwischen der DDR und der Bundesrepublik abgeschlossen beziehungsweise von der DDR-Regierung und von der Volkskammer in der DDR erlassen werden sollten. Das Thema heißt nicht Nachbesserungen, sondern es geht eindeutig darum, daß die SPD, insbesondere Herr Lafontaine, den Staatsvertrag, diesen Weg zur deutschen Einheit nicht wollte.

(Beifall bei der CDU)

(Heiko Hoffmann)

Meine Damen und Herren, das ist ja öffentlich gemacht worden; Interviews und entsprechende Erklärungen sind bekannt.

Es erscheint mir doch wichtig und durchaus nachsenswert, was der Landesvorsitzende der SPD, Gerd Walter, am Donnerstag in der „Zeit“ ausgeführt hat – ein Artikel, in dem er sich mit der **Haltung der SPD** in den fünfziger Jahren zu Europa auseinandersetzt und jetzt **zur deutschen Frage** und zur Deutschlandpolitik. Weil ich das, was er dort sagt, charakteristisch finde für die Haltung der SPD in diesem Lande, möchte ich ihn als den führenden Repräsentanten der SPD in Schleswig-Holstein zitieren. Er schreibt dort in der „Zeit“:

„Heute macht sich die SPD nur schwerfällig daran, der Union den Titel der Deutschlandpartei streitig zu machen.“

Er fährt dann fort:

„Innerparteiliche Hahnenkämpfe spielen dabei noch die geringste Rolle. Das Hin und Her um den Staatsvertrag, die quälende Deutschlanddebatte vor dem Berliner Bundesparteitag, die überflüssige Auseinandersetzung über die Vereinigungsalternativen nach Artikel 23 oder Artikel 146 und die unfruchtbare Kontroverse über eine so oder so unvermeidbare Währungsunion zeigen vor allem eins: Nation und Nationalstaat sind für viele Sozialdemokraten Begriffe aus einer fremden Welt.“

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das sagt kein CDU-Politiker, sondern Gerd Walter.

(Fritz Latendorf [CDU]: Eben!)

Ich nehme an, daß er die Diskussion innerhalb der SPD vielleicht besser beurteilen kann als wir.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das kann er!)

Ich möchte es deshalb damit bewenden lassen zu dem, was Sie zur Rechtfertigung zur Zustimmung zum Staatsvertrag gesagt haben.

Ich möchte mich auch für meine Fraktion mit mir wichtig erscheinenden Schlußfolgerungen und Aspekten nach Abschluß des Staatsvertrages beschäftigen.

Meine Damen und Herren, es muß sich jetzt zeigen, ob wir, die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und auch die Abgeordneten im Bundestag und in den Landesparlamenten, einigungsfähig sind in dem Sinne, daß wir bereit sind, uns auf unsere Landsleute einzustellen, die nach 40 Jahren eine ganz andere Erfahrung in diese Phase des Einigungsprozesses einbringen.

Mich hat außerordentlich beeindruckt, was Manfred Stolpe am 17. Juni vor beiden Parlamenten Deutschlands im Schauspielhaus in Ost-Berlin ausgeführt hat, Nachdenkenswertes, das uns und der Bevölkerung der DDR ins Stammbuch geschrieben wurde als Ver-

pflichtung, teilweise als Analyse und als Auftrag. Ein Mann, der in seinem christlichen Dienst in schwierigen Phasen, wie ich persönlich weiß, eine verantwortungsbewußte Gratwanderung unternommen hat und der wie wenige berufen ist, das auch auszusprechen! Er hat es getan.

Zur **Vereinigung** gehört in erster Linie die **Solidargemeinschaft aller Deutschen** und nicht die Entwicklung hin zu zwei Neidgemeinschaften, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Deutschen in der DDR haben für uns die Last mitgetragen, die aus dem von Hitler angezettelten verbrecherischen Krieg für uns alle resultiert. Sie waren diejenigen, die in erster Linie dafür die ganz schwere, bittere Erfahrung viel Leid tragen mußten. Aus diesem Grunde ist die deutsche Einheit mehr und muß sie mehr sein als die Einführung der D-Mark in der DDR.

Die deutsche Einheit hat eine demokratische, sie hat eine freiheitliche, eine historische und eine europäische Dimension. Ich möchte mich hier insbesondere mit der europäischen beschäftigen.

Die deutsche Vereinigung muß, wenn sie ein Gewinn für das ganze Europa sein soll – Herr Ministerpräsident, ich glaube, bei diesen Gedanken stimmen wir überein –, mehr sein als die wirtschaftliche Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten. **Deutsche Einheit** und **europäische Einheit** bedingen einander, und sie sind nicht nur konzentriert auf die Europäische Gemeinschaft.

(Beifall bei der CDU)

In seiner Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 erklärte Konrad Adenauer folgendes:

„Die Politik der Bundesrepublik bleibt ausgerichtet auf die Integration Deutschlands in die größere Europäische Gemeinschaft aller europäischen Völker, die die Freiheit hat. Deutsche Einheit und Europäische Union sind kein Widerspruch, es sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.“

Meine Damen und Herren, im Grundgesetz sind uns zwei Aufträge erteilt worden. In der Präambel sind sie so gekennzeichnet: Das deutsche Volk hat seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Es ist nicht ungestümes Drängen, sondern verantwortliches Handeln, wenn der Zeitraum zwischen der wirtschaftlichen und der staatlichen Einheit nicht möglichst lang, sondern so kurz wie innen- und außenpolitisch nur verantwortbar gehalten wird. Das ist unser Auftrag, den wir zu erfüllen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl hat ja im November einen Perspektivplan vorgelegt, der von anderen Zeiträumen ausging. Die Entwicklung in der DDR – insbesondere die Übersiedlerzah-

(Heiko Hoffmann)

len, die wir das letztmal schon angesprochen haben – hätte, wenn wir nicht zu schnellerem und dann auch zu einem entscheidenden Handeln mit den frei gewählten Vertretern der DDR nach dem 18. März gekommen wären, unabsehbare negative Konsequenzen nicht nur für die Entwicklung in Deutschland, sondern für Europa gehabt.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist die deutsche Vereinigung auch keine Sache eines deutschen Alleingangs. Sie ist mit der europäischen Einigung untrennbar verbunden. Jede Loslösung aus diesem europäischen Prozeß wäre ebenso gefährlich wie ein unbegründeter Aufschub der deutschen Einheit. Das Ergebnis von Dublin, das jetzt schon vorliegt, zeigt im positiven Sinne die Entwicklung der europäischen Einigung. Die Botschaft von Dublin beweist doch die erfreuliche Tatsache, daß die politische Union mit einem vereinten Deutschland befördert und nicht gehindert oder verlangsamt wird.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nationaler Überschwang führt uns Deutsche zusammen, sondern dies kommt gerade in dem geläuterten Bewußtsein unserer Landsleute in der DDR zum Ausdruck – der jedem Volke innewohnende Wille zur Einheit und das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft.

Entgegen manchen ausländischen Befürchtungen – erinnern Sie sich an Äußerungen führender Politiker in Europa im November und auch an Kommentare in angesehenen europäischen, insbesondere englischen Zeitungen – ist die Woge des überschäumenden Nationalgefühls, der nationalen Euphorie ausgeblieben. Und das ist sicherlich auch gut so; denn Realismus war schon immer die Grundvoraussetzung dafür, Fehler zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, wir Deutsche haben ganz sicher unseren Nachbarn gegenüber eine moralische Verpflichtung. Wir haben aber hier in der Bundesrepublik natürlich auch unseren Landsleuten in der DDR gegenüber eine Verpflichtung. Deshalb wird es zur **Vereinigung** kommen, wenn die DDR – Herr Ministerpräsident, Sie haben das angesprochen; ich will es nur ergänzen und auch akzentuieren – in eigener Verantwortung gemäß **Artikel 23** des Grundgesetzes den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland vollzieht. Die Erklärung nach Artikel 23 ist eine Beitrittsklärung, Artikel 23 ist keine Einverleibungsbestimmung unserer Verfassung.

(Beifall bei der CDU)

Die Entscheidung über seine Anwendung liegt nicht in der Hand der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der Hand der DDR. Es ist ihre eigene souveräne Entscheidung. Die Menschen dort fordern diese Entscheidung ein.

Und ich sage hier auch: Es war sehr verantwortungsbewußt, daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Volkskammer den Antrag auf sofortigen Vollzug des Beitritts nach Artikel 23 den zuständigen Aus-

schüssen überwies. Es zeugte aber ebenso von Verantwortungsbewußtsein, daß eine Mehrheit von fast drei Vierteln den Dringlichkeitsantrag, in dem der Beitritt gefordert wurde, auf die Tagesordnung setzte. Sie wußte, daß die Bevölkerung in der DDR diesen Beitritt unverzüglich wünscht. Und wir müssen unter den Gesichtspunkten, die Sie, Herr Ministerpräsident, zutreffend angesprochen haben, nach Klärung der bestehenden Fragen mit den vier ehemaligen Siegermächten, mit Polen und auch mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft darauf hinwirken, daß noch in diesem Jahr die **Entscheidung für gesamtdeutsche Wahlen** fällt. Es ist ja doch auf gutem Wege. Das erkennt man, wenn man die Erklärungen unseres Bundesaußenministers hört, der am Donnerstag darüber gesprochen hat. Das, was Helmut Kohl gestern in Dublin erklärte, spricht doch dafür, daß diese Entscheidungen positiv ausfallen.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union nimmt Gestalt an. Aber sie wird immer nur ein Teil der **europäischen Konföderation** sein, die vom Atlantik bis zum Ural reicht. Diese Konföderation wollen wir, in welchen rechtlichen Formen auch immer – das ist sicher gegenwärtig noch nicht genau absehbar –, schaffen. Beide Entwicklungen, die Einigung in der Europäischen Gemeinschaft und die Einigung des ganzen Europa, dürfen uns nicht auseinander-, sondern müssen uns zusammenführen. Auch das ist unser Auftrag.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich finde es schon bemerkenswert, daß wir darauf hoffen, ja daß wir fast sicher sein können, daß auf der KSZE-Gipfelkonferenz im Herbst das Recht auf Demokratie und freie Wahlen sowie die Minderheitenrechte eine entscheidende Rolle spielen werden. Hierbei denke ich insbesondere an die Deutschen, die jetzt in Polen leben und die bei einer gedeihlichen Entwicklung ihre kulturelle Identität nicht länger verleugnen wollen. Sie wollen auch in einem anderen Staat nicht länger ihre deutsche Identität verleugnen.

Wir haben hier in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten eine beispielhafte **Minderheitenregelung**, die funktioniert. Wir haben das in unserer Landesverfassung verankert. Ich glaube, diese Regelung wäre ein gutes Beispiel für das, was auf der Konferenz im Herbst in die Schlußakte von Helsinki hineingeschrieben werden sollte. So jedenfalls ist das im Bundestag ebenfalls von dem zuständigen Minister angedeutet worden.

Meine Damen und Herren, wenn wir über den deutschen Auftrag in Europa sprechen, müssen wir eines berücksichtigen: Wir haben die friedliche Revolution nur friedlich halten können, weil Gorbatschow sein Land zum Westen hin, zu Europa hin geöffnet hat. Er hat einen Anspruch darauf, eine entsprechende Antwort zu bekommen. Sie kann nur lauten: Einbeziehung der Sowjetunion in jede Art politischer, wirtschaftlicher, ökologischer und technischer Zusam-

(Heiko Hoffmann)

menarbeit mit und in Europa. Die **wirtschaftliche Entwicklung Europas** läßt sich auf Dauer von der wirtschaftlichen Entwicklung der **Sowjetunion** nicht abkoppeln; denn es kann auch Spannungen geben, wenn die wirtschaftlichen Entwicklungen weiter so auseinandergehen, wie sich das gegenwärtig darstellt.

Deshalb ist Deutschland nicht als Austragungsort und Schauplatz europäischer Zerrissenheit, nicht als ein Ausgangspunkt alter europäischer Machtpolitik der vergangenen 80, 90, 100 Jahre zu sehen, sondern fest verankert in der westlichen Wertegemeinschaft: ein Wegbereiter des einen Europa, so wie es Manfred Stolpe, wie gesagt, am 17. Juni von uns eingefordert hat, nicht nur gegenüber den westeuropäischen, sondern auch gegenüber den osteuropäischen Staaten, insbesondere gegenüber den Staaten, die jetzt in der Sowjetunion zusammengefügt sind. Meine Damen und Herren, diese Verpflichtung gilt es bei der Vollendung der Einheit Deutschland zu berücksichtigen. Sie ist für uns alle bindend.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die **friedliche Revolution** der Menschen in der **DDR** war auf zwei große **Ziele** gerichtet: erstens darauf, die Einheit in Freiheit zu erlangen, und zweitens – das kam besonders deutlich nach dem 9. November 1989 zum Ausdruck – auf menschenwürdige Lebensbedingungen, die jedem einen fairen und gerechten Ertrag seiner Arbeitsleistung sichern. Beides waren entscheidende Motive für die Revolution.

Der jetzt abgeschlossene Staatsvertrag gibt den guten und tragfähigen Rahmen, in dem diese Ziele verwirklicht werden. Mit seiner Hilfe und auf seinen Grundlagen wird das ganze Deutschland in den Grenzen, die in der vergangenen Woche durch gemeinsame Entschlüsse beider deutscher Parlamente bestätigt wurden, ein freiheitliches und zukunftsorientiertes Land werden. Die **Einführung der D-Mark** ist dafür nur das äußere Symbol; aber sie ist doch zugleich mehr als das. Sie ist für jeden deutlich das Zeichen der **wirtschaftlichen Vereinigung** ab 1. Juli dieses Jahres, und sie setzt die Fakten, die dazugehören: wirtschaftliche Freiheit, Wettbewerb, leistungsgerechte Entlohnung, Privateigentum, unternehmerische Initiative, Unternehmer- und Gewerkschaftsfreiheit und soziale Verantwortung – das alles waren bisher in diesem Kontext in der DDR Fremdworte.

Dieser Staatsvertrag fordert – und das ist auch eine gewaltige Herausforderung – ein anderes Denken vor allem von den **Bürgern in der DDR**. Es geht nämlich nicht nur um Währungsumstellung, Investitionen und Produktivität, es geht um die **Akzeptanz einer Wirtschaftsordnung**, die auf Selbstverantwortung und freier Entscheidung eines jeden einzelnen beruht. Hier müssen wir den Menschen mit sachverständigem Rat, mit Einfühlungsvermögen und Sensibilität, nicht mit Arroganz begegnen und ihnen helfen.

Meine Damen und Herren, man kennt in der DDR die Ergebnisse der sozialen Marktwirtschaft, vor allem

seit dem 9. November, so wie sie sich hier bei uns darstellen. Aber man kennt nicht die soziale Marktwirtschaft selbst; man hat sie nie erfahren. Nun plötzlich weitet sich der Raum zu mehr Chancen für alle, aber auch zu Risiken. Nun muß **soziale Absicherung** dafür sorgen, daß niemand unter die Räder gerät.

Die Hauptlast dieser Entwicklung und wirtschaftlichen Sanierung wird auf der DDR liegen, aber doch unter ungleich besseren Bedingungen als in irgendeinem anderen Land in Mittel- und Osteuropa, das sich jetzt reformiert. Ungarn, Polen oder die Tschechoslowakei haben keinen wirtschaftlich so starken Partner, wie ihn die DDR in der Bundesrepublik und in uns als Landsleuten hat. Sie können nicht mit einer international respektierten stabilen Währung den Weg in die soziale Marktwirtschaft antreten.

Ich will damit die Probleme nicht beiseite schieben, die jetzt auf die Menschen in der DDR zukommen: Anpassungsorgen – wir kennen sie –, unzählige ungeklärte Rechtsfragen, Qualifizierungserfordernisse und vor allem Arbeitsmarktprobleme.

Aber, meine Damen und Herren, hier muß man auch eines sehr klar sagen – das ist jetzt schon oft geäußert worden, aber ich wiederhole es, weil es so wichtig ist –: Die eintretende Arbeitslosigkeit – hoffentlich nur von kurzer Dauer und vorübergehend – ist doch nicht die Arbeitslosigkeit in der DDR, die aufgrund des Staatsvertrages erzeugt wird, sondern es sind die Arbeitslosen, die durch die kommunistische Mißwirtschaft der Honeckers und Mittags zu verantworten sind!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Es gab keine Alternative. Der Stufenplan, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, den ja auch der Bundeskanzler im November vorgelegt hat, ist nach der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger in der DDR nicht realisierbar gewesen. Wenn wir jetzt noch einen Jahre dauernden Weg eingeschlagen hätten, den wir unter Umständen mit einer neuen Mauer hier durch Deutschland hätten zementieren können – und es war ja ein Kollege der SPD-Bundestagsfraktion, der so etwas Ähnliches gefordert hat, meine Damen und Herren –, dann wäre dies nicht nur unverantwortlich gegenüber den Menschen drüben gewesen, sondern dieser Weg hätte unkalkulierbare Risiken für ganz Europa heraufbeschworen,

(Beifall bei der CDU)

und wir hätten uns von unserer politischen Verantwortung abmelden können. Deshalb gab es zu diesem Staatsvertrag in diesem Zeitraum keine realistische und durchführbare Alternative.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt natürlich auch kein Textbuch in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur darüber, wie jetzt im einzelnen aus diesem kollektiven Eigentum an den Produktionsmitteln eine freiheitliche privatorientierte Wettbewerbswirtschaft herzustellen ist. **Gewerbe-**

(Heiko Hoffmann)

freiheit und Wettbewerb – das alles war vom SED-Staat zerstört worden und muß relativ schnell wieder geschaffen werden. Die Volkskammer hat durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Treuhandanstalt, die Preisreform, mutige Entscheidungen des Amtes für Wettbewerb Signale gesetzt. Es werden weitere folgen.

Meine Damen und Herren, die frei gewählte Regierung der DDR hat die Fallstricke erkannt, die auf dem Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft aus einer sozialistischen Mißwirtschaft heraus am Wegesrande liegen. Aber sie hat auch erkannt, daß durch Abwarten, durch Nichtentscheidungen und unter Umständen auch durch Fehlentscheidungen alles das verspielt werden könnte, was bisher erreicht worden ist.

Meine Damen und Herren, es geht bei dieser Diskussion nicht um gegenseitige Schuldzuweisungen. Ich habe den Versuch des Ministerpräsidenten, das Verhalten seiner Partei zu rechtfertigen, unter dem Blickwinkel gesehen, daß das natürlich sicherlich auch zu seiner Pflicht als führender SPD-Politiker gehört. Ich meine, daß Ihnen Gerd Walter – wenn Sie einmal diesen Artikel in der „Zeit“ lesen – zu dem, was Deutschland und die Deutsche Nation angeht, Empfehlenswertes gesagt hat. Aus Zeitgründen möchte ich darauf nicht eingehen.

Gerade weil aber eine Persönlichkeit nach meiner Ansicht entscheidend dazu beigetragen hat, daß Europa diesen freiheitlichen Weg in seine Zukunft in friedlicher Form gehen kann, möchte ich diese Persönlichkeit zitieren. Michael Gorbatschow hat in einer Rede, die auf einem Buch von ihm fußt, den Auftrag, den er sieht, zusammengefaßt. Dem habe ich eigentlich nichts hinzuzufügen. Dieser Auftrag gilt auch für uns in unserer historischen Zeit der deutschen Einheit. Er sagt:

„Trotz aller Gegensätze in der heutigen Welt, trotz der Vielfalt ihrer gesellschaftlichen und politischen Systeme und trotz der unterschiedlichen Wege, die Nationen in ihrer Geschichte eingeschlagen haben, bleibt diese Welt ein untrennbares Ganzes. Wir alle sind Passagiere an Bord des Schiffes Erde, und wir dürfen nicht zulassen, daß es zerstört wird.“

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

„Eine zweite Arche Noah wird es nicht geben.“

Die Deutschen sind auf dem Weg, nach diesen Sätzen und im Auftrag der Geschichte, aus der sie die entsprechenden Lehren gezogen haben, ihren freiheitlichen und friedlichen Beitrag für Europa zu leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Börnsen.

Gert Börnsen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier Wochen nach der letzten Debatte im Landtag zur deutschlandpolitischen Entwicklung läßt sich sagen: Das Abwarten hat sich gelohnt, die Bonner Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition haben wesentliche **Nachbesserungen** gebracht. Begründete Bedenken gegen den **Staatsvertrag** haben zu besseren politischen Einsichten geführt. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten gratulieren Ministerpräsident Engholm und der Bonner SPD-Führung mit Hans-Jochen Vogel zu diesem Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Das Ja der Regierung Engholm im Bundesrat findet unsere volle Unterstützung, obwohl nicht alle Bedenken ausgeräumt werden konnten, aber, weil unsere Mitverantwortung für den deutsch-deutschen Einigungsprozeß und für das Schicksal der Menschen in diesem Prozeß alle Bedenken im einzelnen überragen mußte.

Wir verhehlen nicht, daß der von der Bundesregierung vorangetriebene ungestüme Prozeß, dessen Eile wohl nur vom Parteigoismus der Regierenden diktiert wird, zu schlimmsten Befürchtungen für die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR** Anlaß gibt. Unsere Erfahrung ist aber, daß Sozialdemokraten gerade dann am meisten benötigt werden, wenn konservative Regierungen Wirtschafts- und Sozialsysteme planen, bei denen das Wohl des einzelnen Menschen unter die Räder zu geraten droht.

(Beifall bei der SPD)

Um es deutlich zu sagen: Wir Sozialdemokraten fühlen uns verantwortlich für die Menschen, die durch die Politik der CDU/CSU morgen in der DDR von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn im Deutschen Bundestag von Vertretern der CDU/CSU mit, wie ich finde, lächerlicher Einfalt so getan wurde, als wenn Nachbesserungen des Staatsvertrags doch gar nicht nötig gewesen wären, so zeigt dies nicht nur eine unerträgliche Selbstgerechtigkeit, sondern auch den fatalen Mangel an Augenmaß in einer zweifellos historischen Situation. Es ist im Gegenteil erwiesen, daß die **Regierung Kohl** und die CDU/CSU gravierende Fehler gemacht haben. Einer der **Fehler** war der **Vorrang der Parteitaktik** vor dem Allgemeininteresse,

(Beifall bei der SPD)

als durch ein planvolles Spiel die parlamentarische Opposition aus dem deutsch-deutschen Einigungsprozeß ausgeschaltet werden sollte. Diesen Fehler haben Sie inzwischen selbst korrigiert.

Ein anderer Fehler war die Überheblichkeit des Zentralstaates, mit dem gerade in der Deutschlandpolitik die **Mitwirkung der Länder** ausgehöhlt werden

(Gert Börnsen)

sollte. Hier wurde die Idee des Föderalismus als eine der wesentlichen Grundlagen unseres demokratischen Staatswesens willkürlich in Frage gestellt. Dieser Fehler wird inzwischen durch Intervention der Landesregierungen und auch der Landesparlamente schrittweise korrigiert.

Der dritte große Fehler ist der, daß die Bonner Regierung offenbar meint, ein neues Deutschland über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg schaffen zu können. Meine Damen und Herren, dieser Fehler kann sich zum Systemfehler ausweiten, wenn er nicht korrigiert wird,

(Beifall bei der SPD)

etwa dadurch, daß man die Menschen an der verfassungsrechtlichen Willensbildung in den beiden deutschen Staaten mitwirken läßt. Eine gemeinsame deutsche Verfassung, die das Grundgesetz nicht nur ablöst, sondern aktualisiert und verbessert, sollte durch Volksabstimmung verabschiedet werden. Erst wenn die **Selbstbestimmung der Menschen in beiden deutschen Staaten** wirklich ernst genommen wird, könnte dieser Kardinalfehler der Bonner Regierungspolitik korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Niemand, meine Damen und Herren, kann heute übersehen, daß auch im **außenpolitischen Bereich** gravierende Fehler gemacht worden sind, die nur durch die dogmatische Verbohrtheit der CDU/CSU zu erklären sind und die jetzt von der Bundesregierung – ich muß schon sagen: mit freundlicher Unterstützung der Sozialdemokraten – vor aller Welt korrigiert werden mußten. Dazu zähle ich insbesondere die CDU/CSU-Politik der tatsächlichen Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze als ein Ergebnis des von den Deutschen angezettelten Zweiten Weltkrieges über 45 lange Jahre hinaus,

(Beifall bei der SPD)

die Ablehnung des Warschauer Vertrages der Regierung Willy Brandt vor 20 Jahren, den jahrzehntelangen Opportunismus gegenüber den Vertriebenenverbänden, die sich in beispielloser Weise von einer Politik der Doppelzüngigkeit mißbrauchen ließen. Trotz aller Warnungen und Aufforderungen aus den Kirchen, aus den Gewerkschaften, aus der Wirtschaft, trotz zunehmender internationaler Isolierung hat die Regierung Kohl noch nach der demokratischen Revolution in Osteuropa die Anerkennung der Grenze Polens zum Objekt außenpolitischen Pokerns gemacht. Mit dieser Politik ist nicht nur in Polen und auch nicht nur in Europa insgesamt, sondern auch bei den Weltmächten ein tiefes Mißtrauen in die deutsche Position gesät worden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt endlich, meine Damen und Herren, hat sich die Regierung Kohl vor aller Welt korrigieren müssen. Ich zitiere den Bundeskanzler:

„Die **Grenze Polens zu Deutschland**, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt.“

Dieser Satz ist gut, dieser Satz ist richtig. Er hat den Beifall und die Unterstützung der Sozialdemokraten in Bund und Land gefunden. Aber dieser Satz kommt nicht aus freien Stücken, dieser Satz kommt nicht aus staatsmännischer Einsicht, und er kommt schon gar nicht aus dem Bewußtsein der historischen Schuld unseres Volkes.

(Beifall bei der SPD)

Bundeskanzler Kohl hat dies im Deutschen Bundestag selbst zu erkennen gegeben, als er sagte – ich zitiere –:

„Wir stehen heute vor einer ganz klaren Wahl. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit.“

Sehr wahr, Herr Bundeskanzler!

Die CDU/CSU hat sich im allerletzten Moment in einer entscheidenden Frage korrigiert und ist damit nach über 20 Jahren endlich dem Kurs der Deutschland- und Ostpolitik gefolgt, den Willy Brandt, Egon Bahr und Helmut Schmidt aus Einsicht in die Notwendigkeit eingeschlagen haben. Wie wenig hat davon etwa der CSU-Vorsitzende Waigel begriffen, wenn er im „Bayern-Kurier“ von einem „bitteren Preis für die Einheit“ spricht? Auch der schleswig-holsteinische CDU-Bundestagsabgeordnete Michael von Schmude liegt auf dieser Linie der CSU, wenn er eine Presseerklärung herausgibt, in der es heißt – ich zitiere –:

„Die Verweigerung dieser Forderung würde die Wiedervereinigung aufs Spiel setzen.“

Schließlich: Auch Schleswig-Holsteins CDU-Landesvorsitzender Hennig steht vor dem Scherbenhaufen seiner Ostpolitik, wenn er auf die Frage, warum er der Bundestagsentschließung zugestimmt habe, wörtlich antwortet:

„Weil es sonst bei den Zwei-plus-vier-Gesprächen keine Lösung geben wird, weil die Deutschen sonst in der ganzen weiten Welt völlig isoliert dastehen, weil wir sonst im eigenen Bundestag, in der eigenen Regierung und in der eigenen Fraktion nicht mehrheitsfähig sind. Das ist die bittere Wahrheit.“

„Kieler Nachrichten“, 22. Juni 1990!

(Günter Neugebauer [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Meine Damen und Herren, deutlicher kann man wohl nicht machen, daß die jahrzehntelange reaktionäre Politik des Revanchismus

(Widerspruch bei der CDU)

(Gert Börnsen)

und der rechtlich verbrämten Forderung nach Grenzkorrekturen auf der Basis von 1937 restlos gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD)

Der hilflose Versuch des Herrn Hennig im Zeitungsinterview, seine Abstimmung durch den Satz zu relativieren „Ich würde einem reinen Grenzvertrag nicht zustimmen“, belegt noch einmal – wie ich finde – die Perspektivlosigkeit der christlich-demokratischen Polenpolitik, denn es wird einen völkerrechtlichen Grenzvertrag geben. Die beiden deutschen Parlamente haben dies verbindlich zugesichert. Aber erst dann, wenn die Vertriebenenpolitiker der CDU/CSU auch den moralischen Anspruch der Polen auf gesicherte Grenzen anerkennen, wird sich diese Partei endgültig korrigiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein anderes Thema ist durch die Bonner Nachverhandlungen um den Staatsvertrag in das öffentliche Bewußtsein gerückt – Herr Ministerpräsident Engholm hat vorhin darauf hingewiesen –: das **illegal angeeignete Vermögen** der SED-Nachfolgepartei, der großen Massenorganisationen und der verbündeten Blockparteien. Ministerpräsident Engholm, Ministerpräsident Lafontaine und Oppositionsführer Vogel haben gemeinsam dafür Sorge getragen, daß erste Beschlagnahmen durchgesetzt werden konnten. Ministerpräsident Engholm hat vorhin darüber berichtet.

Im Zuge der deutsch-deutschen Einigung kommt jetzt irgendwann der Tag der Wahrheit, an dem die **CDU unseres Landes** ihr **Verhältnis** zur Blockparteiengeschichte der **DDR-CDU** klären muß.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Wenn Herr Hennig – ich zitiere ihn wörtlich und ohne Auslassung –

(Zuruf von der SPD: Der ist nach Hause gegangen!)

die „ganze DDR-Regierung eine verbrecherische Organisation“ nennt – so „Die Welt“ vom 22. Juni; gemeint ist selbstverständlich die frühere DDR-Regierung –, dann sind doch wohl auch der Stellvertretende Ministerpräsident der CDU und die anderen CDU-Minister dieser Regierung damit gemeint.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU der DDR hat sich – das ist alles dokumentiert – nach dem 17. Juni 1953 ebenso wie nach dem Mauerbau von 1961 hinter die Politik der SED gestellt. Sie hat den Einmarsch der Warschauer Pakttruppen in die Tschechoslowakei 1968 begrüßt und die offizielle Haltung der DDR-Regierung zur Einführung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 unterstützt.

(Zurufe von der CDU)

Sie hat die widerliche Kampagne zur Wehrerziehung in der DDR mitbetrieben und sich offiziell gegen die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ gestellt.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Was wollen Sie eigentlich damit bezwecken? – Zurufe von der SPD)

Diese CDU, meine Damen und Herren, soll nun heute – Ministerpräsident Engholm berichtete darüber – aus ihrer Blockparteienzeit ein Vermögen von 2 bis 3 Milliarden DM angehäuft haben. Eine der anderen Staatsparteien, die Bauernpartei, die sich jetzt mit der CDU zusammenschließen will, soll ebenfalls hoch vermögend sein. Es scheint so, meine Damen und Herren, als wenn sich die westdeutsche CDU in der Vereinigung mit der Ost-CDU finanziell gesundstoßen will.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Eine solche Politik ist heuchlerisch und sollte nicht nur aus hygienischen oder aus moralischen Gründen verurteilt werden, sondern sie sollte auch auf den unterschiedenen Widerstand aller sensiblen Christdemokraten stoßen.

(Beifall bei der SPD)

Nun lese ich beim CDU-Landesvorsitzenden Hennig – es tut mir leid, wenn ich ihn immer wieder zitieren muß, aber er ist derjenige, der sich dazu äußert –,

(Zurufe von der CDU)

daß dieser sich bereits Gedanken gemacht hat über das **Vermögen** der **PDS**. Ich nehme an, daß er diese seine Aussage auch analog angewendet wissen will auf das Vermögen der ehemaligen **Blockpartei** CDU.

(Manfred Sickmann [SPD]: So ist es! – Horst Hager [SPD]: Natürlich!)

Frage der Zeitung „Die Welt“:

Würden Sie es befürworten, die SED-Opfer damit zu entschädigen?“

Antwort Hennig:

„Dies würde ich für außerordentlich richtig halten. Und im übrigen muß man ja die Organisationen alle zusammen sehen. Also auch beispielsweise den FDBG, der ein Vermögen in Höhe von mehreren Milliarden geerbt hat. Dies alles ist dem deutschen Volk gestohlen worden, und dies muß dem deutschen Volk zurückgegeben werden, und zwar für den Zweck, der am dringlichsten ist, nämlich Wiedergutmachung an den Opfern dieses Systems.“

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie können damit anfangen!

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Ihre Rede ist eine ungeheuerliche Entgleisung!)

(Gert Börnsen)

– Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen, ob Sie wollen oder nicht, Herr Füllner.

(Meinhard Füllner [CDU]: Aber nicht in so demagogischer Weise!)

Sie können nicht einfach den Mantel des Vergessens darüber breiten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben in der Tat recht: Sie wollten durch die Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR so tun, als seien alle gewichtigen Fragen gelöst. Erst durch uns sind Sie darauf gestoßen worden, daß Sie an dieser Frage nicht vorbei können. Hier sind Sie dem deutschen Volk in Ost und West eine Antwort schuldig, und mehr als eine Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, am heutigen Dienstag sollen die **Gespräche** über einen **zweiten Staatsvertrag** beginnen, der den Weg frei machen soll für die Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Diesen Weg kann man gehen wollen, aber dann muß man noch vor dem Beitritt der DDR-Länder verbindlich festschreiben, wie die zukünftige gesamtdeutsche Verfassung entstehen und was in ihr enthalten sein soll.

(Manfred Sickmann [SPD]: Jawohl!)

Vom ehemaligen Verfassungsrichter Helmut Simon und von anderen namhaften Verfassungsrechtlern stammt der Vorschlag, einen **gesamtdeutschen Verfassungsrat** einzuberufen. Das Grundgesetz als eine Übergangsverfassung, die niemals vom deutschen Volk beschlossen worden ist, solle abgelöst werden durch eine **neue Verfassung**, erarbeitet von diesem Verfassungsrat, der gleichberechtigt aus Vertretern der DDR-Länder und aus den Vertretern der Länder der Bundesrepublik Deutschland zusammengesetzt sein solle. Und als neue, über das heutige Grundgesetz hinausgehende Forderung wird für die gesamtdeutsche Verfassung unter anderem vorgeschlagen

- die Staatszielbestimmung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen,
- die tatsächliche Gleichstellung der Frauen,
- Formen unmittelbarer Mitbeteiligung des Volkes an der politischen Willensbildung,
- die Konkretisierung des Sozialstaatsgebotes und
- das Verbot der Herstellung, der Aufstellung und der Anwendung von Massenvernichtungswaffen.

Ähnliches hat übrigens auch Konsistorialrat Stolpe

(Heiko Hoffmann [CDU]: Präsident!)

– Konsistorialpräsident Stolpe – in der Rede, die Sie zitiert haben, erklärt. Auf den bezog sich Willy Brandt, als er im Deutschen Bundestag sagte – ich zitiere –:

„Der Gedanke, das überholte und ergänzte Grundgesetz, aus dem dann die Verfassung des geeinten Deutschlands wird, durch das Volk bestätigen zu lassen, verdient aus mehr als optischen Gründen nachhaltige Unterstützung“.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

„Die Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Hochkommissare muß abgelöst werden durch die demokratische Legitimierung einer freien Verfassung durch ein freies Volk. Das Staatsvolk selbst von der Mitwirkung auszuschließen, wäre ein schwerer Geburtsfehler. Im Ausland könnte es auch mißverstanden werden.“

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die größte **Aufgabe der deutschen Einigung**, wenn sie denn Zukunft haben soll, ist der **politische Neuanfang**. Diesen zu bewältigen ist nicht allein Sache der deutschen Bundesregierung oder Sache der DDR-Regierung, dies ist auch nicht allein Sache der DDR-Volkskammer oder des Deutschen Bundestages. Dies ist Sache aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte im Namen der SPD-Fraktion Herrn Ministerpräsident Engholm bei der Erfüllung dieser großen Aufgabe unsere Unterstützung anbieten, und ich möchte gleichzeitig der Landtagspräsidentin Paulina-Mürl für ihr entsprechendes Engagement im Ausschuß für die deutsche Einheit Dank sagen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Für diese Rede müßten Sie sich eigentlich schämen!)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann.

Heiko Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin vorhin unter anderen Voraussetzungen ans Rednerpult gegangen, um der historischen Stunde gerecht zu werden. Herr Kollege Börnsen, Sie haben mit zwei Bemerkungen nicht nur uns tief verletzt, sondern Sie haben auch gezeigt, daß Sie in der Verantwortung, in der wir jetzt stehen, nicht in der Lage sind, anspruchsvoll und differenziert das darzulegen, was in den 40 Jahren in der DDR und bei uns geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie die CDU in der DDR in dieser Art und Weise charakterisieren, dann will ich nicht zurück schlagen; ich sage nur: Wenn wir **1946** an die **Vereinigung von SPD und SED** denken, so gab es da auch viele Sozialdemokraten, die im guten Glauben diese Vereinigung gewünscht haben. Ich würde jetzt nicht in so kurzer Zeit in den gleichen Formen, die Sie

(Heiko Hoffmann)

gewählt haben, diese Diskussion führen wollen, weil sie der Sache nicht gerecht würde.

Die **CDU in der DDR** war für diejenigen, die sich eben nicht kommunistisch oder marxistisch-sozialistisch beruflich betätigen wollten, sondern die als Christen ihre Kirche praktisch noch als ihren Hort ansahen, die einzige Möglichkeit und ihre einzige Chance, als einfache Mitglieder oder auch noch bis hin zu den Ortsvorsitzenden beruflich tätig sein zu können.

Es gibt darüber anspruchsvolle Literatur. Aber jetzt so zu tun, als ob diese Mitglieder alle in Bausch und Bogen die gleiche Verantwortung hätten wie die Führungsschicht oder die maßgeblichen Leute in der DDR, ist nicht nur Geschichtsklitterung, sondern auch eine bewußte Fälschung und Beleidigung der Menschen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

die wie Lothar de Maizière, Kollege Börsen, mit 16 Jahren in die CDU eingetreten sind, wissend, welcher schwierigen Weg sie gehen würden. Er hat darüber auch offen und selbstkritisch gesprochen.

Wenn bei Ihnen auch nur im Ansatz eine Formulierung vorhanden wäre, die der unter einer Diktatur lebenden Bevölkerung gerecht geworden wäre, dann hätte ich gesagt: Das muß man ertragen, wenn ein Kollege einer anderen großen demokratischen Partei hier spricht. Sie haben das nicht getan. Sie haben es wahrscheinlich auch nicht gewollt. Meine Damen und Herren, ich bedaure das außerordentlich, weil das, was der Ministerpräsident in seiner Rede dargelegt hat und was ich versuchte hier vorzutragen, von einem anderen Geist getragen war, wie ich meine.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt! Sie werden den Menschen, die aus den ehemals deutschen Gebieten geflüchtet oder vertrieben worden sind, mit dem, was Sie hier ausgeführt haben, nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ist die Formulierung „bitterer Preis“ so engagiert zu kritisieren? Ist das, was die Menschen empfinden, die dort geboren worden sind –

(Horst Hager [SPD]: Kommen Sie zum Thema!)

– Herr Hager, ich komme zum Thema. Das ist natürlich auch emotional. Das kann man nicht nur kühl mit dem Verstand machen, aus taktischen Gründen hineinschmeißen, sondern das bewegt mich als geborenen Stettiner, der ich sage: Es ist notwendig, daß diese **Grenze** von uns anerkannt wird. Ich stehe auch dazu. Aber es ist natürlich für mich bitter, diese Erfahrung zu machen, weil ich weiß, daß ein Stamm meiner Familie seit Hunderten von Jahren in Pommern gelebt hat, als Deutsche unter Deutschen. Ich wehre mich dagegen, daß man sagt: Es ist moralisch notwendig, daß ihr vertrieben worden seid. Das war ein Unrecht. Das ist gar keine Frage.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Es ist die Folge des von Hitler angezettelten Krieges. Dadurch wird aber das zweite Unrecht nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Börsen, Sie haben den Eindruck erweckt,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das versteht der ganz und gar nicht! Er hat ja kein Herz dafür!)

als wenn die Vertreibung, die Flucht und die Abtretung der Gebiete jetzt moralisch notwendig seien. Vertreibung ist, war und bleibt ein Unrecht. Aber um Frieden und Versöhnung in Europa zu haben, müssen wir diesen Weg gehen. Nur muß man bei der geschichtlichen Wahrheit bleiben. Darum bitte ich. Deshalb war Ihre Rede für uns so verletzend.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Frau Angeordnete Springer.

Ruth Springer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Zwei Bemerkungen vorneweg! Ich habe der Rede von Herrn Börsen sehr aufmerksam zugehört.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir auch!)

Ich habe gehört, daß sich Herr Börsen nicht mit der Moral derjenigen auseinandergesetzt hat, die als einfache Mitglieder in der CDU gearbeitet haben. Ich habe vielmehr gehört, daß sich Herr Börsen mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob es recht ist, daß das **Vermögen**, das die **Ost-CDU** angehäuft hat, dem Volk nicht wieder zurückgegeben wird. Ausschließlich um diesen Punkt hat sich Herr Börsen in seiner Argumentation gekümmert.

(Beifall bei der SPD)

Einen zweiten Punkt habe zumindest ich in der Darstellung ebenfalls, anders wahrgenommen. Herr Börsen hat in seiner Rede die Vertreibung der Deutschen nicht als moralische Notwendigkeit dargestellt. Er hat allerdings auf das moralische Recht der **Polen** verwiesen.

(Bertold Sprenger [CDU]: Ein Eiertanz war das!)

in **gesicherten Grenzen** zu leben, nach 45 Jahren endlich anerkannt zu bekommen, daß diese Grenzen von uns akzeptiert und nicht verändert werden. Das ist etwas ganz anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich gemeldet, weil ich zu der von uns vorgelegten Resolution ein paar Sätze sagen wollte. Wir haben uns in dem ersten Teil unserer Resolution mit einer Würdigung des Ablaufs der Diskussion um den **Staatsvertrag** beschäftigt, mit der Würdigung der Ergebnisse, weil wir der Meinung sind, daß aus diesem sehr unvollkommenen **Ablauf** für die Zukunft und für

(Ruth Springer)

die weiteren Schritte auf dem Weg zur deutschen Einigung Konsequenzen zu ziehen sind und daß wir, daß insbesondere die Bundesregierung aus diesem Ablauf für die Zukunft zu lernen hat.

Der Freude über die Vereinigung Ausdruck verleihen – daran wollen wir uns gerne beteiligen –, mit Pathos über ein einiges Volk reden – daran beteiligen wir uns weniger gern – ist die eine Sache, im Detail kenntnisreich und offen um Lösungen ringen ist die andere, sehr viel schwierigere, aber von uns allen dringend zu leistende Aufgabe. Es ist heute viel an Begründungen dafür vorgetragen worden, warum ein solches Verfahren in Zukunft anders ablaufen muß, warum ein solcher Diskussionsprozeß durchsichtiger sein muß. Ich will diesen Erörterungen einen Aspekt hinzufügen.

Wir sollten uns vergegenwärtigen, daß es nicht darum geht, daß zwei Regierungen miteinander vereinigt werden. Es geht vielmehr darum, daß **Menschen** in einem **zukünftigen Deutschland** miteinander leben sollen. Dann reicht es nicht aus, Herr Hoffmann, die Sorgen und Nöte, die von Menschen vorgetragen werden, als Neid zu diffamieren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist vielmehr unsere Aufgabe, diese Befürchtungen, diese Sorgen, diese Nöte aufzunehmen und durch einen möglichst offenen Diskussionsprozeß, durch die Möglichkeit, an einem solchen Diskussionsprozeß teilzunehmen, die Menschen auf dem Weg zur Einheit ein Stück mitzunehmen. Nicht Kenntnis zu nehmen von den Problemen, auf Vorbehalte nicht zu reagieren löst kein einziges Problem, ist eindeutig nur Augenwischerei.

Für die Zukunft fordern wir eine ebenso sorgfältige wie zügige Planung der staatlichen Einigung. Ich will mich jetzt nicht an der phantasievollen Darstellung der unterschiedlichen Wahltermine beteiligen. Ich will sagen, was aus unserer Sicht Bestandteile eines solchen Verfahrens sein müssen.

Der erste Bestandteil ist, daß aus dem **Zwei-plus-Vier-Prozeß** akzeptable Ergebnisse herauskommen müssen.

Zum zweiten müssen die **inneren Aspekte der Vereinigung** in einem **Vereinigungsvertrag** befriedigend gelöst werden. Das bedeutet aus unserer Sicht mit Nachdruck: Die Errichtung der Länder in der DDR ist unabdingbare Voraussetzung für die nächsten Schritte auf dem Weg zur Einigung.

Über diese notwendigen Schritte sollte es so schnell wie möglich eine Einigung und eine Verständigung geben. Denn nur die Sicherheit über den Ablauf der nächsten Schritte – das haben wir in den letzten Wochen wirklich gelernt – kann Panikreaktionen verhindern, kann allen Seiten genügend Zeit für die notwendige Diskussion geben, kann auch den Menschen in der DDR die Sicherheit geben, diese sinnvollen und notwendigen Schritte in Diskussionen zu begleiten, sie abzuwarten, damit ein ruhiger, vernünftiger Prozeß auf dem Weg zur deutschen Einheit ablaufen kann,

kann verhindern, daß wir immer hinter schon festgelegten, von uns provozierten Entwicklungen herlaufen.

Einen zweiten Punkt will ich ansprechen, den wir in dem zweiten Absatz unserer Resolution behandelt wissen wollen. Ich will das an einem Beispiel tun. Wir möchten gern, daß aus Deutschland mehr wird als die Summe der beiden Teile. Ich will das Thema am Beispiel der Situation der Frauen behandeln.

Die **Interessen der Frauen** sind in dem vorliegenden Staatsvertrag nicht berücksichtigt worden.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Es ist geradezu zynisch, daß der Staatsvertrag lediglich die Formulierung enthält, daß die „Belange der Frauen und Behinderten“ berücksichtigt werden.

Erinnern wir uns an die Anfänge. Frauen waren Trägerinnen der Revolution.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren im Neuen Forum vertreten, sie waren in den Kirchen vertreten, sie waren gleichberechtigte, ja führende Gestalterinnen der revolutionären Bewegung in der DDR.

(Fritz Latendorf [CDU]: Und sind Präsidentin geworden!)

Dann kamen die Parteien, und dann kamen die Parlamente, und die Männer übernahmen die Macht, die Frauen wurden vom Runden an den Katzentisch verbannt und zahlen jetzt die Zeche.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sie ist doch Präsidentin geworden!)

– Ach, Herr Latendorf, ich werde einmal nicht darauf eingehen. Daß Sie Ihre eigene Vorzeigefrau haben, weiß auch ich. Ich freue mich auf die Situation, wenn wir einmal einen Vorzeigemann haben werden.

(Peter Aniol [CDU]: Dann brauchen wir einen Gleichstellungsbeauftragten!)

Ich will an ein paar Punkten deutlich machen, in welchen Bereichen wir bei den zukünftigen Schritten zu einem einigen Deutschland für Frauen entscheidendes erwarten. Da ist der für mich sehr wichtige Punkt: Wir fordern, daß das **Selbstbestimmungsrecht bei Schwangerschaftskonflikten** selbstverständliches Recht für alle Frauen in einem geeinten Deutschland wird.

(Beifall bei der SPD)

Der § 218 darf auch bei einem Beitritt der DDR nach Artikel 23 dem Gebiet der DDR nicht einfach übergestülpt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die Frage der sozialen und arbeitsrechtlichen **Absicherung der Berufstätigkeit von Müttern**. Nun werden sich keine und keiner für

(Ruth Springer)

den Bestand der Kindergärten schlagen, die als Tatsache in der DDR zu besichtigen sind, aber wir wollen uns allerdings für den Erhalt von Kindergärten, wenn sie denn pädagogisch sinnvoll sind, einsetzen. Wir wollen allerdings dafür eintreten, daß die Einrichtungen erhalten bleiben, die den Frauen, die den Müttern eine Berufstätigkeit ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Unter diese Überschrift fallen sicherlich noch eine ganze Menge Punkte. Ich will in Stichworten noch folgendes nennen. Die Übertragung der 470-DM-Arbeitsverhältnisse auf das Gebiet der DDR scheint mir kein vernünftiger Beitrag zu sein, den Frauen in einem Gesamtdeutschland zu ihren Rechten zu verhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt in unserer Resolution beschäftigt sich mit unserer **gemeinsamen Verantwortung**. Auch das will ich kurz an einem Beispiel behandeln. Wir haben in diesem Parlament häufig darüber gestritten, was in Zukunft mit der **Deponie Schönberg** zu geschehen hat. Wir haben häufig gehört, daß unser Einfluß auf die Schließung dieser Deponie gleich null ist, weil die Regierung der DDR dort andere Interessen hatte.

In Zukunft werden wir nicht mehr auf „die da drüben“ verweisen können, wenn wir über Schönberg diskutieren. Wir werden gemeinsam verantwortlich sein. Das heißt, wir werden mit dem Land Mecklenburg/Vorpommern gemeinsam dafür Verantwortung tragen, daß Schönberg nicht weiterhin eine Giftmüllkippe und das Zentrum des internationalen Mülltransports bleibt, sondern daß in Zukunft aus Schönberg eine Hausmülldeponie wird. Unsere großen Reden werden sich an unseren Erfolgen in kleinen, ganz pragmatischen gemeinsamen Schritten messen lassen müssen. Dafür möchte ich gern werben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Landtagspräsidentin.

Lianne Paulina-Mürl, Landtagspräsidentin:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente hat wiederholt darauf hingewiesen, daß eine **Beteiligung der Landesparlamente** am deutschen Einigungsprozeß unverzichtbar ist. Dieses Drängen war insoweit erfolgreich, als inzwischen die Landesparlamente am **Bundestagsausschuß „Deutsche Einheit“** beteiligt sind.

Für die Parlamente mit SPD-Mehrheit ist Schleswig-Holstein mit der Vertretung beauftragt, für die Parlamente mit CDU-Mehrheit ist es der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. Aufgabe dieses Bundestagsausschusses ist es, nicht nur das Ratifizierungsgesetz zum Staatsvertrag zu behandeln, sondern den gesamten deutschen Einigungsprozeß zu begleiten. Gleichwohl muß die damit gegebene Mitwirkungs-

möglichkeit der deutschen Landesparlamente als nicht ausreichend angesehen werden.

Die Präsidentenkonferenz hat deshalb in ihrer Sitzung am 28. Mai 1990 in München den Landtagen die Bildung eines **Gremiums** vorgeschlagen, das sich aus **Vertreterinnen und Vertretern der Landesparlamente**, und zwar gemäß der Stärke im Bundesrat, zusammensetzt und das nach Gründung der DDR-Landesparlamente erweitert werden soll. Dieses Gremium soll sich mit Fragen der Verfassungsänderungen im geeinten Deutschland und der Neubildung der Länder in der DDR befassen. Seine Vorschläge sollen auf allen geeigneten politischen Wegen in den Willensbildungsprozeß der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder eingebracht werden.

Drei Schwerpunkte beschreiben die **politische Struktur dieses Gremiums**:

1. Die Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Parlamente müssen zumindest in der Weise institutionalisiert werden, daß eine abgesicherte politische Legitimation, die vor allem auch die jeweiligen **Oppositionsfaktionen** berücksichtigt, hergestellt wird.
2. Es kann nicht angehen, daß die Landesparlamente sozusagen am Ende fertiggemachte und schon beschlossene Tatbestände vorgesetzt bekommen.

(Beifall bei der SPD)

„Vereinigung im freien Fall?“ – so die skeptische Überschrift eines Leitartikels der „Zeit“. Diese Frage beschreibt treffend das hohe Tempo der Vereinigung, unter dem die Mitwirkung der Landesparlamente in besonderer Weise ins Abseits geriet.

Deshalb stelle ich noch einmal fest, daß der Herr Ministerpräsident völlig recht hat, wenn er die stärkere **Einbeziehung der Länder** unter Hinweis auf den **föderativen Staatsaufbau** deutlich anmahnt. Dabei ist vor einem ausschließlich exekutiven Föderalismus zu warnen: denn die Vereinigung in politisch geordneten Bahnen verlangt einen sichtbaren und deshalb glaubwürdigen Beteiligungsföderalismus, und das bedeutet die Beteiligung der Landesparlamente.

Die Vorschläge für die personelle Zusammensetzung des Gremiums zeigen, daß sich die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages der – ich möchte es einmal so nennen – neuen deutschen Frage bewußt sind. Insbesondere begrüße ich die Teilnahme des Vertreters des SSW, Karl Otto Meyer. Schleswig-Holstein ist mit seiner Minderheitenpolitik Vorbild für die ganze Bundesrepublik. Diesen politischen Vorteil werden wir in die Diskussion einbringen können.

3. Die Länder, ihre Regierungen und ihre Parlamente, können eigentlich am besten beurteilen, was der **DDR**, die in einem **vereinten Deutschland** nur noch in Gestalt ihrer **Länder** präsent sein wird, nützt oder schadet. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, daß es die Landesparlamente waren, die 1948 immerhin den Parlamentarischen Rat gebildet haben. Vor diesem historischen Hintergrund muß gefragt werden, ob es nicht auch zu den ureigensten

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

Aufgaben der Landesparlamente gehört, diese Verfassungsdiskussion zu führen, und ob nicht den künftigen Ländern im Bereich der DDR dieses Recht in gleicher Weise zusteht. Darüber hinaus ist zu fragen, ob nicht der weitere Vereinigungsprozeß in Ablauf und Inhalt durch diese beiden genannten Gründe bestimmt werden muß.

Die Einbindung erhält vor allem auch dadurch politische Bedeutung, daß die meisten **Landtage** eine **aktive Nachbarschaftshilfe** für die Länder der DDR leisten. Ich erinnere hier an die von Seiten der DDR äußerst positiv bewertete Beratungsfunktion, die der Schleswig-Holsteinische Landtag mit drei Schwerpunktbereichen übernommen hat, nämlich der Unterstützung bei dem Entwurf einer Landes- und Kommunalverfassung für Mecklenburg/Vorpommern, bei der Hilfestellung beim Aufbau einer Parlamentsverwaltung und bei der politischen Bildung für Mandats- und Funktionsträger.

Für diese Tätigkeit benötigen die Landtage die Einbindung in den bundesweiten Beratungs- und Informationsprozeß.

Der Landtag von Schleswig-Holstein erhält mit der Entsendung von Abgeordneten in das länderübergreifende Gremium für Fragen der Deutschen Einheit die Möglichkeit, am Vereinigungsprozeß mitzuwirken, und zwar einerseits mit einer bundesweiten Orientierung, das heißt in Richtung auf den Bundestagsausschuß „Deutsche Einheit“, andererseits entsteht eine landespolitische Orientierung in Richtung auf die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg/Vorpommern.

Meine Herren und Damen, wir sind heute auf dem Weg zu einer Neuordnung unseres demokratischen Gemeinwesens. Es besteht die faszinierende Chance, daß sich in diesen Tagen politische Visionen erfüllen. Wenn dies so ist, müssen wir der Zustimmung der Menschen in unserem Land und in den beiden deutschen Staaten gewiß sein. Wir müssen ihnen deshalb die Möglichkeit geben, sich zu dem gemeinsamen deutschen Staat und seiner Verfassungsordnung zu bekennen.

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer, SSW, Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile jetzt dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort. – Ich weise darauf hin, daß die verabredeten Redezeiten fast abgelaufen sind.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Es handelt sich auch nur um zwei kurze Bemerkungen, wenn Sie gestatten.

Ich glaube, daß der Streit, Herr Kollege Hoffmann, um die **Rolle der CDU** von Ihnen nicht überdramatisiert

werden sollte. Daß man die Parteigeschichte aufarbeiten muß, insbesondere dann, wenn eine Partei wie gegenwärtig Ihre Partei Regierungsverantwortung trägt, die sie auch vorher schon in einer ganz anderen Zeit getragen hat, ist selbstverständlich. Ich glaube, man geht einem solchen Konflikt dann am besten aus dem Weg, wenn man zuerkennt, daß an eine solche Partei wie die alte CDU in der DDR höhere Ansprüche an neue Vorbildlichkeit und finanzielle Wiedergutmachung gestellt werden als sonst üblich.

(Beifall von Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Heiko Hoffmann [CDU])

Das könnten Sie unter Beweis stellen.

Zum zweiten: Sie haben ja auch ganz kräftig zugelangt bei der Frage der **nationalen Tauglichkeit der Sozialdemokratie**.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Dazu würde ich auch ganz gern eine Bemerkung machen. Vielleicht ist es nicht allen bei den Christdemokraten bewußt, daß im Namen etwa des Wilhelminischen und Bismarckschen Nationalstaates – im Namen und seitens – zehntausende und hunderttausende Sozialdemokraten verfolgt und aus dem Land ausgestoßen und zu vaterlandslosen Gesellen gemacht worden sind. Es ist ganz gewiß nicht vergeßbar, daß im Namen des Dritten Reiches dieselben Menschen in derselben Denkungsart mit anderen verfolgt, verfemt, getötet worden sind; nicht von Ihresgleichen, sondern immer von sehr weit rechts stehenden Nationalisten.

Daß dies zur Skepsis führt, wenn die einstmalig fortschrittlich bürgerliche Idee, mit der der Feudalismus beseitigt werden sollte, so diffamiert worden ist, daß sie geschichtlich in bestimmten Perioden zum Machtinstrument verkommen mußte, in einer Partei, die immer hauptsächlich davon betroffen war, das darf man einer solchen Partei nicht zum Vorwurf machen. Man sollte eher die Frage stellen: Wer hat dem Gedanken der Nation und des Nationalstaates eigentlich mehr geschadet – die, die das damals betrieben haben, oder die, die heute skeptisch sind?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Heiko Hoffmann [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse zunächst über den Antrag Drucksache 12/898 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

– Es geht um das Gremium. –

(Heiterkeit)

Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/904, abstimmen. Wer diesem Antrag

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit den Stimmen der SPD ist dieser Antrag angenommen worden.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/906, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Bericht zur Lage der freien Berufe in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 12/894

Wird das Wort zur Begründung erbeten? – Das Wort hat die Frau Abgeordnete Alfken.

Marliese Alfken [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer sehr intensiven Diskussion, die weit über das Land Schleswig-Holstein hinausgegangen ist, wenden wir uns mit unserem Antrag hier einer Problematik innerhalb Schleswig-Holsteins zu: freie Berufe.

Meine Damen und Herren, wer von Ihnen hätte geahnt, was sich dahinter alles verbirgt, wenn ich Ihnen sage, daß das von den Artisten bis zu den Lotsen, von den Hebammen, Masseuren und Heilpraktikern bis hin zu den Berufssportlern und Musikern geht? Die freien Berufe umfassen die Ärzte und zahlreiche nichtärztliche Heilberufe sowie die wirtschaftsnahen Unternehmen und Steuerberatungsfirmen, Wirtschaftsprüfer, Anwälte unterschiedlicher Art, Architekten und Prüfingenieure, freischaffende Künstler und Publizisten – um nur einige Gruppen zu nennen.

Alle sie bieten dem Bürger, aber auch der Wirtschaft **Dienstleistungen** in Gestalt von Hilfe durch Beratung und Betreuung an sowie Vertretung in wirtschaftlichen, rechtlichen, medizinischen und kulturellen Fragen nach dem Prinzip des Wettbewerbs und damit der freien Wahl des Dienstleistungsangebots.

Ihre besonderen Wesensmerkmale sind gekennzeichnet durch berufliche Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit.

Die freien Berufe haben von jeher für Staat und Gesellschaft große Bedeutung. Sie waren und sind auch für Schleswig-Holstein ein wichtiger **Wirtschaftsfaktor**. Bundesweit stieg die Zahl der selbständigen Freiberufler von rund 290 000 im Jahr 1979 auf etwa 400 000 in 1988. Für Schleswig-Holstein wurde die Zahl 1980 – wohlgemerkt, vor zehn Jahren – mit etwa 15 000 angegeben.

Vier Gründe sprechen für die Notwendigkeit eines Berichts der Landesregierung über die Lage der freien Berufe. Diese sind:

1. Es ist mehr als acht Jahre her, daß diesem Hohen Haus am 22. Januar 1982 der letzte Bericht in Beantwortung einer Großen Anfrage vorgelegt wurde. Das

heißt, wir müssen davon ausgehen, daß die Datenbasis etwa zehn Jahre alt ist, also reichlich veraltet ist.

2. Die Volkszählung hat neues statistisches Datenmaterial erbracht, das Grundlage für einen neuen Bericht sein kann.

3. Die Verwirklichung des **EG-Binnenmarktes** 1993, also in knapp zweieinhalb Jahren, ist eine große Herausforderung für die Wirtschaft. Sie bringt Chancen und Risiken auch für die freien Berufe durch Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, durch die Herausforderung eines nicht nur europäischen, sondern auch internationalen Wettbewerbs. So ist zu erwarten, daß sich Freiberufler aus anderen EG-Ländern vermehrt bei uns niederlassen werden. Daneben ist zu beobachten, daß internationale Dienstleistungsanbieter gerade bei den Beratungsdiensten vermehrt als Konkurrenten der freien Berufe auftreten.

4. Wir sehen das **deutsch-deutsche Zusammenwachsen**, dessen Entwicklung die wirtschafts- und rechtsberatenden und die technischen Berufe wirksam unterstützen können. Dies gilt insbesondere für die nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg/Vorpommern.

Die wachsende Komplexität unserer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Situation und die zunehmende **Verrechtlichung** aller Lebensbereiche führt zu einer expandierenden Nachfrage nach **Beratung**, Betreuung, Vertretung, aber damit auch zu einer Tendenz stärkerer Spezialisierung der Anbieter. Dies erfordert nicht nur die Bewältigung einer wachsenden Fülle von Informationen, sondern auch eine ständige **Anpassungsbereitschaft** an die Veränderungen, also eine ständige Weiterentwicklung einmal erworbener Qualifikationen. Stillstand würde hier zum Rückschritt und zum Verlust von Wettbewerbsfähigkeit führen.

1980 – so der Bericht von 1982 – absolvierte fast jede/jeder zwölfte Auszubildende in Schleswig-Holstein ihre/seine Ausbildung in der Praxis eines Freiberuflers. Dabei überwogen Arzt- und Zahnarzthelferinnen, gefolgt von der Rechtsanwalts- und Notarsgehilfin. Die demographische Entwicklung mit zurückgehenden Entlaßschülerzahlen und die ständig wachsende Qualifikationsanforderung werfen die Frage nach einer zukunftsorientierten Berufsausbildung auf.

Daneben erhoffen wir außerdem Aussagen über die künftige Nachwuchssituation der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen und -absolventinnen und ihre Berufsaussichten in den freien Berufen, einschließlich der Aktivitäten der Freiberufler hinsichtlich der Fort- und Weiterbildung.

Angesichts der Expansion des Dienstleistungssektors, der zunehmenden Aufgaben und der sich verändernden Funktion der freien Berufe ist die wirtschaftliche Entwicklung der freien Berufe eng mit der **Nachwuchsfrage** verzahnt.

Meine Damen und Herren, ich will dies im einzelnen nicht weiter ausführen. Unser Antrag führt ja die ein-

(Marliese Alfken)

zelen Punkte auf, die wir gern behandelt wissen möchten. Angesichts der Dynamik der Entwicklung halten wir eine Bestandsaufnahme für erforderlich, um Strukturveränderungen und Entwicklungstendenzen als Herausforderung an eine Wirtschaftspolitik unter veränderten Bedingungen sicherer einschätzen zu können.

Wir bitten um Ihre Zustimmung zu diesem Berichtsantrag. Er wird nicht nur in diesem Parlament große Aufmerksamkeit finden. Großes Interesse der freien Berufe, ihrer Kammern und Verbände ist ihm ebenso sicher.

Meine Damen und Herren, mir ist von Seiten der CDU-Fraktion signalisiert worden, daß Bereitschaft besteht, diesem Antrag zuzustimmen, ihn allerdings noch um einige Punkte zu ergänzen. Es ist die Bitte geäußert worden, ihn daher an den Ausschuß zu überweisen. Ich empfehle diesen Verfahrensweg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dieter Claußen.

Dieter Claußen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema der freien Berufe liegt in der Luft, wenn man das so sagen darf, und war demzufolge prädestiniert für eine Beratung auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Günter Neugebauer [SPD]: In der Luft liegen nur Schadstoffe! – Frauke Walhorn [SPD]: Und was für welche!)

In der Tat ist seit der Landtagsdebatte Anfang 1982, als die Landesregierung die Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P.- und der CDU-Fraktion zu diesem Thema vorlegte, viel Zeit vergangen, in der sich die Ausgangslage für die Angehörigen der freien Berufe geändert hat, wie Sie, Frau Kollegin Alfken, richtig und ausführlich dargestellt haben.

In diese Zeit fällt das Vorhaben dieser Landesregierung, die freien Berufe von den **Förderungsmöglichkeiten** im Rahmen des MiTI-Programms auszuschließen, während die freien Berufe im angeblich ja so schlechten Mittelstandsstrukturprogramm unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden konnten.

Demgegenüber hat die CDU-Fraktion in ihren Leitlinien einer zukunftsorientierten Mittelstandsförderungspolitik vom 10. März 1989 die Einbeziehung der für die Wirtschaft tätigen freien Berufe in die Mittelstandsförderung der Landesregierung gefordert. Nachdem auch der Landesverband der freien Berufe protestierte, hat die Landesregierung diese Schlechterstellung der freien Berufe Gott sei Dank nicht realisiert.

Auch im Deutschen Bundestag war die Lage der freien Berufe erst in jüngster Vergangenheit Gegenstand einer Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU

und der F.D.P. Die Antwort der Bundesregierung hat bei der SPD-Landtagsfraktion übrigens soviel Zustimmung gefunden, daß sie den ersten Halbsatz ihrer Begründung für den vorliegenden Berichtsantrag wortwörtlich von der Bundesregierung übernommen hat. Ich verweise auf die Bundestagsdrucksache 11/6985 vom 25. April dieses Jahres.

Auch bei der Veranstaltung des Landesverbandes der freien Berufe am 29. Mai, die bereits angesprochen wurde, wurde uns bestätigt, daß es den Angehörigen der freien Berufe in Zukunft nicht anders gehen wird als anderen Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen: Mit der Vollendung des **EG-Binnenmarktes** und mit der **deutschen Einigung** kommen auf der einen Seite Chancen, auf der anderen Seite aber auch Risiken auf diesen Berufsstand zu.

Im Ergebnis teilt die CDU-Landtagsfraktion die Auffassung, daß die Lage der freien Berufe in Schleswig-Holstein einer aktualisierten Bestandsaufnahme bedarf. Deshalb findet der Berichtsantrag der SPD-Fraktion zwar grundsätzlich unsere Zustimmung, jedoch scheinen uns die von der SPD vorgesehenen Fragen ergänzungsbedürftig. Deshalb beantragen wir die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß, um den Fragenkatalog vervollständigen zu können, wie mit Frau Kollegin Alfken abgesprochen. Herzlichen Dank dafür, Frau Kollegin!

Die aus unserer Sicht zu ergänzenden Fragen sind zum Beispiel: Wie hat sich die Zahl der Angehörigen der freien Berufe in Schleswig-Holstein – nach Berufsgruppen gegliedert – seit 1980 entwickelt? Was hat die Landesregierung seit Übernahme der Regierungsverantwortung zur Sicherung leistungsfähiger selbständiger Existenzen im freiberuflichen Mittelstand unternommen? Worin bestehen die Unterschiede zwischen der Förderung der freien Berufe im früheren MSP und im heutigen MiTI-Programm? Welche strukturellen Unterschiede in der Situation der Angehörigen der freien Berufe bestehen zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesdurchschnitt? Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, öffentliche Dienstleistungen des Landes und der Kommunen auf die freien Berufe zu verlagern?

(Günter Neugebauer [SPD]: Nr. 15 unseres Antrages!)

Welche dieser Möglichkeiten hat die Landesregierung realisiert? Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang die von ihr vorgenommene Kürzung der Mittel für Werkverträge, Herr Kollege Neugebauer? Ist das Nebentätigkeitsbegrenzungs-gesetz für die Leistungserbringung durch öffentliche Bedienstete im Tätigkeitsbereich der freien Berufe aus der Sicht der Landesregierung ausreichend? Wir hat sich die Zahl der Genehmigungen für Nebentätigkeiten – nach Behörden gegliedert – in Schleswig-Holstein nach 1980 entwickelt?

Meine Damen und Herren, insgesamt sehen wir dem Bericht der Landesregierung mit Interesse entgegen, um dann feststellen zu können, inwieweit auch auf

(Dieter Claußen)

diesem wichtigen Feld der Wirtschaftspolitik die Landesregierung Auffassungen vertritt, die von denen der CDU auf Bundes- und auf Landesebene abweichen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Dr. Froschmaier.

Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Bedeutung der freien Berufe in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein begrüßt die Landesregierung den Berichtsantrag. Freie Berufe erfüllen unverzichtbare Funktionen für Wirtschaft und Gesellschaft. Die **Selbständigen** im Bereich der freien Berufe, alles Mittelständler, haben durch ihren Einsatz wesentlich zum Aufbau einer stabilen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik beigetragen. Als **Wirtschaftsfaktor** haben die freien Berufe eine ständig wachsende Bedeutung. Die rund 400 000 selbständigen Frauen und Männer in freien Berufen stellen mehr als 15 % aller Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland. In Büros, in Praxen, in Kanzleien, in Ateliers der freien Berufe sind gegenwärtig rund 1,3 Millionen Menschen beschäftigt. Rund 130 000 junge Menschen erhalten hier eine Berufsausbildung.

Die freien Berufe erwirtschaften rund 5 % des Brutto-sozialproduktes. Ihr Beitrag zum Steueraufkommen liegt mit rund 7 % noch darüber.

Es gibt – Sie wissen das – eine breite Palette von freien Berufen mit zum Teil sehr individuellen und sehr unkonventionellen Bereichen. Sie umfaßt die Heilberufe, die rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe, die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe, die pädagogischen und übersetzenden Berufe sowie die publizistischen und künstlerischen Berufe.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich seit 1988 in vielen Bereichen für die Belange der freien Berufe eingesetzt. Ich nenne hier beispielhaft die Einbeziehung freiberuflicher Sachverständiger in die freiwillige Kfz-Überwachung und die Getränke-Schankanlagen-Verordnung. Die entsprechenden Verordnungen wurden mit der Stimme Schleswig-Holsteins im Bundesrat verabschiedet.

Wirtschaftsnahe freie Berufe wurden in die **Wirtschaftsförderungsprogramme**, insbesondere in das MiTI überall dort einbezogen, wo freie Berufe beteiligt sein können – anders als bei den meisten übrigen Bundesprogrammen. Ich verwahre mich dagegen, daß Herr Claußen hier behauptet, es sei ursprünglich nicht vorgesehen gewesen, die freien Berufe im MiTI-Programm mit vorzusehen. Herr Claußen, das ist schlichtweg falsch. Wenn Sie das nicht glauben können, können wir es Ihnen anhand der Aktenlage beweisen. Wir haben von Anfang an bei MiTI mit den wirtschaftsnahen freien Berufen gesprochen.

Die im Berichtsantrag erwähnte Große Anfrage von 1982 läßt sich hoffentlich anhand der Ergebnisse der Volkszählung von 1987 mit aussagefähigen Zahlen aktualisieren. Schon jetzt ist allerdings erkennbar, daß einige statistische Ergebnisse erst mit einer Zeitverzögerung von zwei bis vier Jahren vorliegen beziehungsweise Schätzungen erforderlich werden. Ich darf das hier gleich sagen.

Es ist zu Recht gesagt worden, der **europäische Binnenmarkt** stelle die freien Berufe vor große Herausforderungen. Sie werden von Veränderungen stark betroffen werden. Die Rahmenbedingungen freiberuflicher Tätigkeit in der Bundesrepublik weisen auf der einen Seite eine Reihe von Besonderheiten auf, deren Wegfall im Zuge einer Harmonisierung die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der freien Berufe beeinträchtigen könnte. Auf der anderen Seite – auch das muß gesehen werden – erhalten die freien Berufe sehr viel größere Chancen als bisher.

Der Bericht wird auch auf die Problematik des Standrechts und der Bildung von Partnerschaften eingehen.

Ich möchte zwei Worte zur DDR sagen.

Das Wiederentstehen von freiberuflichen Strukturen in der DDR ist in Zukunft von großer Bedeutung, denn zwischen freiheitlicher Ordnung und freien Berufen besteht ein sehr enger Zusammenhang. In der DDR gab es bis Anfang des Jahres nur rund 400 Ärzte, 600 Rechtsanwälte und kaum einen Steuerberater. Für diese freien Berufe, insbesondere für die wirtschafts- und rechtsberatenden freien Berufe, bietet natürlich eine Betätigung in der DDR große Aussichten. Die Bewältigung der Umstrukturierung der Wirtschaft in der DDR ist in den nächsten Wochen entscheidend davon abhängig, daß den Betrieben genügend qualifizierte Berater zur Verfügung stehen. Zunächst einmal gilt, bei der Erstellung der Eröffnungsbilanzen auf DM-Basis zu helfen.

Die freien Berufe bei uns sind sich ihrer Verantwortung für die Entwicklung offensichtlich sehr bewußt, und sie haben von Beginn der neuen Verhältnisse in der DDR an Hilfestellung geleistet – in vielen Fällen ein ganz selbstloser Einsatz. Ich darf hier dafür gleich meinen ganz besonderen Dank dafür aussprechen.

Angesichts der Bedeutung der freien Berufe und der sich verändernden Rahmenbedingungen ist die Landesregierung – wie gesagt – gern bereit, den Bericht zu erstellen. Hierzu bedarf es auf Grund der Vielfalt der freien Berufe koordinierender Vorbereitungen, in die wir die Verbände der freien Berufe von Anfang an einbeziehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist, soweit ich das sehe, nur Ausschußüberweisung beantragt, und zwar ist beantragt worden, den Antrag an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer dem

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Bericht zur Ausstattung und Arbeit bestehender und neuer Gesamtschulen im Vergleich zum gegliederten Schulwesen

Landtagsbeschluß vom 16. Januar 1990

Drucksache 12/602

Bericht der Landesregierung

Drucksache 12/900

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Tidick.

Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich möchte den Bericht über die Ausstattung und Arbeit bestehender und neuer Gesamtschulen im Vergleich zum gegliederten Schulwesen mit Vorbemerkungen zu drei Bereichen einbringen, nämlich zu bildungspolitischen Fragen im allgemeinen – wenn man vergleicht, muß man auch wissen, was man vergleicht –, zur Gesamtschule im besonderen und zum Bericht selbst.

Erstens. Ich bin jetzt knapp vier Wochen im Amt und finde bestätigt, was ich vorher mehr aus der Distanz der Dinge wahrgenommen habe: Die **Bildungspolitik**, und das heißt verkürzt fast immer die Schulpolitik, bewegt die Bürger emotional ungeheuer, die Debatten werden engagiert geführt. Das ist erklärlich. Es gibt nur wenige Familien, die nicht in irgendeiner Weise von Schule berührt oder betroffen sind.

Bildungspolitik ist schließlich auch der Bereich, in dem die Länder noch immer den größten Gestaltungsspielraum haben, der Bereich, in dem selbst die Entwicklung eines breiten und vielfältigen Angebots, wie es in Schleswig-Holstein geschieht, argwöhnisch beobachtet wird.

Gerade im Bereich der Bildungspolitik werden die Gesetze des Marktes, nämlich **Wettbewerb**, gerade von den Anhängern der sozialen Marktwirtschaft ignoriert, verteufelt, werden immer noch Kartelle gehätschelt – jedenfalls sieht es in Schleswig-Holstein manchmal so aus. Wie im Zeitalter der Kreuzzüge wird im Stile eines Glaubenskrieges immer noch um Schulformen gestritten, statt den Wettbewerb tolerant zuzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Daß man noch heute, wo bereits in Nordrhein-Westfalen CDU-geführte Kommunen Gesamtschulen gründen, aus dem Kreis Steinburg hört „Steinburg bleibt gesamtschulfrei“, läßt Zweifel aufkommen, ob die CDU den Anschluß an die achtziger Jahre erreicht hat und ob sie sich dem **Wettbewerb der Bildungssysteme** überhaupt stellen will.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mit der Vorlage des Berichtes über die Ausstattung der Schulen verschiedener Schularten zu einem sachlichen Vergleich beitragen und damit zur Versachlichung der Debatte, möchte deutlich machen, daß Wettbewerb auch im Bildungswesen ein sinnvolles Mittel ist und Kindern wie Eltern nützt – Lehrern und Lehrerinnen übrigens auch.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Politikern auch!)

Ich betone daher vorweg: Es ist die Absicht der Landesregierung, das gesamte Schulwesen Schleswig-Holsteins weiterzuentwickeln. Es ist nicht geplant – man muß es offensichtlich immer wieder wiederholen –, eine Schulart an die Stelle aller anderen Schularten zu setzen.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Das steht aber in Ihrem Grundsatzprogramm, in Berlin beschlossen!)

– Wir reden von Schleswig-Holstein. Bildungspolitik ist der Bereich der **Eigenstaatlichkeit** der Länder, und wir reden über das, was wir hier in Schleswig-Holstein endlich tun müssen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Das steht auch in Ihrem Programm!)

Das wichtigste in der Bildungspolitik ist zunächst einmal das Kind. Das wichtigste in der Schulpolitik ist die einzelne Schule, und ihrer Arbeit gilt mein Hauptaugenmerk. Die Schule soll so autonom wie möglich arbeiten; daher wurde der **Entscheidungsspielraum der Schulkonferenz** ausgeweitet. Schule muß demokratisch verfaßt sein. Daher werden Schulvertretungen und Elternvertretungen stärker als bisher Schule mitgestalten. Das gilt für alle Schulen. Der Charakter der einzelnen Schule wird unverwechselbarer als bisher sein: Die Vielfalt der Organisationsformen der einzelnen Schulen wird wachsen und nicht geringer werden. Auch das gehört zum Wettbewerb!

Die Einheitsschule – das sage ich jetzt ausdrücklich den Damen und Herren von der CDU – ist durchaus nicht bildungspolitisches Ziel der Landesregierung. Das bezieht sich auf den Typus Hauptschule, Realschule, Gymnasium genauso wie auf den Typus Gesamtschule. Die §§ 7 bis 22 des Schulgesetzes sind da übrigens einschlägig und sehr informativ.

Wichtig für alle Schulen ist die **innere Schulreform**, die Entwicklung zeitgemäßer Curricula und Themen, Umwelterziehung, Medienerziehung, informations- und kommunikationstechnische Grundbildung. Zeitgemäße Arbeitsweisen gilt es in allen Schulen anzuwenden: lernziendifferenzierter Unterricht, Kleingruppenarbeit, Projektarbeit. Deswegen weiten wir in allen Schulformen das Prinzip des offenen Unterrichts aus. Daher wird zum Beispiel auch das Angebot an freiwilligen zehnten Hauptschulklassen mit dem hohen Anteil an fächerübergreifender Arbeit ausgebaut.

Daher wird im Bereich der neugeordneten Ausbildungsberufe Metall, Elektro und Büro der schüleraktive integrative Ansatz verstärkt, nach dem System des

(Ministerin Marianne Tidick)

Lernbüros und der Werkstattlabors. Darum wird auch die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen der Berufsausbildung vorangetrieben.

Zweitens. Das Erfordernis der inneren Schulreform gilt selbstverständlich auch für Gesamtschulen. Wichtige Anstöße für die **innere Schulreform** – und auch das ist eindeutig – kommen aus der **Gesamtschule**, das Prinzip der Binnendifferenzierung zum Beispiel, das Kernkurs-System und der Team-Kleingruppenunterricht. Diese guten pädagogischen Entwicklungen sollen allen Schulen zugute kommen und sich dann im Wettstreit der Schulen und der Schularten durchsetzen.

Das gesamte Schulangebot unterliegt schließlich dem **Wettbewerb**. Zunächst einmal hat sich das staatliche Schulwesen insgesamt den Anregungen und der Konkurrenz der Schulen in freier Trägerschaft zu stellen. Und schließlich haben sich Gymnasium, Hauptschule und Realschule dem Wettbewerb der Schulformen und damit auch der Konkurrenz der Gesamtschule zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Der weitaus überwiegende Teil der Schulen Europas sind längst **Gesamtschulen**. Überall in Europa gehen Kinder längst länger gemeinsam in die Schule, wird die Laufbahnentscheidung so spät wie möglich getroffen. In der Bundesrepublik gehören Gesamtschulen zur Normalität, sind fester Bestandteil der Schulstruktur mit wenigen Ausnahmen – Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz –, und in Schleswig-Holstein wird es entwickelt.

Bei einem Schüleranteil von rund 1 % – 1 1/2 % mit den neuen Anmeldungen für Gesamtschulen – liegen wir im Vergleich der bundesrepublikanischen Daten – Hamburg 27 %, Hessen 18 %, Nordrhein Westfalen 8 %, Saarland 7 % – an einem durchaus noch entwicklungsfähigen Tiefpunkt.

(Beifall bei der SPD)

Daß sich hier schnell etwas ändern kann, zeigen die **Anmeldezahlen** in Schleswig-Holstein. Sie sprechen eine deutliche Sprache. Mehr als jede vierte Schülerin, mehr als jeder vierte Schüler konnten den Wunsch auf Besuch einer Gesamtschule nicht realisieren, jeder Anmeldung für den Besuch einer Hauptschule, einer Realschule oder eines Gymnasiums hingegen wurde entsprochen. Dies ist noch nicht die Chancengleichheit, die ich mir für Schleswig-Holstein vorstelle!

(Beifall bei der SPD)

Die große Zahl der Gesamtschulinitiativen – und das sind gegenwärtig rund 25 – und die zahlreichen Initiativen bei Schulträgern lassen eine kräftige Zunahme der Nachfrage in diesem Lande erwarten. Das ist auch Wettbewerb.

In der Verantwortung für unsere Kinder sind wir alle gut beraten, die Gesamtschulentwicklung positiv mitzugestalten, wohnortnahe Angebote zu ermöglichen,

Gesamtschulkonzepte mitzutragen und Unterrichtsinhalte mitzudiskutieren, statt in ermüdenden Vergleichsanalysen Energien zu verschleifen und uns dabei immer säuberlich an den schulischen Erwartungen von Eltern und Kindern vorbeizumogeln.

(Beifall bei der SPD)

Denn: Wie reagiert das dreigliedrige Schulsystem mit seiner frühzeitigen Festlegung auf erreichbare **Abschlüsse** auf die Tatsache, daß nur bei zirka 50 % der Schülerinnen und Schüler der Schulabschluß der Gutachtenprognose entspricht, während knapp 40 % der Abiturienten an Gesamtschulen ursprünglich eine Realschulempfehlung und über 10 % eine Hauptschulempfehlung hatten?

Während der Dauer der Versuchsphase der vier Gesamtschulen der ersten Generation haben Untersuchungen durch umfangreiche Testverfahren erwiesen, daß Gesamtschüler den im gegliederten Schulwesen geforderten Leistungen durchaus zu entsprechen vermögen, und es wurde dabei nicht versäumt, die Vergleichbarkeit der kognitiven Leistungen am Ergebnis der Gymnasien zu messen.

Das **Schulversagen** an Gesamtschulen ist mit einer Quote von nur 0,1 % deutlich geringer als an den Schulen des gegliederten Systems, an dem in Schleswig-Holstein übrigens immer noch knapp 10 % der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Abschluß verlassen. Und jedes Prozent ist ein Prozent zuviel, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch die Tatsache, daß an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien jeweils rund 5 % der Kinder ein Schuljahr wiederholen müssen – ein ungeheurer psychischer und auch wirtschaftlicher Verschleiß –, während die **Wiederholerquote** an Gesamtschulen mit knapp 2 % deutlich niedriger liegt. Gleiche Leistungen?

(Beifall bei der SPD)

Angesichts solcher Ergebnisse verliert die Diskussion an Sachlichkeit, wenn zur Erklärung der Erfolgsquote mit dem angeblich niedrigeren **Niveau** der Leistungsanforderungen der Gesamtschulen argumentiert wird. Nimmt man dann noch zur Kenntnis, daß das vermeintlich niedrigere Niveau mit dem Erreichen besserer Noten an Gesamtschulen begründet wird, muß die Frage gestellt werden, ob das Erreichen schlechterer Zensuren von Ihnen mit besserer pädagogischer Arbeit gleichgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich haben Sie jedenfalls den von Ihnen selbst in Auftrag gegebenen **Begleituntersuchungen** keinen Glauben geschenkt, und das ist bedauerlich. Im übrigen werben im Moment im Wettbewerb der Gymnasien untereinander und der Gymnasien mit Gesamtschulen die Gymnasien damit, daß bei ihnen auch die Schüler und Schülerinnen mit Hauptschul- und Real-

(Ministerin Marianne Tidick)

schulempfehlungen hohe Erfolgsraten haben und es bis zum Abitur bringen. Hier spricht die CDU nicht von fahrlässiger Niveausenkung, sondern von Förderungserfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich denke, wir sollten an dieser Stelle etwas anderes einmal sehr sorgfältig untersuchen und ohne Polemik überlegen, ob nicht die Kriterien, die diesen Schullaufbahnprognosen zugrunde liegen, total falsch sind. Hier gemeinsam nachzudenken, meine Damen und Herren, wäre vielleicht für die Schulentwicklung hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Honoriert wird an den Gesamtschulen die enge **Zusammenarbeit** zwischen Eltern und Lehrern, die vor allem darin besteht, pädagogische Maßnahmen und schullaufbahnrelevante Entscheidungen transparent zu machen. Dieses Offenlegen, dieses Begründen von Entscheidungen und schulischen Maßnahmen baut Angst ab, bei Eltern und bei Schülern und Schülerinnen; es kostet auch Zeit, aber die Schulunlust ist geringer, der persönliche Bezug zur Schule wird größer.

Die Attraktivität dieser Schulart wird sich an der Akzeptanz der Eltern messen lassen. Der **Elternwille** und der Zuspruch, den Schularten durch Schülerinnen und Schüler erfahren, ist für mich aber auch bestimmender Anlaß, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Sonderschulen und Berufsschulen im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten auszustatten und weiterzuentwickeln.

Drittens. Ich komme nun zum Bericht der Regierung selbst und erläutere einige wesentliche Aussagen:

Die Initiative und Antragstellung für die **Errichtung einer Gesamtschule** liegt weiterhin beim Schulträger. Er muß wie bisher das öffentliche Bedürfnis für eine Gesamtschule nachweisen und belegen, daß weiterhin Schulen des gegliederten Systems in zumutbarer Entfernung vorhanden sind.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlaß noch eines dazu sagen: Die Schulkonferenzen betroffener Schulen sind zu hören, der Schulträger muß deren Votum wie auch das anderer Gremien, die anhörberechtigt sind, gewichten und bewerten. Sie haben aber kein absolutes Veto,

(Beifall bei der SPD)

kein absolutes Veto, mit dessen Hilfe sie die Realisierung eines öffentlichen Bedürfnisses verhindern könnten. Das sieht das Schulgesetz nicht vor, und das haben auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nicht gefordert.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Das hat Herr Engholm aber vor der Wahl gesagt! – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Das Veto war auch früher nicht vorgesehen! – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Noch einmal: Das hat Herr Engholm vor der Wahl gesagt!)

– Wir haben eine lange und ausführliche Beratung dieses Gesetzes hinter uns.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Nein, nein!)

Sie hätten genug Gelegenheit gehabt, das einzubringen.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Es geht darum, was Herr Engholm vor der Wahl gesagt hat! – Zurufe von der SPD – Bertold Sprenger [CDU]: Das ist Ihnen unangenehm, nicht wahr?)

Nächster Punkt: Dem Schulträger wird die Vorlage eines Schulentwicklungsplanes und – bei einem geschätzten Kostenvolumen für Baumaßnahmen aller Schularten, aller Schularten, wohlgemerkt, von 5 Millionen DM und mehr – eines **Schulentwicklungsplanes** des Kreises als Voraussetzung der Förderung aus dem Schulbaufonds aufgegeben. Auf diese Art und Weise soll sichergestellt werden, daß vorhandener Schulraum sinnvoll genutzt wird und Bauinvestitionen effektiv eingesetzt werden.

Diese Schulentwicklungspläne werden bei der Prüfung der Anträge – so können Sie es im Bericht lesen – zukünftig mit den Strukturdaten für eine Schulentwicklungsplanung des Landes abgestimmt. Diese **Strukturdaten** werden zur Zeit erarbeitet. Sie werden die regionalen Volkszählungsergebnisse auswerten und Aussagen beispielsweise über das Schulangebot in Schleswig-Holstein, seine regionale Verteilung aller Schulformen, die Art der Abschlüsse und Übergänge sowie Aussagen über die angestrebte Relation „erteilte Unterrichtsstunden pro Schülerin oder Schüler“, über Klassengröße und Größe und Arbeitsweise von Förderzentren enthalten. Das heißt, auch die regionale Ausgeglichenheit des Angebots an Gesamtschulen wird wie beim zehnten Hauptschuljahr ein Genehmigungskriterium sein müssen.

Diese Strukturdaten werden – das haben wir so mit den kommunalen Landesverbänden erörtert – ein Instrumentarium für die Beratung der Kreise und Gemeinden sein. Sie werden vorgelegt, wenn ein an die Hochschule Essen in Auftrag gegebenes Gutachten vorliegt und ausgewertet ist. Ich hätte mir gewünscht, daß dieses Gutachten eher vorläge; es dauert ein bißchen länger. Für die Übergangszeit bis zum Beginn des Schuljahres 1992/93 – das heißt also bis zur Antragstellung im Oktober 1991 – können Baumaßnahmen gefördert werden, deren Unabweisbarkeit für die Zukunft zweifelsfrei ist. Ab dem Schuljahr 1992/93 werden diese Strukturdaten dann angewandt und damit für die Anträge zum Oktober 1991 Genehmigungsvoraussetzung sein. Das betrifft die Abstimmung der Strukturdaten mit den Schulentwicklungsplänen der Schulträger und der Kreise.

Zur **Baufinanzierung**: Zuschüsse für Zusatzbauten werden wie bisher im Rahmen des Schulbaufonds – der, wie ich hoffe, im Rahmen der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes kräftig erhöht werden wird; so hat es der Regierungsentwurf jedenfalls vorgesehen – gezahlt. Diese Mittel werden dann nach einer jähr-

(Ministerin Marianne Tidick)

lich festzulegenden Prioritätenliste vergeben. Für Gesamtschulen sollen etwa 20 % der Mittel verwendet werden. Diese Quote wird bei der Genehmigung von Gesamtschulen durch das Land zu beachten sein.

Zur Lehrer- und Lehrerinnenausstattung der Gesamtschulen: Die **personelle Versorgung** der neuen Gesamtschulen erfolgt zum größten Teil über die Verlagerung von Stellen, und zwar aufgrund der Tatsache, daß die Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen die bestehenden Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien entlasten. Da dieser Verlagerungsprozeß aber nicht übergangslos zu bewerkstelligen ist, sind für drei Jahre unbesetzt bleibende Anwärter- und Referendarstellen zur Verfügung gestellt worden; im Bericht heißt das „Ausbildungsguthaben“. So wird eine schlechtere Versorgung der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien aufgrund der Errichtung von Gesamtschulen verhindert. Wer zudem die Schulstatistik der letzten Jahre aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß die Gesamtschulen die höchsten Klassenfrequenzen haben und eine Schüler-Lehrer-Relation, die knapp schlechter ist als die der Gymnasien.

Der etwas höhere personelle Aufwand erklärt sich vor allem durch den Personalzuschlag für den **Ganztagsbetrieb**. Das würde für alle anderen Schulformen genauso zu gelten haben.

(Beifall bei der SPD)

Er ist nicht gesamtschulspezifisch und gilt – wie gesagt – für alle Schulformen.

Des weiteren gibt es bislang **Zuweisungen für Förder- und Stützkurse** und Ausgleichsstunden für die Koordination der Jahrgangsarbeit.

Der Bericht stellt dar – und das ist neu –, daß die **Arbeitszeit** der Lehrkräfte an Gesamtschulen neu geregelt wird. So wird die Gesamtschule wie alle Schularten eine eigene einheitliche Unterrichtsverpflichtung erhalten – und zwar 24 Stunden pro Woche – und bei gleichzeitigem Einsatz in der Oberstufe 23 Stunden. Zum Vergleich rufe ich noch einmal in Erinnerung: Ab 1. August haben die Lehrkräfte an Sonderschulen und Realschulen 26 Wochenstunden, die Lehrkräfte an Gymnasien 23 Wochenstunden, an Berufsschulen 23 Wochenstunden, an Grund- und Hauptschulen 27 Stunden zu unterrichten. Für Gesamtschulen gilt jetzt endlich der Grundsatz: Gleiche Arbeit und gleiche Arbeitszeit!

(Beifall bei der SPD)

Mit der Festlegung dieses Wochenstundendeputats von 24 Stunden liegt Schleswig-Holstein im Mittel der Länder, die eine solche einheitliche Unterrichtsverpflichtung haben. Die bislang gewährten vier **Ausgleichsstunden** pro Klasse für die **Koordination der Jahrgangsarbeit** werden in der Gesamtschule allerdings vorläufig auf eine Stunde pro Klasse gesenkt. Diese Senkung wird durch die Herstellung einer einheitlichen Unterrichtsverpflichtung kompensiert.

Ich beabsichtige, nach der Vorlage des erwarteten Berichts des Landesrechnungshofs die Gewährung von

Ausgleichsstunden insgesamt zu überprüfen und für alle Schularten belastungsgerecht neu zu regeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke aber, meine Herren und Damen, daß diese Regelung insgesamt für die Lehrerinnen und Lehrer an Gesamtschulen auch im Vergleich mit dem Wochenstundendeputat bei allen anderen Schulformen eine sehr gerechte Lösung darstellt.

Der Bericht, den Sie vorliegen haben, bezieht sich im wesentlichen – das war zeitlich nicht anders möglich – auf die vier großen Angebotsschulen und auf die seit dem 1. August 1989 arbeitenden Versuchsschulen. Im August dieses Jahres werden sechs weitere Gesamtschulen den Unterricht aufnehmen.

Ich denke, daß der Bericht, wie er Ihnen heute vorliegt, der die neuen Schulen im Grunde nur streifen kann, was Anmeldungen angeht, Anlaß zu weiteren pädagogischen Diskussionen gibt und daß wir ihn daher unter Auswertung der Erfahrungen des Aufbaus dieser weiteren Gesamtschulen fortschreiben sollten. Ich stehe für einen solchen offenen bildungspolitischen Diskurs über die Weiterentwicklung von Schulen in Schleswig-Holstein zur Verfügung. Ich werde Ihnen deshalb die **Fortschreibung** dieses Berichts gern präsentieren und ebenso gern einen Sachstandsbericht über die Innovationen im gegliederten Schulwesen. Der Wettstreit, meine Herren und Damen, nicht der Worte, sondern der Angebote, der Resultate, der Ergebnisse – spricht: der bildungsbiographischen Erfolge – ist eröffnet. Das Verhältnis von Aufwand und Erfolg kann dabei dann auch neu definiert werden. Gesamtschulen bringen jedenfalls – das wissen wir aus allen anderen Bundesländern – mehr Schüler und mehr Schülerinnen zu besseren Abschlüssen. Das rechnet sich für den einzelnen, und das rechnet sich für die Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bendixen.

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst ein Wort zum Verfahren sagen. Wir haben diesen Antrag in der Januarsitzung gestellt. Die Landesregierung hat die Vorlage des Berichts für die Märzszitzung des Landtags schriftlich angekündigt. Erst auf unseren Druck hin wurde dann diese Sitzung ausgewählt. Ich bitte Sie, Frau Ministerin, Ihre eigenen Zusagen in Zukunft auch tatsächlich einzuhalten.

Ich will hier eingangs sagen, daß es mir nicht um eine allgemeine Auseinandersetzung über die Zielsetzungen des Gesamtschulsystems und derjenigen des gegliederten Schulwesens geht.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Keine rückwärts gewandte Debatte führen!)

(Dr. Peter Bendixen)

– Ach, Herr Kollege Arens. Ich habe den Eindruck, daß Sie selber die Komik Ihres Zwischenrufs spüren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will mich auf die konkreten Fragen konzentrieren, die wir gestellt haben, auch unter Einbeziehung einiger aktueller Anmerkungen, die Sie zu einigen laufenden Verfahren gemacht haben.

Insgesamt haben wir die Frage gestellt, ob – wie in anderen Bundesländern nachweisbar – auch in Schleswig-Holstein zu befürchten sei, daß die Gesamtschulen personell, sächlich und auch konzeptionell im Saldo besser ausgestattet werden. Der Bericht zeigt, daß unsere Befürchtungen in wesentlichen Teilen begründet sind. Ich werde Ihnen dies anhand von Einzelheiten nachweisen.

Zunächst jedoch ein Wort zur allgemeinen Situation. Dieser Bericht enthält in seinem einleitenden Teil einen bemerkenswerten Satz, der über das hinaus geht, was die Landesregierung und auch die SPD mündlich oder schriftlich bisher gesagt haben. Es heißt unter Punkt 1.3 auf Seite 1:

„Die bildungspolitische Entwicklung in vielen Bundesländern ...“

– die dann genannt werden –

„zeigt die Notwendigkeit zur Integration oder Kooperation bisher getrennter Schulsysteme.“

Bisher haben wir seitens der Landesregierung in vielen Erklärungen immer eine **Garantie der Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens** mit selbstständigen Schularten gehört.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Das ist doch die Weiterentwicklung!)

Dies ist eine andere Tonlage. Ich sage Ihnen, Frau Ministerin: Hier gibt es zwischen der Regierungspartei, der Mehrheitsfraktion, und uns prinzipielle Differenzen. Wir wollen nicht die Notwendigkeit der Integration bisher getrennter Schulsysteme. Wir wollen die Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens. An diesem Ziel halten wir fest.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in diesen Tagen auf die Art und Weise eingehen, wie regional vorgegangen wird, dann will ich Sie nach meinem gestrigen Besuch in Itzehoe und den dort geführten Gesprächen daran erinnern, wie es dort läuft, und ich will Sie noch einmal daran erinnern, was wir hier mehrfach ausgetauscht haben. Es geht uns nicht um eine auf gesetzlicher Basis – im Schulgesetz – vorhandene **Vetomöglichkeit**, sondern es geht uns darum, was vor der Wahl zugesagt wurde. Der damalige Oppositionsführer erklärte – andere haben es, wie Sie alle sicherlich noch wissen, wiederholt –: Initiativen in diese Richtung zu entfalten und neue Standorte auszuweisen sei also Sache der Schulträger. Er sagte – Originalzitat –:

„Dies müssen vielmehr die Schulträger tun“

Jetzt bitte ich Sie, sich dies noch einmal in Erinnerung zu rufen und Itzehoe im Hinterkopf zu haben.

„in enger Abstimmung mit den Lehrern und ihren Interessenvertretungen, den Personalräten, den Eltern und deren Interessenvertretungen, den Elternbeiräten, den Schulkonferenzen und den übrigen Gremien, die in diesen Fragen ein legitimes Mitspracherecht haben. Eine Umwandlung von Schulen gegen den Willen der Betroffenen, etwa den Willen der Schulkonferenz, ist für uns nicht vorstellbar.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Vor diesem Hintergrund ganz konkret: Der Schulausschuß in **Itzehoe** hat seinen Beschluß am 28. Mai gefaßt. Vor diesem Datum ist mit niemandem geredet worden.

(Zuruf von der SPD: Stimmt nicht!)

– Ich sage: mit niemandem. Es ist mit niemandem geredet worden,

(Beifall bei der CDU)

weder mit den Eltern noch mit der Schulleitung, noch mit den Personalräten, noch mit der Schulkonferenz. Dann haben Sie es nachgeholt. Seien Sie einmal ganz ruhig! Ich habe die Daten präzise da. – Die endgültige Beschlußfassung erfolgte in der Ratssitzung am 7. Juni, das heißt etwa eineinhalb Wochen später. Dies war die Woche, in der im entsprechenden Gymnasium eine Projektwoche durchgeführt wurde und in der das Pfingstfest stattfand. Und Sie sagen, dies sei Bürgerbeteiligung: eineinhalb Wochen, in denen die Schule kaum Zeit hatte, diese Frage zu erörtern, für eine Entscheidung, die erst in einem Viertel Jahren greifen sollen. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine **Bürgerbeteiligung**. Dies ist in unseren Augen Bürgerverhöhnung.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zu den Einzelheiten, was die Fragen betrifft, die wir im Hinblick auf die **Gleichbehandlung** gestellt haben. Sie sagen in Ihrem Bericht, was die allgemeine Beurteilung der Ausstattung betrifft, auf Seite 2 unten:

„Dabei ist zu beachten, daß Gesamtschulen eine weitaus heterogenere Schülerschaft und einen entsprechend höheren Differenzierungs- und Förderbedarf haben als Schulen des gegliederten Schulwesens.“

Wir hören regierungsamtlich zum ersten Mal, Frau Ministerin, daß die Landesregierung zugibt, daß wegen eines in den Gesamtschulen vorhandenen höheren **Förderungsbedarfs** ganz offensichtlich eine bessere Ausstattung erfolgen soll. Sonst erhält dieser Satz keinen Sinn. Genau hier liegt nach unserer Überzeugung das prinzipielle Problem. Wenn Sie Gesamtschulen besser ausstatten als das gegliederte Schulwe-

(Dr. Peter Bendixen)

sen, ist ein fairer Wettbewerb zwischen beiden Schulsystemen schlichtweg ausgeschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist ja in anderen Bundesländern nicht nur gang und gäbe, sondern dies ist auch amtlich belegt. Ich habe hier zum Beispiel – ich will Ihnen das noch einmal in die Erinnerung rufen – eine Darstellung des Wissenschaftlichen Dienstes der Bürgerschaft in Hamburg vom 16. Dezember 1987; es ist also keine CDU-Quelle. Dort sind die Lehrerwochenstunden für die einzelnen Schularten untersucht und dargestellt: **Lehrerwochenstunden** in den Grund- und Hauptschulen 221,5, in den Realschulen 212, in den Gymnasien 202, in den zweizügigen Gesamtschulen 309, in den dreizügigen Gesamtschulen 287,22, in den vier- bis sechszügigen Gesamtschulen 281,5. – Das heißt mit anderen Worten: In den Schulen des gegliederten Schulwesens 200 und etwas darüber und in den Gesamtschulen 300 und etwas darunter. Das bedeutet eine bessere Ausstattung um knapp ein Drittel. Das ist Hamburger Realität. Wir haben den Wunsch, daß das, was sich in Hamburg in den letzten Jahren entwickelt hat, in Schleswig-Holstein nicht Platz greift.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie daran erinnern: Es ist ein Erlaß aus Ihrem Hause vom Mai 1989 mit der Unterschrift des damals zuständigen Staatssekretärs Kreyenberg – da gab es inzwischen einen Wechsel –, in der Sie, an die Gesamtschulen gerichtet, schreiben, daß in Abweichung von Ziffer 5.3 des Bezugserrlasses für Ausgleichsstunden jede Gesamtschule zusätzliche Lehrerstunden bis zur vierfachen Anzahl der Klassen/Kerngruppen in den Klassenstufen fünf bis zehn in Anspruch nehmen kann. Ich frage Sie: Womit ist gerechtfertigt, daß die Gesamtschulen das Vierfache dessen zugestanden bekommen, was im gegliederten Schulwesen der Fall ist? Auch dies ist kein Beitrag zur Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Schularten.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur **Schulbaufinanzierung**. Ich denke, daß wir im Kulturausschuß die neuen Angaben, auch die über den schriftlichen Bericht hinausgehenden Angaben, die Sie mündlich vorgetragen haben, noch einmal genau erörtern sollten. Der offizielle Stand ist bisher nach wie vor unklar.

Der Ministerpräsident verkündete in vielen Interviews und in manchen Gesprächen, daß es nach seiner Überzeugung in der Endabrechnung einmal 13 bis 15 Gesamtschulen sein würden. Er verstünde gar nicht, warum die ganze Aufregung bei tausend Schulen im öffentlichen Schulwesen und 13 bis 15 Gesamtschulen in der Schlußabrechnung vorhanden sei.

Wenn ich einmal von dieser Zahl ausgehe – sie entspricht nicht der inneren Befindlichkeit der Sozialdemokratischen Partei dieses Landes, aber sie ist das offiziell erklärte Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten –, so komme ich zu folgendem.: Norderstedt

hat einen Finanzierungsbedarf von knapp 20 Millionen DM. In Kiel höre ich von einem Finanzierungsbedarf von 16 bis 17 Millionen DM. In Itzehoe, wo Sie eine Gesamtschule in der dortigen Auguste-Viktoria-Schule, einem Gymnasium, einrichten wollen – ob es klappt, steht ja wegen des Bürgerbegehrens noch in den Sternen – wird heute amtlicherseits mit 5 bis 6 Millionen DM gerechnet. Das heißt, Sie können heute in jedem Fall ein **Finanzierungsvolumen** von mindestens 10, 15 oder 20 Millionen DM voraussetzen. Das ist hochgerechnet ein Programm von 200 bis 300 Millionen DM in den nächsten Jahren.

Die Landesregierung ist bisher und auch in diesem Bericht eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie denn dieses vom Land und von den Schulträgern gemeinsam geleistet werden soll.

Ihre Amtsvorgängerin, Frau Rühmkorf, hat in einer Pressemitteilung vom Oktober 1989 – ich kenne keinen neueren Stand – gesagt: Wir werden davon ausgehen müssen, daß sich die Finanzierung im Rahmen der bisher bereitgestellten Finanzmittel bewegen muß.

Ich sagen Ihnen: Wenn dies nach wie vor die offizielle Grundhaltung der Landesregierung ist, wird das gegliederte Schulwesen im Hinblick auf die notwendigen Baumaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen in eine außerordentlich schwierige Lage kommen, und dies behindert ebenfalls einen fairen Wettbewerb zwischen beiden Schultypen. Wir können dies so nicht mittragen.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen wissen Sie aus den offiziellen Unterlagen des Städtebundes – ich will das aus Zeitgründen jetzt im einzelnen nicht zitieren; ich nehme an, daß das im Hause bei Ihnen vorliegt –, daß dort außerordentlich große Sorgen bestehen. Und wenn Sie schon unsere Hinweise etwas weniger ernst nehmen als vielleicht die anderen, so sollten sie wenigstens die legitimierten Aussagen des Städtebundes, der für alle Städte in einer bestimmten Größenordnung spricht, ernst nehmen. Dort herrscht nach wie vor große Sorge.

Meine Damen und Herren, insgesamt muß ich hier feststellen: Der Bericht gibt keine klare Auskunft; auf präzise Fragen gibt er keine Antwort; er weicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Ähnliches gilt auch für die Schulträger. Nun verstehe ich schon, daß Sie hier keine unmittelbare Zuständigkeit haben, aber es kann Ihnen doch nicht gleichgültig sein, wie sich die Dinge dort entwickeln im Hinblick auf die Bildungsgerechtigkeit für unsere Kinder. Ich habe hier zum Beispiel den Entwurf aus der Hansestadt Lübeck, einer mit sozialdemokratischer Mehrheit regierten Stadt –

(Demonstrativer Beifall von Abgeordneten der SPD)

– Ich weiß nicht, ob Ihr Beifall auch dann noch Platz greift, wenn Sie jetzt die Zahlen hören. In diesem Haushaltsentwurf sind für Lehr- und Unterrichtsmittel

(Dr. Peter Bendixen)

tel – ich weiß nicht, wie die endgültige Beschlußfassung sein wird –

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Na, eben!)

bei der Haushaltstelle 5775 für Grund- und Hauptschulen neun DM, für die Realschulen fünfzehn DM, für die Gymnasien 17 DM, für die Sonderschulen 21 DM, für die Berufsschulen 32 DM und für die integrierten Gesamtschulen 188 DM vorgesehen.

(Lachen bei der CDU – Ulrich Meyenborg [SPD]: Das ist doch Polemik! Sie wissen doch, daß das gar nicht zu vergleichen ist!)

Herr Kollege Meyenborg, ich habe Ihren Einwand erwartet, aber selbst wenn ich ein gewissen höheren Bedarf in der Anfangsphase berücksichtige,

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Das ist ein Unterschied! Das ist Polemik!)

kann ich in einer solchen Differenz keine Gleichbehandlung beider Schulsysteme erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Und nicht zuletzt hat ja der Kreiselternbeirat, ein Gremium, das Sie ernst nehmen sollten, sich in einer geharnischten Presseerklärung vom 22. Juni 1989 gegen die Politik der SPD in Lübeck verwahrt, und ich kann gut nachvollziehen, daß die Gesamtschulen dort offensichtlich besser behandelt werden und die gegliederten Schulen sich dagegen mit allem Nachdruck verwalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Personalausstattung. Wir wissen, daß in anderen Bundesländern eine bessere **Personalausstattung** erfolgt. Sie haben jetzt in den Unterlagen zum erstenmal deutlich gemacht, daß dies tatsächlich der Fall ist. Sie haben es eben in Ihrer Rede wiederholt. Danach ist es so, daß in den Klassen fünf bis zehn 24 Wochenstunden und in den Klassen elf bis dreizehn 23 Wochenstunden unterrichtet werden sollen. Ich frage: Womit ist es gerechtfertigt, daß der Hauptschullehrer in der Hauptschule 27 Stunden, und in der Gesamtschule 24 Stunden, der Realschullehrer in der Realschule 26 Stunden und in der Gesamtschule 24 Stunden unterrichtet. Dies ist eine Ungleichbehandlung, die die Lehrer nicht verdient haben und die wir ebenfalls mit Nachdruck kritisieren müssen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Im übrigen darf ich hier einen Satz aufgreifen, den Sie in Ihrer Rede dem Sinne nach kommentiert haben. Es heißt da im Hinblick auf die zu erwartende Unterrichtsverschlechterung wegen der **Arbeitszeitverkürzung**, die Sie kostenneutral durchsetzen wollen, auf Seite sieben unten, daß das alles kostenneutral durchgeführt wird – ich zitiere jetzt wörtlich – „durch Verringerung der Ausgleichsstunden und Zusammenfassung des Unterrichtsangebotes“.

„Zusammenfassung des Unterrichtsangebotes“! Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Ver-

harmlosung des **Stundenfehls** haben wir bisher im Landtag nicht gehört.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit ist eine ganz andere, Frau Ministerin! Bisher durchgeführt in den Grund- und Hauptschulen und zu erwarten mit Beginn des neuen Schuljahres in den Realschulen, in den Gymnasien und in den berufsbildenden Schulen: Bei den Grund- und Hauptschulen ist die Lage wegen der Arbeitszeitverkürzung folgende: Stundenfehl 1986/87 an den Grundschulen 0,8 %, als wir die Regierung abgaben, und jetzt zu Ihrer Regierungszeit 5,9 %.

(Bertold Sprenger [CDU]: Unerhört! – Ulrich Meyenborg [SPD]: Das sind endlich einmal ehrliche Zahlen!)

Bei den Hauptschulen waren es damals 1,2 %, jetzt sind es 6,3 %. Was ich besonders bedrückend empfinde, sind die Zahlen für die Sonderschulen für Lernbehinderte. Damals waren es 5,4 %, jetzt sind es 6,8 %.

(Ruth Springer [SPD]: Sie haben aber mit den 5,4 % ganz gut gelebt!)

Das gleiche oder etwas ähnliches ist zu erwarten, wenn Sie die Arbeitszeitverkürzung kostenneutral auch in den anderen Schularten durchführen.

Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine – wie Sie es nennen – Zusammenfassung des Unterrichtsangebotes; das ist eine katastrophale Verschlechterung der Unterrichtslage für unsere Kinder in den Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen vermutlich ganz genau, Frau Ministerin – ich bitte Sie, das nicht zu unterschätzen –, daß die **Stimmungslage** in den Schulen durch ihre – ich meine „ihre“ jetzt kleingeschrieben – Politik auf einen Stand gesunken ist, den es in den letzten zwanzig Jahren nach meiner Kenntnis nicht gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie, dies wirklich ernst zu nehmen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die **Klassenteiler**. Auch hier weichen Sie einer konkreten Antwort schlichtweg aus. Sie sagen, in der Regel seien es 25. Nach unserer Kenntnis ist es so: Viele Schulen, besonders viele Gymnasien kämpfen in diesen Tagen kurz vor Schuljahresende darum, daß sie nicht gezwungen werden, Klassen mit 30 oder 31 Schülerinnen und Schülern einzurichten.

(Bertold Sprenger [CDU]: Siehe Oldenburg!)

In den Gesamtschulen ist die Höchstgrenze 35.

(Peter Aniol [CDU]: 25! – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Er hat sich nur versprochen!)

Ich frage Sie: Was hat das mit einem fairen Angebot und mit fairem Wettbewerb zu tun? Bei den einen sind es 31, bei den anderen 25.

(Dr. Peter Bendixen)

Ich habe jetzt leider nicht mehr Zeit genug, um noch auf einen Punkt ausführlicher einzugehen, aber ich möchte ihn zumindest doch benennen. Wie Ihre Zahlen auf Seite zehn ausweisen, ist im Hinblick auf die Schülerströme, das heißt auf die Berücksichtigung der **Schullaufbahneempfehlungen** eine große Ungleichgewichtigkeit zwischen der Hauptschule und der Realschule auf der einen Seite und dem Gymnasium auf der anderen Seite zu erwarten. Gymnasien 13,9 %, die beiden anderen Schularten über 40 %. Wenn Sie die hohe Zahl in Neumünster herausrechnen – sie ist etwas höher und liegt bei 25 bis 28 % –, so kommen Sie im Schnitt des Landes an den bestehenden Gesamtschulen auf eine Zahl von um die 10 % für das Gymnasium empfohlene Kinder, die die Gesamtschulen besuchen. Die Gesamtschule ist in diesem Punkt zum heutigen Zeitpunkt konzeptionell gescheitert,

(Beifall bei der CDU – Dieter Claußen [CDU]: Wohl wahr!)

weil soziales Lernen in dem Sinne, in dem Sie es anstreben, daß nämlich in etwa gleichgewichtig für das Gymnasium, die Real- und die Hauptschule empfohlene Kinder miteinander lernen und miteinander leben, nicht mehr realisiert werden kann.

Denn das ist nach unserer Überzeugung die eigentliche Herausforderung für die Gesamtschulidee.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Bendixen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Lohmann?

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Ja, gerne.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte schön.

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Wenn ich dann noch meinen Schlußsatz außerhalb der Redezeit bringen darf.

Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Herr Bendixen, ist für Sie das Gymnasium dann gescheitert, wenn es, wie es im Lande vorkommt, mehr als die Hälfte nicht gymnasialempfohlene Schüler aufzunehmen hat?

(Beifall bei der SPD)

– Nein, das ist es nicht, Herr Kollege Lohmann. Nur gemessen am eigenen Anspruch der Gesamtschule,

(Wilhelm Marschner [SPD]: Das Gymnasium bleibt aber doch!)

die in den Mittelpunkt das soziale Lernen gestellt hat, sind diese Zahlen, wie ich weiß, auch für Sie alarmie-

rend. Die Gesamtschule ist nicht mehr das, was sie ihrem Anspruch nach sein wollte.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse zusammen. Nach Vorlage dieses Berichtes werden unsere Befürchtungen in wesentlichen Teilen voll bestätigt. Die Gesamtschulen werden sächlich und personell bevorzugt und weitaus bessergestellt. Gesamtschulen haben einen geringeren Klassenteiler als Schulen im gegliederten Schulwesen. Die Schulbaufinanzierung ist nach wie vor ungeklärt und stellt eine Gefährdung der Möglichkeiten des gegliederten Schulwesens dar. Das Konzept ist in bestimmten Bereichen gescheitert. Von einer Gleichbehandlung, von einem fairen Wettbewerb kann wirklich nicht die Rede sein. Wir bitten Sie in aller Eindringlichkeit, dies für die Zukunft dennoch sicherzustellen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Springer.

Ruth Springer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich habe den Eindruck, der Herr Bendixen wird einmal in die Geschichte eingehen

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

als letzte Bastion gegen Kooperation und Integration.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir nämlich die Bildungsdebatte in der CDU im einzelnen betrachte, dann kann ich feststellen, es gibt schon sehr viel flexiblere Geister als hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Ich will gern auf den Herrn Gölter verweisen, der – im „Spiegel“ nachzulesen – zu der Erkenntnis gekommen ist, daß das gegliederte Schulwesen in der bisherigen Form auf Dauer nicht zu halten ist und daß in den neunziger Jahren zu mehr integrativen Ansätzen gekommen werden muß.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

In dieser Position steht er in der CDU keinesfalls allein. Sein Parteikollege aus dem Saarland hat ein Konzept vorgelegt, das Hauptschulen und Realschulen zusammenführt. Er hat gesagt, daß es doch nicht sein könne, daß er die Prozession für die Hauptschule mit der Fahne voran anführt, wenn ihm keiner mehr folgt. Recht hat er. Ich denke, Sie könnten ein wenig lernen von flexiblen, zeitgemäßen,

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Herr Bendixen kann nichts lernen!)

den Bedürfnissen der Menschen angepaßten Bildungsdiskussionen, statt hier jedesmal wieder Ihre

(Ruth Springer)

alten Schlachten zu schlagen. Das langweilt ein bißchen.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gern zu der Frage Gleichbehandlung/ge-rechte Behandlung kommen. Ich begrüße, daß in dem Bericht der Landesregierung ausdrücklich festgestellt worden ist, daß es sich bei der Gesamtschule nicht um die Addition Hauptschule plus Realschule plus Gym-nasium geteilt durch drei handelt, sondern daß die **Gesamtschule** eine eigenständige Schule mit einem **eigenständigen Leistungsprofil** ist. Das führt dann auch zu der Frage, wie für dieses eigenständige Lei-stungsprofil eine gerechte, angemessene Ausstattung sowohl mit Personal als auch mit Sachmitteln erfolgen kann.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Das Besondere der Gesamtschule will ich hier gerne nochmals vortragen. Die Gesamtschule ist die einzige Schule für alle Kinder. Sie ist die einzige Schule, die alle Kinder, gleich, mit welchen Voraussetzungen, aufnimmt und ihnen einen gemeinsamen Schulweg er-möglicht. Die Gesamtschule ist die einzige Schule, die Kindern auch nach dem zehnten Lebensjahr noch alle Möglichkeiten einer künftigen allgemeinen oder be-ruflichen Bildung offenläßt. Sie ist damit die Schule, die endlich die Grundschule von ihrem unsäglichen Sortierungsdruck befreien würde.

(Beifall bei der SPD)

Die Gesamtschule ist die Schule, die von allen am ehesten geeignet ist, **soziale Lernziele** umzusetzen. Ich sage nicht, daß ich das nicht auch von den Schulen des gegliederten Schulwesens erwarte. Aber ich sage immer, daß eine Schule, die für alle Kinder da ist, selbstverständlich am ehesten geeignet ist, soziale Lernziele umzusetzen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Die Gesamtschule ist die Schule, die durch ihre Arbeit am ehesten das Prinzip „fördern statt auslesen“ doku-mentiert

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

und deshalb für diese ihre Aufgabe natürlich angemes-sen ausgestattet gehört.

Ich will mich in der Frage **gleiche/gerechte Behand-lung** auf eine alte Pressemeldung von Herrn Bendixen beziehen. Da hat er lautstark gefordert: gleiche Be-handlung aller Schularten. Das hat mich etwas stutzig gemacht. Dann habe ich nachgesehen und festgestellt, daß die Lehrer und Lehrerinnen an Hauptschulen andere Gehälter, andere Unterrichtsverpflichtungen als die Lehrer und Lehrerinnen an Realschulen oder Gymnasien haben. Ich habe festgestellt, daß die säch-liche Ausstattung an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ausgesprochen unterschiedlich ist. Diese unterschiedliche Behandlung der Schularten ist mit der unterschiedlichen Aufgabe der einzelnen Schularten immer wieder begründet worden. Wir begründen

die Ausstattung von Gesamtschulen, von Hauptschu-len, Realschulen und Gymnasien ebenfalls mit ihren unterschiedlichen Aufgaben. Wenn Gleichbehand-lung – darauf könnte man sich verständigen –, dann wirklich für alle Schularten, einmal Hauptschule, dann Realschule, Gymnasium und Gesamtschule, gleiche Behandlung für alle Schularten.

Ich will mich noch der Frage zuwenden, die Sie zuletzt angesprochen haben: Ist das Konzept der Gesamtschu-le dadurch gescheitert, daß der Anteil der Hauptschü-lerInnen und der RealschülerInnen größer ist als der der GymnasiastInnen? Dieses Übergangsverhalten ist erst einmal eine Anklage gegen das gegliederte Schul-wesen, eine Anklage derjenigen, die sich im geglieder-ten Schulwesen nicht mit den gleichen Chancen aus-gestattet fühlen wie diejenigen, die das Gymnasium besuchen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Das ist doch die logischste Sache der Welt. Diejeni-gen Kinder, die einen Platz am Gymnasium haben, haben für sich alle Bildungschancen offen. Die Eltern sehen für ihre Kinder alle Bildungschancen realisiert. Daß die Eltern derjenigen, die die Hauptschule oder die Realschule besuchen, die Hoffnung oder die Er-wartung haben, daß ein Besuch der Gesamtschule ihren Kindern diese Bildungschancen auch eröffnet, wer wolle es ihnen verdenken? Das ist ein berechtig-tes Anliegen, ein aus meiner Sicht zu begrüßender Bil-dungswille der Eltern für ihre Kinder.

Das Konzept der Gesamtschule heißt, daß alle Kinder zusammen lernen sollen. Wenn wir einmal genügend Gesamtschulen haben werden, wäre es schön, wenn sich die Gesamtschule um die Zusammensetzung ihrer Schüler und Schülerinnen überhaupt nicht mehr kümmern muß, weil sie einfach die **Stadtteilschule** für alle Kinder ist. Ich denke, daß die **Übergangsquote** je nach dem Standort der Schule sehr unterschiedlich ist. Je nachdem, wie Gesamtschulen in einem Land akzep-tiert sind, wie weit sie aufgebaut sind, ändert sich auch das Übergangsverhalten. Wir sehen in anderen Bun-desländern, daß sehr wohl Kinder mit gymnasialer Empfehlung die Gesamtschulen in größerer Zahl be-suchen als hier in Schleswig-Holstein. Ich finde es be-dauerlich, daß Sie einen Zustand beklagen, den Sie selber herbeigeredet haben. Wer dauernd durch die Gegend läuft und erzählt, daß die Gesamtschulen nicht in der Lage seien, entsprechende Leistungen zu erbrin-gen, sollte auf der anderen Seite nicht beklagen, daß so wenig Kinder mit Gymnasialempfehlung die Ge-samtschule besuchen.

Zum Schluß noch einen Satz. Ich finde es ausgespro-chen merkwürdig, daß Sie sich als Bildungspolitik-er immer nur für einen Teil der Kinder, für einen Teil der Eltern verantwortlich fühlen.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie zur Kenntnis: Sie können es an den An-meldezahlen ablesen, daß es Kinder gibt, die die Ge-samtschule besuchen wollen, daß es Eltern gibt, die für

(Ruth Springer)

ihre Kinder eine Gesamtschule wollen. Sollten Sie sich nicht auch einmal für sie zuständig fühlen?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

(Fritz Latendorf [CDU]: Feierabend! – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Geht schnell!)

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So wie der Kollege Bendixen mit diesem Bericht umgegangen ist, kann es eigentlich eine sehr kurze Debatte werden; denn er ist – erstaunlich genug – wenig auf die in diesem Bericht gegebenen neuen politischen Antworten eingegangen.

Tatsächlich ist der Kollege Bendixen ja auch ein Mann mit Vergangenheit. Er ist ein Mann mit Vergangenheit nicht nur, was bestimmtes sorgfältiges oder unsorgfältiges Arbeiten an einigen berühmt gewordenen kulturellen Projekten angeht, sondern unter Ihrer Ägide ist ja auch etwas in Richtung Gesamtschulversuche und Angebotsschule passiert. Sie werden sicherlich Ihre eigene Überschrift: „CDU fordert strikte Gleichbehandlung der Schularten“ auch in der Vergangenheit in bezug auf ihre Anerkennung, was an Angebotsschulen notwendig ist, sehr genau beachtet haben.

Über das hinaus, was Frau Springer schon gesagt hat, können wir gemeinsam feststellen – das müßte von Ihrer Seite anders nachgewiesen werden –, daß dieser Bericht, wie er von der Regierung vorgelegt worden ist, allerdings einer Linie folgt. Er folgt der Linie, sich in bezug auf die **Ausstattung von Gesamtschulen** an dem zu orientieren, was in der Vergangenheit nötig war – mit einer Nuance, und die wird gleich angesprochen. Wenn dies in der Vergangenheit gültig war, sollten Sie der letzte sein, der sich in Pose hier hinstellt und es als Ausdruck von Ungleichbehandlung angreift.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie es allerdings klugerweise nicht tun, es im Konkreten vermeiden, sollten Sie auch im Allgemeinen den Eindruck nicht erwecken; denn das, was Sie im Konkreten versäumen, transportieren Sie ins Allgemeine, wo es gar nicht mehr hingehört und keinen Unterbau mehr hat. Das ist der Fehler Ihrer Auseinandersetzung,

(Beifall bei der SPD)

und das entlarvt sich als Polemik,

(Glocke des Präsidenten)

während das, was die Regierung in diesen Bericht an Antwort gibt, sehr wohl an einem Punkt eine wichtige Weiterentwicklung darstellt. Auch die CDU hätte die Frage beantworten müssen, wie sie sich zu der Unterrichtsverpflichtung an Gesamtschulen stellt.

(Glocke des Präsidenten)

ob die CDU die geltende Stundenzahl beibehalten will oder dem Vorschlag nahe treten kann, wie ihn die Regierung jetzt dargelegt hat.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Rossmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bendixen?

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Es würde ihn enttäuschen, wenn ich nein sagte. Gern, ja.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte schön!

Dr. Peter Bendixen [CDU]: Der Diener ist nicht notwendig, Herr Kollege Rossmann. – Können Sie bestätigen, daß ich unter anderem sehr konkret auf Ungleichbehandlungen beim Klassenteiler und bei der Arbeitszeit für Lehrer verschiedener Schullaufbahnen im gegliederten Schulwesen und in der Gesamtschule hingewiesen habe? Wenn Sie sich daran erinnern, können Sie dann meine Kritik teilen, oder halten Sie es für ein Art der Gleichbehandlung, wenn im gegliederten Schulwesen die Höchstgrenze 31 oder 30 beträgt und in der Gesamtschule 25?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Kollege Bendixen, ich empfehle Ihnen die Antwort, wie sie die Regierung unter 2.8 auf die Frage gibt: „Wie sieht die Gestaltung des Klassenteilers aus?“

„An Gesamtschulversuchen und Angebotsschulen gelten hinsichtlich der Klassenbildung und des Klassenteilers im wesentlichen die an den Schulen des gegliederten Schulwesens gültigen Regelungen entsprechend. Allerdings haben an den Gesamtschulen wegen der hohen Anmeldezahlen fast alle Klassen 25 Schülerinnen und Schüler, während sich im Durchschnitt in der Hauptschule 18, in der Realschule 20 und im Gymnasium 23 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse befinden.“

(Beifall bei der SPD)

Die Realität ist aus diesem Bericht zu entnehmen, und die Realität spricht gegen das, was Sie eben dargestellt haben.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

In bezug auf die Unterrichtsverpflichtung sollten wir dann allerdings die Diskussion führen, ob Sie in Zukunft an Gesamtschulen Lehrer mit unterschiedli-

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

cher oder mit gleicher **Unterrichtsverpflichtung** wollen. Diese Frage bleibt bei Ihnen noch unbeantwortet.

Wenn Sie sie allerdings so beantworten, daß Sie in der Zukunft unterschiedliche Unterrichtsverpflichtungen an der Regelschule und an der Gesamtschule wollen, dann ist an dieser Stelle der Unterschied zwischen SPD und CDU in der Tat da. Dann ist das auch eine Erklärung dafür, weshalb man dieses Ungleichgewicht, diese Ungerechtigkeit im Schulbereich durch erhöhte Aufwendungen eben für die Schulart Gesamtschule aufzulösen hat. Der Punkt dahinter ist, daß Sie die gleiche Unterrichtsverpflichtung an Gesamtschulen deshalb nicht akzeptieren können, weil Sie die Gesamtschule als eigenständige Schulart nicht akzeptieren können. Wir freuen uns, daß die Regierung in diesem Bericht hier eine klare Kante hat, eine angemessene und vernünftige Lösung mit 24 Stunden vorgeschlagen hat, die hier für Gesamtschullehrer vorgesehen sind.

Es bleibt ein weiterer Punkt, wo wir gedacht haben, daß die Opposition, wenn sie sich auf eine offene bildungspolitische Diskussion einlassen will, die Neuerung, die diese Regierung in diesem Bericht angesprochen hat, aufnehmen würde. Es ist hier angesprochen worden, daß sich in Zukunft Schulentwicklung in enger Abstimmung zwischen Kommunen, Kreisen und dem Land über **Schulentwicklungspläne** zu ereignen hat. Als SPD-Fraktion können wir diese Initiative der Regierung, die rechtzeitig angekündigt worden ist und einen längeren Vorlauf hat und die auch in der Erarbeitung dessen, was uns demnächst als Strukturdaten präsentiert werden kann, sehr offen gestaltet ist, nur begrüßen. Es ist in diesem Lande schon lange überfällig, daß es hier eine Schulentwicklungsplanung gibt, die die Strukturen miteinander verbindet – in Kooperation und in Integration.

(Beifall bei der SPD)

Diese Schulentwicklungsplanung nimmt auf, was von der Basis kommt, soll einarbeiten, was in diesem Lande an Innovation bildungspolitisch geschehen ist. Dazu gehört dann nicht nur die Gesamtschule, sondern dazu gehören Integrationsklassen, Förderzentren, Hauptschuljahre, alles übrige, was wir an gemeinsamen Innovationen haben.

Nur eines bleibt offen, weshalb Sie die Gesamtschule aus der **Innovation** und aus der Schulentwicklungsplanung ausschließen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen schon früh gesagt: Wir sehen gerade für die Gesamtschule – Sie können es dem Bericht beispielsweise an der Stelle entnehmen, wo es um die Integration behinderter Kinder in das Schulwesen der weiterführenden Schulen geht, wo es um die Fortsetzung offenen Unterrichts aus der Grundschule in die weiterführenden Schulen geht – eine Schlüsselstellung, die deutlich macht, wie wichtig es ist, die Gesamtschulen in eine solche Entwicklungsplanung al-

lerdings so einzubringen, daß es auch finanziell machbar und vertretbar bleibt.

Eigentlich warten wir noch auf ein Wort von Ihnen, wie Sie denn zu den angegebenen Grenzen, zu dem angegebenen Verfahren, was das Machbare in eine gezielte Entwicklung hineinnimmt, stehen. Als SPD-Fraktion können wir nur sagen, daß es von der Regierung richtig ist, jetzt deutlich zu machen, daß es hier eine offene Initiative der Schulträger und eine verantwortlich konzeptionell gestaltende Schulentwicklung auf Landesebene in der Perspektive der nächsten Jahre geben soll, und dafür möchten wir uns bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Tidick.

(Fritz Latendorf [CDU]: Zehn nach fünf! – Ministerin Tidick: Es geht auch ganz schnell und fast schmerzfrei!)

Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich möchte nur ein paar Punkte korrigieren.

Erstens zum Termin der Vorlage! Ich denke, es ist einsichtig – wenn ich auch die Verspätung bedauere, Herr Bendixen –, daß wir mit der Vorlage dieses Berichts gewartet haben, bis wir uns über die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs einig waren und die Aufstockung des Schulbaufonds von 35 Millionen DM auf 50 Millionen DM vornehmen konnten.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Warum haben Sie es nicht hineingeschrieben?)

Zweiter Punkt: Es geht mich zwar noch nichts an, aber zu dem, was Sie von Ihrem gestrigen Besuch in **Itzehoe** berichtet haben, habe ich eine Korrektur anzubringen. Ich habe zwar keinen Antrag vorliegen, aber es ist deutlich ersichtlich ein öffentliches Bedürfnis in Itzehoe artikuliert worden. Die Beteiligung der Betroffenen erfolgt jetzt; denn der Beschluß in Itzehoe enthält den Auftrag an die Verwaltung, die Beteiligten anzuhören. Ohne Kundgabe der Absichten ist eine Bestimmung der Betroffenen nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Es muß also der beabsichtigte Standort genannt werden. Ich gehe jetzt nicht auf den höheren **Förderbedarf** und andere Punkte ein; darauf haben Frau Springer und Herr Rossmann hingewiesen. Der Bericht enthält Zahlen. Vielleicht sollte ich aber doch noch einmal deutlich folgendes herausstellen: Die Lehrer-Schüler-Relation in Schleswig-Holstein ist – wie ich es eben in der Rede gesagt habe – für Gesamtschulen etwas schlechter als für Gymnasien, dafür etwas besser als für Haupt- und Realschulen. Mit diesem Verhältnis von Schülern zu Lehrern wird eine erhebliche Mehrleistung erbracht, was Förderung, was

(Ministerin Marianne Tidick)

Differenzierung, was Stützangebote angeht. Das soll doch einmal zur Kenntnis genommen werden.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Schließlich zu dem, was die anzustrebende oder wünschenswerte oder erwartete Gesamtzahl von Gesamtschulen angeht: Bei allem Respekt vor dem Ministerpräsidenten – die definiert nicht der Ministerpräsident, sondern das öffentliche Bedürfnis.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Aha!)

Initiativen entstehen von unten. Das wissen Sie sehr wohl.

(Beifall bei der SPD)

Bezüglich der Baukosten habe ich einen Deckel von 20 % beim Schulbaufonds genannt. Ihre Sorgen dürften unbegründet sein.

Schließlich könnte ich mir vorstellen, daß auch die Population der Schüler und Schülerinnen an Gesamtschulen sich mit einer Veränderung der gewählten Standorte erheblich verändern wird. Könnte es vielleicht deswegen sein, daß Sie so wahnsinnig gegen gymnasiale Standorte kämpfen, weil dort nämlich eine andere Schülerpopulation unter Umständen herauskommen könnte?

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Könnte es etwa sein, daß Sie deswegen gegen solche Standorte sind, weil da auch die Kosten bei der Umwandlung geringer sind und die Zahlen dann ganz entsetzlich nach oben springen könnten? Könnte das vielleicht sein, Herr Bendixen?

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

Ich denke, das ist die Entscheidung vor Ort, und der werden wir uns nicht beugen, sondern wir werden sie sorgsam prüfen. Das Schulgesetz sieht das so vor.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, nach § 50 a Abs. 2 hat der Herr Abgeordnete Dr. Bendixen noch einmal um das Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

(Beifall von Abgeordneten der CDU – Ulrich Meyenborg [SPD]: Wie spät ist es denn jetzt, Herr Kollege Latendorf? – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Geschäftsordnung gilt für uns alle gleichermaßen, welcher Fraktion wir auch immer angehören.

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich einige wenige Bemerkungen machen.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Sie haben sowieso nichts zur Sache beizutragen!)

Zum Thema **Itzehoe**, Frau Ministerin; zum Verfahren: Das Problem ist, daß Sie den Weg gewählt haben: erst beschließen und dann anhören. Wir bitten Sie, es umgekehrt zu machen: erst anhören und dann beschließen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Bendixen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Lohmann?

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Aber gern.

(Manfred Sickmann [SPD]: Ideologisch ganz schön verbrämt!)

Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Habe ich Sie recht verstanden, daß Sie gesagt haben, die Kultusministerin habe einen Weg gewählt?

– Nein, die Stadtvertretung mit SPD-Mehrheit, Herr Kollege Lohmann!

(Beifall bei der CDU)

Und mir ist es egal, wo die SPD das macht. Wo immer die SPD über die Köpfe der Bürger hinweg entscheidet, ist das ein falscher Weg, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Im übrigen: Ich sage noch einmal, der Schulausschuß der Stadt Itzehoe hat Ende Mai – ich glaube, am 28. Mai – entschieden, ohne irgend jemanden zu hören. Das ist der Punkt 1!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Punkt 2! Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie zu den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten, es werde einmal 13 bis 15 Gesamtschulen geben, sagen, das sei eigentlich egal. Das ist eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung in diesem Haus.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Bendixen, gestatten Sie zunächst eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schröder?

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Aber gern.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich weise aber darauf hin, daß die Zeit abläuft.

(Dr. Peter Bendixen)

Sabine Schröder [SPD]: Herr Bendixen, Wie war das Verfahren bei der Carl-Loewe-Schule und bei der Enkingschule?

(Manfred Sickmann [SPD]: Das weiß er nicht mehr!)

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Frau Kollegin Schröder, dort wurde, bevor eine Entscheidung im Einvernehmen mit dem Kreiselternbeirat – ich glaube, damals einstimmig – gefällt wurde,

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Meyenborg [SPD])

im Einvernehmen mit der Stadt ein breites Anhörungsverfahren eingeleitet, bei dem man dann am Ende nicht zu einer Meinung gekommen ist, aber wir haben damals erst mit den Leuten geredet und dann entschieden. Sie tun es vor Ort zum Teil umgekehrt.

(Beifall bei der CDU)

Drittens! Zu Herrn Kollegen Rossmann: Das Schulwesen lebt von **Innovation** und Weiterentwicklung.

(Manfred Sickmann [SPD]: Die CDU nicht!)

Die Beispiele, die Sie genannt haben, stammen im Prinzip aus den Entscheidungen der Vorgängerregierung. Sie haben sie ausgeweitet. Nur, Ihr Problem ist doch, Sie haben nicht wegen der Sache, sondern wegen des überstürzten Tempos und wegen der verfehlten administrativen Umsetzung zum Teil einen Sturm der Entrüstung bei den Eltern geerntet.

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Sie sind ein Untersteller!)

Und das ist der Unterschied von damals zu heute, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dann fragen – dies viertens und abschließend –: Warum nehmen wir aus diesen Problemen die Gesamtschule heraus? Ich will versuchen, darauf eine Antwort zu geben. Wir hören unterschiedliche Signale,

(Zurufe von der SPD)

wir hören etwas von der **Weiterentwicklungsgarantie des gegliederten Schulwesens**, wir hören davon, daß der Ministerpräsident in vielen Interviews sagt, zwölf, dreizehn, vierzehn. Da wird gesagt, mein Gott, was ist das eigentlich wert. Ich lese das SPD-Grundsatzprogramm, vom Berliner Parteitag beschlossen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

– Ja, das ist ja in Ordnung. Wenn Sie dann dieser Auffassung sind, die ich gleich zitieren werde, bitte ich Sie, das durch Beifall zu dokumentieren; dann sind die Fronten ganz klar.

Aus diesem Bildungsprogramm ist das gegliederte Schulwesen herausgestrichen. Es findet dort nicht mehr statt. Statt dessen hat die SPD verbindlich für alle in Berlin – im Dezember 1989 – beschlossen – ich zitiere –:

„Wir wollen allgemeine, politische und berufliche Bildung integrieren: Dies gilt für alle Bildungseinrichtungen.“

Ich fordere Sie auf: Wenn Sie dies auch wollen, dann sagen Sie es hier klipp und klar. Wir wollen dies eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, heute können und dürfen wir Herbert Schlünsen in seinen Ruhestand verabschieden. Er hat hier als Landtagsfotograf in der Vergangenheit schöne Bilder von uns gemacht, manchmal treffende Bilder, manchmal vermutlich nur objektive Bilder. Wir danken ihm sehr herzlich und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

(Anhaltender Beifall)

Die sitzungsfreie Zeit geht vom 6. Juli bis zum 19. August 1990. Die 25. Tagung des Landtages wird zum 4. September 1990 um 10.00 Uhr einberufen werden.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 17.18 Uhr